

Jahresbericht 2013

Die Arbeit der

FDP.Die Liberalen

und der

FDP-Liberalen Fraktion der Bundesversammlung

Rapport annuel 2013

L'activité du

PLR.Les Libéraux-Radicaux

et du

Groupe libéral-radical de l'Assemblée fédérale



Nr. 4 der Schriftenreihe der *FDP.Die Liberalen*
Herausgegeben vom Generalsekretariat,
Neuengasse 20, 3001 Bern

Publication no 4 du Parti libéral radical suisse
Editée par le Secrétariat général,
Neuengasse 20, 3001 Berne

Nota Bene:

Der Jahresbericht 2013 wird nicht in gedruckter Form versandt. Er ist auf der Webseite der FDP unter www.fdp.ch als PDF-Dokument aufrufbar.

Le rapport annuel 2013 du PLR ne sera pas imprimé mais mis en ligne sur www.prd.ch et www.plr.ch sous la forme d'un document pdf.

1.	Sachpolitisch heisses Jahr	4
2.	Parteiarbeit/DV – Activités du Parti/AD	7
3.	Parteiarbeit mit kantonalen Vertretern im Jahr 2013	10
4.	Frühlingsession 2013 – Session de printemps 2013 (04. März bis 22. März 2013)	13
5.	Sondersession 2013 des Nationalrates	25
6.	Sommersession 2013 – Session d’été 2013 (3. bis 21. Juni 2013)	28
7.	Herbstsession 2013 – Session d’automne 2013 (9. September bis 27. September 2013)	39
8.	Wintersession 2013 – Session d’hiver 2013 (25. November bis 13. Dezember 2013)	49
9.	FDP. Frauen Schweiz	62
10.	FDP.Die Liberalen Service Public	64
11.	FDP.Die Liberalen International	66
12.	Anhang – Annexe	68
12.1.	Anhang A – Annexe A	68
	Vernehmlassungsantworten der FDP.Die Liberalen 2012	68
	Réponses du PLR.Les Libéraux-Radicaux aux consultations en 2012	68
12.2.	Anhang B – Annexe B	72
	Parteivorstand	72
	Mitglieder per 31. Dezember 2013 – Membres le 31 décembre 2013	72
12.3.	Anhang C – Annexe C	73
	Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2012 – Comité du Groupe le 31 décembre 2012	73
12.4.	Anhang D – Annexe D	75
	Kontakte – Contacts	75

1. Sachpolitisch heisses Jahr

Stefan Brupbacher, Generalsekretär FDP.Die Liberalen

Die Partearbeit stand 2013 im Zeichen vom Abwehrkampf gegen linke Initiativen zur Umverteilung und Abschottungs-Vorlagen. Daneben zahlten sich der klare liberale Kurs und die Geschlossenheit der Fraktion in verschiedenen Sachdossiers im Parlament aus. Allerdings hat liberale Politik zurzeit keinen leichten Stand: es fehlen ihr die Mehrheiten, denn die fragmentierte Mitte von CVP und BDP lässt sich politisch immer mehr von der SP treiben.

1.1. Dem JA zur Abzocker-Initiative folgt ein Nein zu 1:12

Eines der zentralen Themen 2013 war das Verhältnis der Bevölkerung zur Wirtschaftselite. Die ersten Monate 2013 waren geprägt von der Abzocker-Initiative. Hier zeichnete sich die Abstimmungsniederlage bereits früh ab. Der Stimmbürger setzte ein Zeichen. Der austarierte indirekte Gegenentwurf hatte keine Chance. Wenig half, dass auch die Gegner der Initiative den vom Gegner besetzten Begriff der Abzocker nutzten. Gemäss VOX-Analyse lehnten einzig die FDP-Wähler die Initiative ab.

Die Initiative hat zu einem heilsamen Gesinnungswandel geführt. So ist der Lohn des Nachfolgers von Novartis Chef Vasella klar tiefer und auch im Bankbereich fallen tendenziell die Boni und Löhne. Beispiele aus dem Ausland zeigen auch, dass aktivere Aktionärsvertreter und diesbezüglich spezialisierte, internationale Vereinigungen einen auf die Löhne mässigenden Einfluss ausüben.

Positiv für den Wirtschaftsstandort Schweiz war die brutale Niederlage der Linken bei der 1:12 Initiative mit fast 66% der Stimmen. Das Volk verwarf die Initiative als zu extrem; eine staatliche Lohnfestsetzung lehnte das Stimmvolk ab. Die SP-Führung politisiert hier an den eigenen Wählern vorbei. Das Thema Lohnexzesse ist nämlich ganz im Unterschied zum Thema Migration faktisch irrelevant.

Der im vergangenen Jahr erneut sichtbar gewordene Graben zwischen politischer und wirtschaftlicher Elite und der Bevölkerung ist weiterhin gross. Dass nach 10 Jahren ohne Rezession, während 2008 bis 2010 Europa am Rande einer grossen Depression stand und in Südeuropa der Wohlstand dann auf das Niveau der 90er Jahre fiel, hat beim Stimmvolk Spuren hinterlassen. Wirtschaftliche Argumente wie Arbeitsplatzsicherheit zählen weniger. Auch hat es die Wirtschaft verpasst, dauerhaft und flächendeckend wirtschaftspolitische Zusammenhänge z.B. über Inserate zu vermitteln, sondern sich auf immer teurere, aber in der Wirkung auch immer stumpfere Kampagnen beschränkt.

Hier braucht es ein Umdenken der Wirtschaft auf mindestens drei Ebenen:

- › Nötig ist ein flächendeckender Informationsteppich auch ausserhalb der engen Kampagnenzeit. Das geschieht am besten mit Inseraten, welche klar verständliche Botschaften in der Form von Zahlen vermitteln.
- › Es braucht eine Repolitisierung der Unternehmen. Bei 1:12 haben Unternehmer erstmals wieder über die Auswirkungen eines Resultats auf die eigene Firma kommuniziert und sind mit ihrer Meinung vor die Belegschaft gestanden. Die Wirkung war gross. Bereits bei der Zuwanderungsinitiative der SVP war das Engagement klar schwächer, was auch Auswirkungen auf das Resultat hatte.
- › Es braucht bessere Rahmenbedingungen, damit sich Wirtschaftsleute wieder vermehrt in der Politik engagieren. Auch hier gibt es positive Zeichen, etwa indem ein neuer FDP-Kantonsrat in Baselstadt seit Jahren bei der Novartis arbeitet und sein politisches Engagement unterstützt wird.

1.2. Klare Linie zahlt sich aus

In verschiedenen Sachgeschäften zahlte sich die klare Linie und Geschlossenheit der FDP-Fraktion aus. Erstes Beispiel ist der Gripen-Vertrag. Im Frühsommer 2012 forderte der Parteipräsident erstmals einen schussfesten Vertrag samt Konventionalstrafen und Rücktrittsrecht bei Nichterfüllung durch den Lieferanten. Das war weder ein Schnellschuss noch eine Einzelaktion, sondern eine mit den verantwortlichen Sicherheitspolitikern abgesprochene Positionierung. Gegen allen Widerstand wurde diese Position gehalten und das VBS gezwungen, die Verträge im Sinne der FDP nachzubessern. Ein neu zu entwickelndes Flugzeug zu kaufen hat Risiken, diese werden dank des nachgebesserten Vertrags massiv verkleinert.

Ein zweites Beispiel war der US-Vertrag zur Lösung der Bankenkrise. Hier unterstützte die FDP einen Vertragsabschluss, lehnte aber aus institutionellen Gründen eine Delegation des Entscheids ans Parlament ab. Denn erstens war die vom Bundesrat vorgeschlagene Gesetzesänderung inhaltlich nicht nötig, konnten die notwendigen Datentransfers doch mit dem bestehenden Strafgesetzbuch erfolgen. Zweitens kannte nur der Bundesrat das Verhandlungsergebnis mit den USA – das Parlament hätte somit die Katze im Sack gekauft. Wie bereits früher versuchten SP und SVP mit einer Ablehnung aus unterschiedlichsten Gründen Konzessionen in anderen Themenbereichen zu erreichen. Indem auch die FDP den Vorschlag des Bundesrats ablehnte, scheiterte deren Strategie. Das Beharren des Bundesrats auf seiner Botschaft war schliesslich für diesen ein mediales Desaster und stärkte die Schweiz ausserpolitisch nicht.

Eine klare Linie beschloss die Parteipräsidentenkonferenz schliesslich bei der Energiepolitik im Herbst 2013 vor dem Hintergrund der bundesrätlichen Reformvorschläge. Die FDP will rasch die Effizienzvorschläge beraten. Standards sind effiziente Steuerungsmittel. Bei den anderen Bereichen der Reformen von UVEK und EFD will die FDP eine Paketlösung: Erstens sind Subventionen wie KEV und CO₂-Teilzweckbindung sollen abgeschafft werden, denn in Deutschland etwa zeigt sich der Widersinn dieser Politik für Unternehmen und Steuerzahler bereits drastisch. Zweitens ist parallel dazu eine Abgabenreform zu prüfen, wobei sich die Diskussionen zurzeit vor allem auf eine Verbesserung der CO₂-Abgabe konzentrieren. Wenn die gesamte Steuer- und Abgabenlast sinkt, die Subventionen abgebaut werden und gleichzeitig unsere dritte Forderung nach einer Einführung der Strommarktliberalisierung erfüllt wird, so schlägt unser Vorschlag mehrere Fliegen auf einen Schlag: Die Energiepolitik wird nachhaltiger gestaltet, eine Subventionsschwemme wird verhindert und die wettbewerblichen Kräfte werden gestärkt.

1.3. Politik im Zeichen der Migrationsdebatte

2009 warnte Parteipräsident Müller in einem Interview, dass ohne Massnahmen bei der Drittstaatenzuwanderung und im Asylwesen, eine der kommenden Migrationsvorlagen verloren gehen könnte und damit der Bundesrat zum Totengräber der Bilateralen werden könnte. Um das zu verhindern, engagierte sich die FDP seit Jahren auf mehreren Ebenen und verstärkte dieses Engagement 2013 zusätzlich: So war die DV im Winter 2013 ein klares Bekenntnis für eine starke Verkehrsinfrastruktur, gerade auch beim öffentlichen Verkehr. Im Frühsommer folgte eine eigene Delegiertenversammlung zur Migrationspolitik, welche weitere Verschärfungen brachte und von der Delegiertenversammlung mit grosser Mehrheit angenommen wurde.

Im Januar 2014 schliesslich folgte eine Delegiertenversammlung zu den Themen Wohnungspolitik und Arbeitsmarktpolitik. Damit zeigte die FDP klar, dass sie die Sorgen der Bevölkerung ernst nimmt und einerseits die Migration wirtschaftsverträglich und im Einklang mit der humanitären Tradition beschränken will, andererseits die negativen Auswirkungen der Zuwanderung in den Bereichen Verkehr und Wohnen anpackt. Trotz enormem Engagement konnte die Bevölkerung knapp nicht von unseren Argumenten überzeugt werden und nahm im Februar 2014 die SVP-Zuwanderungsinitiative an.

1.4. Schwierige Zeiten stehen an

Bereits vor dem JA zur Zuwanderungsinitiative im Februar 2014 war klar, dass unser Land politisch und wirtschaftlich schwierigen Zeiten entgegen geht. Neue Stellen werden immer mehr nur noch vom Staat geschaffen, während die Exportindustrie kämpft oder gar Stellen abbaut. Schuld ist nicht nur der immer weniger überhöhte Franken, sondern die schleichende Verschlechterung unserer Rahmenbedingungen. Forderungen der Gewerkschaften sind immer mehr bis weit in die Mitteparteien CVP und BDP salonfähig. So schwächt die Sozialplanpflicht die Sozialpartnerschaft und erhöht die Kosten der Unternehmen. Sozialpolitische Reformen nimmt das Parlament kaum mehr an die Hand und ein Entlastungsprogramm scheiterte an einer unheiligen Allianz von SP und SVP, womit die Schuldenbremskonformität mittelfristig nicht mehr eingehalten wird. Gleichzeitig fahren Regierungen und Parlamente aller Stufen trotz erster Defizite und Sparprogramme fort beim Aufblähen der Verwaltung – Steuererhöhungen sind die Folge. Klar ist, dass Strukturprobleme drohen. Davon gemerkt hat die Bevölkerung noch nichts. Man hält sich für unverwundbar. Doch Hochmut kommt vor dem Fall und der sich abzeichnende Anpassungsprozess bei den Sozialversicherungen und bei der Verwaltung wird schmerzhaft.

Auch politisch drohen raue Zeiten. Erstens sind Diskussionen immer mehr von Moralvorstellungen statt Recht geprägt. Dass die Moralvorstellungen von einer kleinen und gut organisierten Gruppe definiert werden, während das Recht in der direkten Demokratie vom Volk bestimmt werden kann, geht vergessen. Mehr noch:

Wenn einer kleinen gut organisierten Gruppe mit ihren Moralvorstellungen mehr Gewicht eingeräumt wird als dem Stimmvolk, wird der Rechtsstaat und die Demokratie ausgehöhlt.

Zweitens nahen die Parlaments- und die Bundesratswahlen. Die FDP hat sich immer klar zur Konkordanz und der Bundesratsformel, dass die drei grössten Parteien je zwei und die viertgrösste Partei einen Sitz erhält, ausgesprochen. Fusionieren BDP und CVP und liegen sie nach den Wahlen vor uns, hätten Sie Anspruch auf zwei Sitze, wir – angenommen SP und SVP brechen nicht dramatisch ein – nur noch einen. Allerdings wollen sich CVP und BDP nicht an die Regeln halten. Mit aller Arten von Partnerschaften versuchen sie eine Politik des Weggli und des Fünfers: Sie wollen sich bei ihren Wählern als unabhängige Parteien positionieren, uns aber beim Kampf um den Bundesratssitz angreifen.

Damit ist das Feld für die FDP abgesteckt:

- › Interne Mobilisierung: Unsere Wähler müssen vermehrt mobilisiert werden. Das bedeutet noch mehr Besuche bei Ortsparteien. Zudem braucht es mehr Wildplakatierung und Inserate für die direkte, ungefärbte Vermittlung unserer Positionen.
- › Weiterführung der eigenständigen Politik: Für die FDP kommt weder ein Trittbrettfahren mit der SVP, noch eine Annäherung an den Gemischtwarenladen der Mitte, bestehend aus den immer weiter links stehenden Parteien CVP und BDP, in Frage. Wichtig ist, dass die FDP in den zentralen Themen rasch den Kurs festlegt und diesen durchhält.
- › Halten des Kurses bei zentralen Themen: Migrationsfragen und unser Verhältnis zu Europa werden weiter dominieren. Hier hat sich die FDP klar positioniert und hier gilt es unsere Position zu halten. Ja für die Bilateralen, auch nach dem knappen JA des Volks zur Zuwanderungsinitiative als Schlüssel für den Binnenmarkt, Abbau beim Familiennachzug aus Drittstaaten und drastische Reform des Asylwesens. Leider hat der Bundesrat in den letzten zwei Bereichen die Reformen sträflich verschlafen. Umso wichtiger die Politik der FDP, welche z.B. mit einer liberalen Wohnungspolitik und Investitionen in die Infrastruktur alles unternehmen will, damit die Bevölkerung weiterhin hinter den Bilateralen und der dafür nötigen Personenfreizügigkeit steht.

1.5. Solide Finanzen der Partei

2012 hat die Partei mit einem Gewinn von Fr. 4759 abgeschlossen. Das bei einem Aufwand von 2'988'058 Fr. Auch im vergangenen Jahr nahm die Partei weder im normalen Budget noch im Wahlkampfbudget 2015 keine über der Grenze von 1/5 des jeweiligen Budgets liegende Spende entgegen. Die Einhaltung der Regel wird durch die Revisionsstelle bestätigt. Nur Parteipräsident und Generalsekretär wissen, wer konkret mit wie viel Mitteln die Partei unterstützt. Mit diesen Regeln sichert die Partei, dass die Fraktion und die Partei unabhängig politisieren können. Diese Finanzierung setzt aber auch das Engagement der Unternehmen voraus. Hier ist weiter harte Überzeugungsarbeit nötig. Wer nach den schwierigen Abstimmungen des vergangenen Jahres aber noch an der Bedeutung der Parteien generell und der FDP im speziellen zweifelt und auf Unterstützung verzichten will, handelt fahrlässig. Aber auch hier gilt: Liberal ist nur, wer Verantwortung für sich und das Gemeinwesen - auch das politische Leben – übernimmt!

2. Parteiarbeit/DV – Activités du Parti/AD

Pia G. Guggenbühl, Kommunikationschefin

2.1. Die FDP will die Infrastruktur von morgen bauen Delegiertenversammlung vom 2. Februar 2013 in Zürich

Die Delegiertenversammlung der *FDP.Die Liberalen* in Zürich stand im Zeichen einer gut ausgebauten Infrastruktur und der Mobilität „so gut wie eine Schweizer Uhr“. Damit die Schweiz ihren Erfolg auch in Zukunft sichern kann, ist ein Ausbau der Infrastruktur, welcher die notwendigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schafft, zentral.

Gewappnet für die 8-Millionen-Schweiz

Nötig sind der Ausbau von Schienen- und Strassennetz und die schrittweise Einführung des Viertelstundtakts. Nur so können wir den Herausforderungen der 8-Millionen-Schweiz begegnen und Wohlstand und Arbeitsplätze sichern. Die Delegierten verabschiedeten ein entsprechendes Positionspapier.

Nein zur staatlich verordneten Raumplanung

Die Delegierten verwarfen die Revision des Raumplanungsgesetzes mit 185 zu 85 Stimmen. Ebenfalls sprachen sich die Delegierten fast einstimmig (285 Nein, 1 Ja) gegen die Landschaftsinitiative aus.

Die Entscheide der Delegiertenversammlung:

- › Verabschiedung des Positionspapier [„Mobilität so gut wie eine Schweizer Uhr: Die Infrastruktur der Zukunft für Bevölkerung und Unternehmen bauen“](#)
- › Volksabstimmung: Nein zum Raumplanungsgesetz, Nein zur Landschaftsinitiative

2.2. Aktionsplan für eine pragmatische Einwanderungspolitik Delegiertenversammlung vom 4. Mai 2013 in Baden

Im Zentrum der Delegiertenversammlung in Baden stand das Thema Migration. Die FDP steht zur Personenfreizügigkeit mit der EU, ist sich aber auch der damit verbundenen Herausforderungen bewusst. Die Partei fordert deshalb eine einheitliche Bewilligungspraxis, verbindliche Integrationsvereinbarungen sowie eine Begrenzung des Familiennachzugs aus Drittstaaten. Auch sprachen sich die Delegierten für eine harte, aber faire Migrationspolitik aus. Sie verabschiedeten einen Aktionsplan für eine pragmatische Einwanderungspolitik.

Ja zu Änderungen im Asylgesetz

Die Revision des Asylgesetzes erachtete die FDP als dringend notwendig. Die Delegierten sprachen sich mit 207 Ja- zu 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung für die dringlichen Änderungen im Asylgesetz aus. Damit wird dem Bund die Suche nach Unterkünften zukünftig erleichtert und durch die Schaffung spezifischer Zentren werden Probleme mit renitenten Asylbewerbern wirkungsvoll gelöst.

Volkswahl des Bundesrats deutlich abgelehnt

Die SVP-Initiative „Für die Volkswahl des Bundesrates“ verwarfen die Delegierten mit 198 Nein gegenüber 5 Ja (bei 1 Enthaltung) klar. Damit spricht sich die FDP gegen permanente Wahlkämpfe der Bundesräte „à l'américaine“ aus und für das bewährte Kollegialitätsprinzip.

Die Entscheide der Delegiertenversammlung:

- › Verabschiedung des Positionspapiers [„Aktionsplan für eine pragmatische Einwanderungspolitik“](#)
- › Volksabstimmung: Ja zur Asylgesetzrevision
- › Volksabstimmung: Nein zur Initiative „Für die Volkswahl des Bundesrates“

2.3. Starke, für die Herausforderungen der Zukunft gerüstete Armee Delegiertenversammlung vom 24. August 2013 in Thun

An der Delegiertenversammlung in Thun wurde mit überwältigendem Mehr ein Positionspapier für eine starke, auf die Herausforderungen der Zukunft gerüstete Armee verabschiedet. Damit erklärten sich die FDP-Delegierten auch bereit, die notwendigen 5 Milliarden Franken zu sprechen. Denn diese sind notwendig, um eine glaubwürdige und effektive Armee zu garantieren.

Freiwillige Miliz ist eine Illusion

Ebenso entschieden erteilten die Delegierten der Illusion einer freiwilligen Miliz eine deutliche Abfuhr: Mit 213 Ja- zu 5 Nein-Stimmen (2 Enthaltungen) verwarfen sie die Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Damit bekräftigten sie, dass sich das jahrzehntealte Milizsystem bestens bewährt hat.

Nein zu 1:12

Ein staatliches Lohndiktat, wie es die Juso mit ihrer Initiative forderte, hätte der Schweizer Volkswirtschaft enorm geschadet. Fast einstimmig lehnten die Delegierten die 1:12-Initiative ab. Diese hätte zu massiven Ausfällen bei den Steuereinnahmen und Sozialversicherungen geführt.

Gesetzesänderung bei Tankstellenshops

Die Delegierten sprachen sich weiter einstimmig für die vom Volk später angenommene Gesetzesänderung bei Tankstellenshops aus. Diese basiert auf einer Initiative von FDP-Nationalrat Christian Lüscher (GE). Er forderte, dass absurde Bürokratie im Arbeitsgesetz endlich beseitigt und alle Produkte von Tankstellenshops zugänglich werden.

Ja zum Schutz der Privatsphäre

Im April 2013 lancierte ein überparteiliches Komitee die Volksinitiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“. Die eidgenössischen Delegierten entschieden mit 171 Ja zu 52 Nein (3 Enthaltungen), diese zu unterstützen. Die FDP fordert, dass sich die Schweiz in der OECD in Sachen Informationsaustausch für einen globalen und allgemein gültigen Standard engagiert. Im Inland müssen wir aber souverän bleiben. Und dazu gehört, dass wir den Schutz der Privatsphäre bewahren, auch in Finanzfragen.

Die Entscheide der Delegiertenversammlung:

- › Verabschiedung des Positionspapiers [„Armeepolitik“](#)
- › Volksabstimmung: Nein zur Aufhebung der Wehrpflicht
- › Volksabstimmung: Nein zu 1:12
- › Unterstützung der Initiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“

2.4. Familieninitiative gefährdet Vereinbarkeit von Familie und Beruf Delegiertenversammlung vom 12. Oktober 2013 in Genf

Bundesrat Didier Burkhalter erinnerte im Rahmen der Delegiertenversammlung im internationalen Genf daran: Auf die Schweiz warten neue Herausforderungen und ein härteres wirtschaftliches Umfeld. Er unterstrich die Wichtigkeit der Sicherstellung und Weiterführung der bilateralen Beziehungen mit der EU.

Innovation ist der Schlüssel zum Erfolg

Im Zentrum der Delegiertenversammlung stand sodann der Themenbereich „Innovation und Forschung“. Diese Elemente sind Garant für den Wohlstand unseres Landes. Die Delegierten teilten diese Ansicht und nahmen ohne Gegenstimme das Positionspapier „Innovationspolitik“ an.

„Familieninitiative“ der SVP verworfen

Die FDP will die Wahlfreiheit beim Familienmodell sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Deshalb sprachen sich die Delegierten mit nur 8 Gegenstimmen klar gegen die Familieninitiative der SVP aus. Diese steht einer liberalen Familienpolitik entgegen und hätte zu Steuerausfällen von 1,4 Milliarden Franken geführt.

Ja zu Autobahnvignette und FABI

Schliesslich sprachen sich die Delegierten auch für die Finanzierung und den Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) sowie gegen das Referendum der Autobahnvignettenerhöhung aus. Die Mobilität ist ein zentrales Thema für die FDP und eine gute Infrastruktur ist ein entscheidender Wettbewerbsvorteil. Die Delegierten nahmen FABI mit 150 Ja- zu 8 Nein-Stimmen, die Autobahnvignettenerhöhung mit 110 Ja- zu 58 Nein-Stimmen an.

Die Entscheide der Delegiertenversammlung:

- › Verabschiedung des Positionspapiers [„Innovationspolitik“](#)
- › Volksabstimmung: Nein zur Familieninitiative der SVP
- › Volksabstimmung: Ja zur Autobahnvignettenerhöhung
- › Volksabstimmung: Ja zu FABI

3. Parteiarbeit mit kantonalen Vertretern im Jahr 2013

Matthias Leitner, Kampagnenleiter

3.1. Parteipräsidentenkonferenz (PPK)

Die kantonalen Parteipräsidenten tagten auch im Jahr 2013 regelmässig (1. Februar, 3. Mai, 27. Juni, 23. August, 11. Oktober, 5. Dezember).

Die PPK diskutierte in der ersten Jahreshälfte über die Lancierung einer Volksinitiative und sprach sich für die Unterstützung der Volksinitiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“ aus. Ebenfalls in den ersten 6 Monaten des Jahres war der Abschluss der Weiterentwicklung der digitalen Kommunikation ein zentrales Thema. Der Abschluss der Weiterentwicklung des Addressix-Systems zog sich über das ganze Jahr weiter. Ebenfalls in der PPK wurden 2013 die ersten Zeichen für die Wahlen 2015 gesetzt.

Die PPK fasste im Jahr 2013 die Parolen zu zwei Abstimmungsvorlagen (s.u.). Sowohl die Vorbesprechung der Positionspapiere und Resolutionen wie auch die Wahl der Mitglieder Fachkommissionen waren ständiges Traktandum.

Der 2011 gegründete PPK-Ausschuss berichtet in der Parteipräsidentenkonferenz regelmässig über die Diskussionen im Vorstand.

3.2. Sekretärenkonferenz (SK)

Im Jahr 2013 wurden keine Sekretärenkonferenzen durchgeführt. Die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer waren jeweils zur PPK eingeladen und nahmen regelmässig teil. Die kantonale Wahlkampfgruppe, welche 2012 gegründet wurde, traf sich 2013 zweimal, um Vorarbeiten zu den Wahlen 2015 zu tätigen.

3.3. Volksabstimmungen

Im Jahr 2013 hat das Schweizer Stimmvolk über viele Vorlage entschieden. Einige bittere Niederlagen mussten verkräftet werden aber auch einige Siege wurden gefeiert.

Minder-Initiative

Das Volk hat entgegen der Parole der FDP der Minder-Initiative deutlich mit 67.9% angenommen. Die FDP hat ihre Basis mit einer eigenen Kampagne als einzige bürgerliche mehrheitlich von ihrer Parole überzeugen können.

Bundesbeschluss über die Familienpolitik (Parole durch PPK)

Die FDP hat die Nein-Parole zum Bundesbeschluss über die Familienpolitik gefasst. Zwar unterstützt die Partei die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, doch soll das bedarfsgerecht durch die Kantone und Gemeinden erfolgen und der Föderalismus in diesem Bereich nicht gelockert werden. Während eine Mehrheit der Bevölkerung von 54.3% hinter dem Bundesbeschluss gestanden ist, scheiterte er am Ständequorum (13:10)

Referendum gegen das Raumplanungsgesetz

Das revidierte Raumplanungsgesetz wurde - entgegen der Parole der FDP - vom Volk deutlich mit 62.9% angenommen.

Initiative „Volkswahl des Bundesrates“

FDP. Die Liberalen hat die Nein-Parole zur Initiative „Volkswahl des Bundesrates“ beschlossen. Das Volk hat diese wuchtig mit 76.3% abgelehnt. Die FDP hat die überparteiliche Kampagne gegen die Initiative geführt.

Referendum gegen das revidierte Asylgesetz

Das Volk hat das revidierte Asylgesetz mit 78.4% entsprechend der Parole der FDP gutgeheissen.

Initiative „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“

Die Initiative „Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht“ wurde von der FDP deutlich abgelehnt. Das Volk ist dieser Parole deutlich mit 73.2% gefolgt. Die überparteiliche Kampagne wurde von der FDP geführt.

Referendum gegen das revidierte Epidemiengesetz

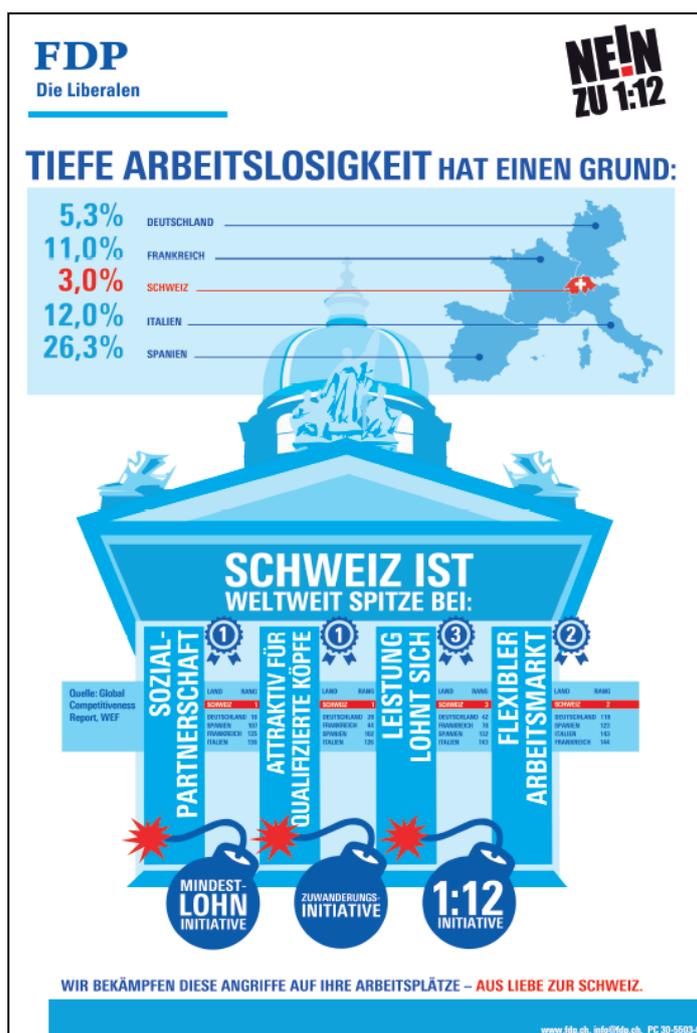
Die FDP hat sich für das revidierte Epidemiengesetz ausgesprochen. Das Volk ist dieser Parole gefolgt und hat das Referendum mit 60% abgelehnt.

Referendum „Tankstellenshops“

Die Vorlage „Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops“ gründete auf einer Motion von FDP-Nationalrat Christian Lüscher. Die Partei hat sich deutlich für diese Revision ausgesprochen. Das Volk ist dieser Parole mit 55.8% gefolgt.

Initiative „1:12“

FDP.Die Liberalen hat die Initiative „1:12-Initiative“ abgelehnt. Die FDP hat eine eigene Inseratekampagne geführt. 65.3% der Stimmbürger sind der FDP-Parole gefolgt.



Initiative „SVP-Familieninitiative“

Die FDP hat sich gegen die SVP-Familieninitiative ausgesprochen. Das Volk ist dieser Parole mit 58.5% gefolgt. Die FDP hat die überparteiliche Nein-Kampagne geführt.

Referendum gegen die Vignettenpreiserhöhung

FDP.Die Liberalen hat die Ja-Parole zum Bundesbeschluss zur Erhöhung des Vignettenpreises gefasst. Das Volk hat sich jedoch gegen die Vorlage entschieden und die Vorlage mit 60.5% abgelehnt.

3.4. Volksinitiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“

Die FDP unterstützt die Lancierung der Volksinitiative „Ja zum Schutz der Privatsphäre“ eines überparteilichen, bürgerlichen Komitees. Im Initiativkomitee (total sieben Personen) vertreten sind NR Fulvio Pelli, NR Gabi Huber und NR Christian Lüscher. Die Sammelphase hat am 4. Juni begonnen und wurde mit einem Event auf dem Bundesplatz sowie einer Pressekonferenz begleitet. Die Sammelphase dauert bis am 4. Dezember 2014 (vgl. auch Bericht zur Delegiertenversammlung in Thun vom 24.8.2013).

Das parlamentarische Jahr 2013

Iris Grob, Fraktionssekretärin

4. Frühlingsession 2013 – Session de printemps 2013 (04. März bis 22. März 2013)

Der Nationalrat zählt vier neue Gesichter: So sind Claudia Friedl (SP/SG), Verena Herzog (SVP/TG), Nadine Masshardt (SP) und Aline Trede (Grüne) in Folge mehrerer Rücktritte als neue Nationalrätinnen vereidigt worden.

Zusammen mit den bürgerlichen Parteien BDP, CVP und SVP hat die FDP den Bundesrat in dieser Session aufgefordert, die Botschaft zur schädlichen Einheitskassen-Initiative rasch und ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung zu bringen. Sowohl Stände- als auch Nationalrat haben Motionen mit diesem Inhalt befürwortet. Damit zeigt das Parlament dem Bundesrat die rote Karte und verlangt, den bereits mehrmals geäusserten Willen des Parlaments zu respektieren. Angesichts dieses starken Zeichens ist es bedauerlich, dass der Bundesrat auf seiner Position beharrt und trotzdem ein aufwändiges Vernehmlassungsverfahren durchführt für einen Vorschlag, welcher eine verkappte Einführung der Einheitskasse durch die Hintertür vorsieht. Die FDP wird zusammen mit ihren bürgerlichen Partnern an der Vernehmlassung teilnehmen und die Vorlage klar bekämpfen.

Der Nationalrat hat einer Harmonisierung und Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten zugestimmt. Läden sollen ihre Produkte künftig in der ganzen Schweiz werktags mindestens von 6 Uhr bis 20 Uhr und samstags zwischen 6 Uhr und 19 Uhr verkaufen dürfen. Damit wird den heutigen Lebensgewohnheiten der Schweizerinnen und Schweizer endlich Rechnung getragen. Zudem hat die grosse Kammer die Cleantech-Initiative der SP zur Ablehnung empfohlen. Die Initiative würde die Energie verteuern, die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft schmälern und damit letztlich Arbeitsplätze vernichten statt schaffen. Schliesslich hat der Nationalrat als Erstrat die Voraussetzungen verschärft, welche für den Erhalt des Schweizer Passes erfüllt sein müssen. Für die Einbürgerung sind nachweisbare Integrationsbemühungen notwendig: Kenntnisse des schweizerischen Lebensstils, von mindestens einer Landessprache sowie eine nachweislich erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft, Berufstätigkeit oder Ausbildung. Die FDP hat diese Revision massgeblich mitgeprägt, sie ist ganz im Sinne unseres Anliegens für eine harte, aber faire Ausländerpolitik.

Im Ständerat hat eine Revolution stattgefunden: So stimmt die kleine Kammer bald elektronisch ab. Spekulationen über Zählpannen waren immer wieder ein Thema, zuletzt im Zusammenhang mit der Freigabe des Geldes für den Kauf der Gripen-Kampffjets. Veröffentlicht werden im Ständerat aber nicht alle Abstimmungsergebnisse. Wann die Neuerung eingeführt wird, entscheidet das Ständeratsbüro, es ist aber mit einem baldigen Wechsel zu rechnen.

In den Schlussabstimmungen haben beide Räte die 1:12-Initiative zur Ablehnung empfohlen. Sie wird dem Volk ohne Gegenvorschlag vorgelegt. Die Initiative würde den Werk- und Finanzplatz Schweiz massiv gefährden. Die FDP wird sie an vorderster Front bekämpfen. Die Autobahn-Vignette wird ab 2015 100 Franken kosten. Beide Räte haben in der Schlussabstimmung dem Beschluss zum Nationalstrassennetz zugestimmt. Gegen die Vorlage hat ein Komitee unter Ägide der SVP bereits das Referendum angekündigt. Ebenfalls unter Dach und Fach ist schliesslich die Agrarpolitik 14-17. Diese wichtige Reform ist ein erster Schritt, um der Schweizer Landwirtschaft das Tor zur Zukunft zu öffnen. Die Reform verstärkt ihr wirtschaftliches Potenzial, die Nachhaltigkeit in der Produktion und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Lebensmittelbranche.

4.1. Revision der Invalidenversicherung

Die Vorlage zur sechsten IV-Revision Teil b weicht von den zentralen finanzpolitischen Vorgaben ab, die für eine nachhaltige Sanierung der IV notwendig sind. Von den vermeintlich guten Zahlen des Jahres 2012 geblendet haben die Räte die IV-Revision 6b aufgeteilt. Entlastungsbeiträge wie die Senkung der Kinderrenten und die Kürzung der Reisekostenbeiträge wurden aus der Revisionsvorlage ausgeklammert. Aus finanzpolitischer Sicht ist dieser Entscheid unverständlich. Ohne die Zusatzfinanzierung würde die IV-Rechnung nach wie vor ein Defizit von jährlich über 500 Millionen Franken ausweisen. Aus der aktuellen Version der Vorlage resultieren Einsparungen von nur noch 125 Millionen Franken, was weni-

ger als der Hälfte des bundesrätlichen Vorschlags entspricht. Der Entscheid des Ständerats, dass eine volle IV-Rente künftig nur noch an Personen erteilt wird, die zu mindestens 80 Prozent invalid sind, ist positiv.

Positiv zu werten ist, dass der Ständerat entgegen dem Nationalrat an einer Schuldenbremse für die IV festhält. Um die finanzielle Nachhaltigkeit der IV sicherzustellen, braucht es zwingend eine Schuldenbremse. Ein Interventionsmechanismus beschleunigt den Reformprozess und leitet im Notfall unverzichtbare Massnahmen ein. Wie die aktuelle Entwicklung zeigt, hemmen Zusatzeinnahmen den Reformprozess. Notwendige Sofortmassnahmen müssen leistungsseitig festgeschrieben werden, wie dies der Ständerat erneut beschlossen hat. Ein solches Vorgehen erhöht den Druck, das finanzielle Gleichgewicht durch strukturelle Massnahmen wieder herzustellen.

Das Volk hat vor drei Jahren die Zusatzfinanzierung der IV durch die Mehrwertsteuer nur unter dem Versprechen der Politik gutgeheissen, dass die Sanierung in einem nächsten Schritt mit ausgabenseitigen Einsparungen kombiniert wird. Dies ist absolut notwendig, um die Schulden der IV bei der AHV rechtzeitig tilgen zu können. Die AHV wird in einigen Jahren selbst dringend auf das Geld angewiesen sein. Mehrmals wurden bereits einnahmeseitige Massnahmen für die IV getroffen, die strukturellen Probleme aber nie gelöst. Auch die aktuelle Reform kommt dieser Forderung trotz eines Schuldenbergs der IV von 15 Milliarden Franken leider nicht nach. Am Ende werden wiederum die Steuerzahler und die AHV die Konsequenzen tragen.

4.2. Zulassungsstopp verschoben

Nachdem der Nationalrat beschlossen hat, den Zulassungsstopp für Spezialärzte per 1. April 2013 wieder einzuführen, kam im Ständerat noch keine Entscheidung zu Stande. Die vorberatende Gesundheitskommission (SGK-S) wollte ursprünglich das Geschäft an den Bundesrat zurückweisen. Diesem Vorhaben stellte sich der Ständerat äusserst knapp, mit Stichentscheid des Ratspräsidenten, entgegen. Es gibt zahlreiche Gründe, die gegen eine Wiedereinführung des Zulassungsstopps sprechen: die negativen Auswirkungen für die Versorgung, der ordnungspolitisch falsche Eingriff in den Wettbewerb unter den Ärzten sowie die Diskriminierung junger Ärztinnen und Ärzte sind nur einige davon.

Mit ihrem Rückweisungsantrag wollte die SGK-S den Bundesrat beauftragen, eine definitive Lösung vorzulegen, die unter anderem auch eine Lockerung des Vertragszwangs vorsieht. Dieser Vorschlag geht in die richtige Richtung. Nicht ein planwirtschaftliches Instrument soll die Zulassung der ärztlichen Tätigkeit im ambulanten Bereich bestimmen, sondern die Qualität und der Preis. Im Gegensatz zum Zulassungsstopp kann die Vertragsfreiheit das Überangebot in gewissen Regionen eindämmen und der Unterversorgung in abgelegenen Regionen entgegenwirken.

Der Ständerat hat die SGK-S damit beauftragt, eine vom Nationalrat in der ersten Sessionswoche eingefügte Bestimmung zu prüfen. Diese sieht vor, die Ärzte vom Zulassungsstopp auszunehmen, welche sich in der Schweiz während mindestens fünf Jahren weitergebildet haben. Die Kommission muss nun abklären, ob diese Bestimmung das Freizügigkeitsabkommen mit der EU verletzt. Dafür will sie sich bis zur Sommersession Zeit lassen.

4.3. Koordinierte Energieforschung

Mit dem Aktionsplan „Koordinierte Energieforschung Schweiz“ will der Bundesrat in den Jahren 2013–2016 die Forschung und Innovation im Energiebereich stärken. Er sieht dabei Fördermassnahmen für 202 Millionen Franken als Teil der Umsetzung der Energiestrategie 2050 vor. Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat den entsprechenden Bundesbeschlüssen zugestimmt. Dies mit einer Änderung: Der Bundesrat wollte 60 Millionen Franken der bereits für die ETH vorgesehenen Mittel für die Energieforschung verpflichten. Beide Räte haben sich nun zu Recht gegen diese Zweckbindung ausgesprochen, welche eine Mittelumverteilung innerhalb der ETH erzwungen hätte. Stattdessen wurden die Beiträge an die ETH um 60 Millionen Franken erhöht. Die Vorlage wurde in der Schlussabstimmung mit 135:51 Stimmen bei 2 Enthaltungen (NR) und 42:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (SR) angenommen.

Eine Verstärkung der Energieforschung in der Schweiz ist der richtige Weg, um die Energieprobleme der Zukunft zu lösen. Der Vorschlag des Bundesrats ist gut austariert, ist ordnungspolitisch sauber, schafft keine neuen Institutionen, sondern baut auf Bestehendem auf und will die Energieforschung sukzessive

ausbauen. Allerdings darf die Energieforschung nicht zu einer Verdrängung anderer Forschungsrichtungen führen, die für die Wirtschaft ebenfalls von vitalem Interesse sind.

4.4. Politique agricole 14 - 17

Le PLR.Les Libéraux-Radicaux se réjouit que la majorité des points de la politique agricole 2014-2017 (PA 14-17) du Conseiller fédéral Johann Schneider-Ammann ait été soutenue par le Conseil des Etats et par le Conseil national. Cette nouvelle politique renforce clairement le potentiel économique, la durabilité de la production agricole et la compétitive de notre filière agro-alimentaire. La PA14-17 reste une réforme modérée. En effet, les paysans qui jouent un rôle important pour notre pays continueront de recevoir environ 3,7 milliards de francs de prestations de soutien. Toutefois, grâce à cette réforme, les agriculteurs innovants obtiendront de meilleures conditions pour la vente de leurs produits de haute qualité.

Le PLR se réjouit de la décision favorable des deux chambres concernant le nouveau système des paiements directs. Les paiements directs ne feront plus office de soutien au marché, mais rémunéreront dorénavant l'agriculteur pour sa prestation d'intérêt général sur le territoire. Ce succès permettra de réduire les effets négatifs du système actuel liés à une surproduction animale négative pour l'environnement et les marchés. C'est la fin de la prime à la vache. Désormais les paiements directs ne dépendront plus du nombre de vaches, mais de la taille de la surface exploitée.

Le PLR.Les Libéraux-Radicaux salue également la décision des deux chambres concernant la gestion de l'offre du marché du lait par les interprofessions et le soutien de la transformation du lait en fromage. Le PLR salue cette liberté d'action offerte par la nouvelle PA 14-17 du Conseil fédéral.

Enfin, le PLR.Les Libéraux-Radicaux regrette la décision des deux chambres d'encourager un retour à l'ancien système de prestations indigènes pour l'octroi proportionnel de contingents d'importations de viande. Les contingents seront attribués à raison de 40% d'après le nombre d'animaux abattus en Suisse. Les 60% restants continueront à être mis aux enchères. Le PLR.Les Libéraux-Radicaux regrette ce choix qui équivaut à une rente de situation pour les grands abattoirs. Cette mesure entraînera en outre un manque à gagner de 37 millions de francs pour la Confédération, qui devra être économisé ailleurs dans l'agriculture. (sans compter les 20 millions pour les épizooties).

Le PLR.Les Libéraux-Radicaux regrette également le supplément de 160 millions accordé faisant passé l'enveloppe totale de 13,67 à 13, 83 milliards.

Le résultat global est cependant largement positif et un clair succès pour le PLR.Les Libéraux-Radicaux et son Conseiller fédéral Johann Schneider-Ammann.

4.5. Cleantech-Initiative

Die Initiative verlangt den schrittweisen Ausstieg der Schweiz sowohl aus der Atomenergie als auch aus der Abhängigkeit vom Erdöl. Die Forderung, den Anteil der erneuerbaren Energien von heute 19 Prozent auf 50 Prozent bis 2030 zu erhöhen, ist aus Sicht der FDP unrealistisch. Der dazu erforderliche Umbau der Energieversorgung würde die Energiepreise drastisch steigern. Für den Cleantech-Bereich braucht es keine staatlichen Direktzahlungen und Bundesprogramme. Von einer überdimensionierten und volkswirtschaftlich gefährlichen Subventionspolitik, wie sie die SP Schweiz in ihrer Volksinitiative fordert, muss daher deutlich Abstand genommen werden. Mit dem Masterplan Cleantech des Bundesrats ist bereits eine sinnvolle politische Stossrichtung vorgegeben.

Die FDP-Fraktion unterstützte den Bundesrat mit der Haltung und Meinung, dass diese Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen sei, weil die Gesetzeswerke zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 bestehen, die vorangetrieben werden. In der Gesamtabstimmung wurde die Cleantech-Initiative von der FDP-Fraktion denn auch einstimmig verworfen. Dieselbe Haltung vertritt die Mehrheit des Nationalrates, die die Cleantech-Initiative mit 112:68 ablehnte.

4.6. Loi sur la protection des marques. Modification et projet Swissness. Différences

Le but de préserver la valeur de la «marque suisse» sur la durée et d'en assurer le positionnement. Cet objectif implique de renforcer la protection de l'indication de provenance «Suisse» et de la croix suisse. Suite à la séance du Conseil des Etats lors de la session Hiver 2012, le Conseil national est revenu en deuxième lecture sur ce projet : un grand nombre de divergences ont pu être éliminées. Si des différences subsistent après la prochaine lecture par le Conseil des Etats, une séance de conciliation devra être mise sur pied.

Pour les produits naturels, à 107 voix contre 80 et 4 abstentions, le Conseil national a rejoint le Conseil des Etats. Pour être déclaré «Swiss made», un produit naturel doit compter 80% du poids de ses matières premières provenant de Suisse. La différence entre les produits naturels «hautement» et «faiblement» transformés, réclamée lors de la séance du 15 mars 2012, a été abandonnée. L'exception pour le lait et les produits laitiers (100%) a cependant été maintenue.

Les différences restent concernant les produits industriels. Pour la Chambre basse, à 124 voix contre 67 et 2 absentions, 60% du coût de revient d'un produit industriel est nécessaire pour être déclaré «Swiss made » (contre 50% demandé par le Conseil des Etats). A l'instar de Karin Keller-Sutter en décembre 2012 au Conseil des Etats, Alain Ribaux a proposé sans succès un taux 50% et 60% pour l'industrie horlogère. Le Conseil national a également conservé les coûts liés à l'assurance de la qualité et à la certification dans ces 60%, proposition que le Conseil des Etat veut biffer.

4.7. Loi sur la nationalité. Révision totale

La révision totale de la Loi sur la nationalité est un thème essentiel pour le PLR, qui est au cœur des révisions adoptées par le Conseil national: tempérant d'une côté les propositions extrêmes de l'UDC et refusant d'un autre les propositions laxistes de la gauche, qui veulent faire de la naturalisation une simple démarche administrative. Avec cette révision, les conditions d'intégration sont particulièrement prises en compte : elles deviennent essentielles à l'acquisition de la nationalité. La durée de séjour en Suisse nécessaire pour demander la nationalité suisse passe de 12 à 10 ans.

Particulièrement, cela implique une familiarisation avec le mode de vie en Suisse, la maîtrise d'au moins une langue nationale à l'oral et à l'écrit et une intégration réussie dans notre société. Le candidat doit en outre travailler ou suivre une formation en Suisse. Le respect de la sécurité et de l'ordre public sont également indispensables. Des conditions particulières doivent être prises en comptes, cela concerne les personnes en situation de handicap, maladie ou tout autre raison de force majeure.

Certaines modifications ont également été adoptées pour faire face aux besoins actuels. Seuls les étrangers munis d'une autorisation d'établissement (permis C) pourront déposer une demande de naturalisation. La durée de séjour d'une personne admise provisoirement ne sera plus comptée. Finalement, le privilège de compter les années de séjour des jeunes (10-20ans) à double a été supprimé. Ces durcissements s'expliquent notamment parce que les différences culturelles avec les étrangers sont plus grandes aujourd'hui qu'hier.

4.8. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Die Vereinigte Bundesversammlung hat am 20. März 2013 je zwei Richterinnen und Richter für das **Bundesverwaltungsgericht** als Ersatz für zurückgetretene Richter gewählt. Die National- und Ständeräte folgten den Vorschlägen ihrer Gerichtskommission für die Richterwahlen. Gewählt wurden Sylvie Cossy (Sympathisantin der Grünen), Esther Karpathakis (GLP), Pascal Richard (CVP) sowie William Waeber (SP).

Zudem wählte die Vereinigte Bundesversammlung Michael Beusch (SP) als neuen Richter an das **Militärkassationsgericht**, die höchste Instanz der Militärjustiz.

4.9. Geschäfte beider Räte

Einheitskasse und Gegenvorschlag – Beide Räte haben Motionen der bürgerlichen Parteien BDP, CVP, SVP und FDP befürwortet, welche den Bundesrat auffordern, die Botschaft zur Einheitskassen-Initiative bis zum 23. Mai an das Parlament zu überweisen. An den von Wattenwyl-Gesprächen vom 9. November 2012 hatte die Mehrheit der anwesenden Parteien dem Gegenvorschlag zur Einheitskasse eine Absage erteilt. Dieser Forderung haben die bürgerlichen Parteien Ende Dezember Nachdruck verliehen – mit von der Mehrheit beider Räte unterschriebenen Motionen. Dennoch hält der Bundesrat an einem Gegenentwurf fest. Nachdem beide Räte entsprechende Motionen behandelt haben, ist die Position klar: Nun wird vom Bundesrat erwartet, dass er die klare Willensäußerung des Parlaments respektiert. Er soll die Initiative bis Ende Mai an das Parlament überweisen. Die schnellere Behandlung der Initiative durch die Legislative schränkt das Recht des Bundesrates, einen Gegenvorschlag zu präsentieren, nicht ein. Er kann die dafür vorgesehene Frist von zusätzlichen sechs Monaten voll ausnutzen und das Projekt später nachreichen. Auch die Vernehmlassung zum Gegenvorschlag kann, wie geplant, durchgeführt werden. Die bürgerlichen Parteien BDP, CVP, SVP und FDP bedauern zutiefst, dass der Bundesrat, trotz mehrmaliger Aufforderung auf einen Gegenvorschlag zu verzichten, auf seiner Position beharrt und ein aufwändiges Vernehmlassungsverfahren durchführt. Dennoch werden sie an der Vernehmlassung teilnehmen. Vom Bundesrat wird erwartet, dass er Konsequenzen aus den eingegangenen Stellungnahmen zieht.

Hausarztinitiative - Nach dem Ständerat empfiehlt auch der Nationalrat die Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“ zur Ablehnung. Die Initiative will die Hausarztmedizin in der Verfassung verankern und dadurch den Hausärzten eine überragende Position gegenüber den Spezialisten und anderen medizinischen Berufen sichern. Ein staatlich gesicherter Zugang zum Hausarztberuf würde den Hausärzten ihren wertvollen Status als Freiberufler wegnehmen. Die Akteure im Gesundheitswesen müssen mehr Spielraum bekommen. Kernelemente eines solchen Gesundheitswesens sind Transparenz, Wahl- und Vertragsfreiheit sowie Leistungswettbewerb.

Der Bundesrat stellt der Initiative einen direkten Gegenentwurf auf Verfassungsebene gegenüber, welcher von beiden Räten unterstützt wird. Nicht der Hausarzt, sondern die Grundversorgung soll in der Verfassung verankert werden. Ein Berufsprivileg ist nicht vorgesehen. Zur Diskussion stand ebenfalls die Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags auf Gesetzesstufe. Eine von beiden Räten angenommene Motion der ständerätlichen Gesundheitskommission (SGK-S) beauftragt den Bundesrat, die Hausarztmedizin entlang eines Sieben-Punkte-Plans zu stärken. Der Fokus liegt nicht wie bei der Initiative auf dem Hausarzt als solchem, sondern auf der Hausarztmedizin.

Nachrichtenlose Vermögen - Nach jahrelangem Seilziehen zwischen National- und Ständerat haben sich die beiden Räte darauf einigen können, wie lange Eigentümer nachrichtenloser Vermögen ihre Ansprüche geltend machen können. Damit ist endlich die für die Schweiz aus Reputationsgründen heikle Frage geklärt, wie die Banken mit nachrichtenlosen Vermögen verfahren müssen. Die Banken können so nachrichtenlose Vermögen nach 50 Jahren liquidieren. Mit weiteren Fristen dauert es danach insgesamt 62 Jahre, bis Erben den Anspruch auf die Vermögenswerte nicht mehr geltend machen können. Nach dem Verfahren fließen die Vermögenswerte an den Bund. Die FDP begrüsst diese Lösung. Die Schweiz geht mit einer Verwirklichungsfrist von 50 Jahren bereits weiter als viele andere Länder. Ein Fortbestehen des Rechtsanspruchs der Betroffenen für weitere 50 Jahre gegenüber dem Bund – wie von einer Minderheit verlangt - hätte einen grossen administrativen Aufwand zur Folge und zudem lassen sich Ansprüche nach so langer Zeit nur noch schwer beweisen.

Politique économique extérieure 2012 – Le Conseil des états a pris acte du rapport 2012 du Conseil fédéral sur la politique économique extérieure. Le gouvernement y fait part de sa volonté de renforcer la coopération avec les régions frontalières. En filigrane du document apparaissent les difficultés à progresser dans les relations avec l'Union européenne (UE).

Rapport de politique étrangère 2012 - Après le Conseil des Etats, le conseil national a pris acte tacitement du rapport de politique étrangère 2012, qui a néanmoins essuyé quelques critiques sur son manque d'analyse stratégique. Le ministre des affaires étrangères Didier Burkhalter a insisté sur la nécessité d'intensifier fortement les rapports avec les Etats voisins. Quant à la clause de sauvegarde sur la libre circulation des personnes, le gouvernement tranchera en avril, a-t-il dit.

Constitution du canton de Schwyz. Garantie – La garantie n'a pas été donnée à la Constitution du canton de Schwyz. Son nouvel art. 48 sur les droits politiques a été critiqué : le système proportionnel choisi pour l'élection du Grand conseil n'assurait pas une juste représentation des forces politiques. Ceux qui soutenaient la garantie à la Constitution de Schwyz s'appuyaient sur le fait qu'elle ait été acceptée à Schwyz autant par le Grand conseil que par la population. Ainsi, bien que le Conseil des Etat ait par deux fois accordé la garantie, le Conseil national l'a rejeté lors de ses deux lectures (100 voix contre 91 lors du 2e refus). Le canton de Schwyz doit revoir sa Constitution.

4.10. Geschäfte des Nationalrats

Aus- und Weiterbildung - Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat dafür ausgesprochen, dass Aus- und Weiterbildungskosten künftig von den Kosten der Erstausbildung abgegrenzt und als allgemeiner Abzug von den Steuern zugelassen werden. Nicht einig sind sich der Bundesrat sowie die beiden Räte bei der Höhe der Abzugsbeschränkung. Der Bundesrat hatte eine Beschränkung auf 6'000 Franken jährlich vorgesehen, der Ständerat erhöhte diese Obergrenze auf 12'000 Franken. Der Nationalrat ging noch weiter und sprach sich für einen unbeschränkten Abzug aus. Die FDP begrüsst diesen Entscheid für einen unbegrenzten Abzug. Damit wird die berufliche Aus- und Weiterbildung in der Schweiz attraktiver. Eine gute Ausbildung und regelmässige Weiterbildung ist von grosser Bedeutung für den Wissensstandort Schweiz. Dank einem FDP-Antrag ist zudem sichergestellt, dass arbeitgeberfinanzierte Kosten für die berufliche Aus- und Weiterbildung auch künftig nicht dem Einkommen des Arbeitnehmers angerechnet und vom Arbeitgeber weiterhin als Geschäftsaufwand abgezogen werden können. Im Sommer wird sich dann wieder der Ständerat mit der Frage der Höhe des Steuerabzugs befassen. Es ist zu hoffen, dass dieser auf die Linie des Nationalrats einschwenkt.

Ladenöffnungszeiten – Nach dem Ständerat hat jetzt auch der Nationalrat mit 126:57 Stimmen einer Harmonisierung und Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten zugestimmt. Läden sollen ihre Produkte künftig in der ganzen Schweiz werktags mindestens von 6 Uhr bis 20 Uhr und samstags zwischen 6 Uhr und 19 Uhr verkaufen dürfen. Die FDP ist erfreut über diesen Entscheid. Damit wird den heutigen Lebensgewohnheiten der Schweizerinnen und Schweizer Rechnung getragen. Auch wird damit der Anreiz für Einkaufstourismus vermindert.

Abschaffung Emissionsabgabe - FDP. Die Liberalen ist erfreut über den Entscheid des Nationalrats, die wettbewerbsverzerrende Emissionsabgabe auf Eigenkapital rasch abzuschaffen. Es ist zu begrüessen, dass der Nationalrat mit 97:80 Stimmen nicht auf die vom Bundesrat geforderte Sistierung eingetreten ist. Die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital soll nicht als Teil der Unternehmenssteuerreform III auf die lange Bank geschoben werden, sondern als eigenständige Reform rasch möglichst umgesetzt werden. Die kurzfristigen Ausfälle von 240 Millionen Franken sind verkraftbar. Es geht zudem um eine Investition in die Zukunft: Mittelfristig werden die Ausfälle mehr als kompensiert. Mit dem Entscheid des Nationalrats ist der erste Schritt zur Abschaffung einer leistungshindernden und wettbewerbsverzerrenden Abgabe getan. Stimmt nun auch der Ständerat der Vorlage im Sommer zu, wird ein Meilenstein zur Sicherung von Wachstum und Arbeitsplätzen erreicht.

Unternehmenssteuerreform II – Die FDP begrüsst, dass die Diskussion über das im Rahmen der USTR II eingeführten Kapitaleinlageprinzip (KEP) derzeit vom Tisch ist. Diese Reform war wichtig und richtig, sie hat dazu geführt, dass sich neue Unternehmen in der Schweiz angesiedelt haben und hier Arbeitsplätze schaffen und Steuern bezahlen. Es gibt keine Steuerausfälle, die kompensiert werden müssten. Die Rechnungsergebnisse des Bundes haben überdies gezeigt, dass das Kapitaleinlageprinzip gar keine negativen Auswirkungen auf die Bundesfinanzen gehabt hat. Auch die Ablehnung der Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) durch den Nationalrat ist zu begrüessen.

Lebensmittelgesetz – Der Nationalrat will die Deklarationspflicht für Lebensmittel verschärfen. Neu soll bei vorverpackten Lebensmitteln für jeden Rohstoff die Herkunft angegeben werden. Dies beschloss der Rat unter dem Eindruck des Pferdefleisch-Skandals. Er nahm einen entsprechenden Antrag von Prisca Birrer-Heimo (SP/LU) mit 101 zu 75 Stimmen bei 4 Enthaltungen an. Gesundheitsminister Alain Berset warnte vor Problemen bei der Umsetzung. Wenn keine Ausnahmen möglich seien, müsste künftig etwa aufgedruckt werden, woher die Trauben im Müesli kämen. Das revidierte Lebensmittelgesetz bringt auch Neues für Restaurant-Gäste. Wollen sie wissen, ob ein Restaurant bei der Lebensmittelkontrolle bestanden hat, sollen sie dies künftig erfahren. Der Nationalrat hat beschlossen, dass Lebensmittelbetriebe auf Verlangen Einsicht in die Bescheinigung der Behörden gewähren müssen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Kinder - Der Nationalrat will die Kantone nicht dazu verpflichten, ein freiwilliges, aber unentgeltliches Vorkindergartenjahr anzubieten. Er hat eine parlamentarische Initiative von Jacqueline Fehr (SP/ZH) mit 115 zu 62 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Die vorberatende Kommission hatte sich ebenfalls dagegen gestellt. Die Kantone zu einem Vorkindergartenjahr zu verpflichten, wäre föderalistisch gesehen nicht angemessen.

Filmförderung - Der Nationalrat will die Filmförderung der technischen Entwicklung anpassen. Mit einer Motion verlangt er vom Bundesrat, den Geltungsbereich der so genannten Einverleiherklausel von Kinofilmen auf neuere Medien wie DVD und Internet auszudehnen. Mit der Einverleiherklausel wird die Vielfalt an Filmen gefördert. Sie verpflichtet Verleihunternehmen, die Aufführungsrechte eines Films für die ganze Schweiz zu erwerben. Dadurch wird die Vorführung in anderen Sprachregionen wesentlich erleichtert. Diese Pflicht gilt heute jedoch nur für Kinofilme. Die Einverleiherklausel soll nun auf neuere Medien ausgedehnt werden.

Altersvorsorge - Der Bundesrat soll im Rahmen von AHV- und BVG-Revision aufzeigen, wie die Situation von Arbeitnehmenden mit mehreren Arbeitgebern und von Arbeitnehmenden mit tiefen Einkommen in der beruflichen Vorsorge verbessert werden kann. Der Nationalrat hat eine Motion seiner Sozialkommission gutgeheissen. Der Bundesrat hatte sich bereit erklärt, im Rahmen der umfassenden Reform der Altersvorsorge Lösungen zu prüfen und allenfalls geeignete Massnahmen vorzuschlagen. Der Nationalrat überwies ausserdem ein Postulat der Sozialkommission, das vom Bundesrat Vorschläge verlangt für die Verbesserung der Situation Selbständigerwerbender in der zweiten Säule.

Armes. Améliorer l'échange d'information entre les autorités cantonales et fédérales – Le Conseil national a adopté par 128 voix contre 44 une motion de commission qui demande au gouvernement de créer au plus tard cet automne une base légale pour que les différents registres cantonaux et fédéraux sur les armes soient mis en réseau. La ministre de la justice Simonetta Sommaruga y est favorable, mais elle a expliqué sans succès qu'elle ne pourrait pas présenter un message avant la fin de l'année.

Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher - Der Nationalrat hat einen ersten wichtigen Schritt gemacht, um die längst fällige Benachteiligung der inländischen Industrie aufzuheben. Die Grosse Kammer hat einer Parlamentarischen Initiative der nationalrätlichen Energiekommission (UREK-N) mit dem Titel „Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher“ zugestimmt. Die Fraktion der FDP hat die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 18:8 bei einer Enthaltung abgelehnt. Ziel der vorgeschlagenen punktuellen Änderung des Energiegesetzes ist es, die Warteliste der Projekte abzubauen, welche für die Ökostromproduktion die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) beanspruchen.

Bis zur geplanten Inkraftsetzung der Energiestrategie 2050 soll die momentane Blockierung dieser Projekte aufgehoben werden. Die Gesetzesrevision sieht vor, die Summe der Zuschläge von heute

1 Rappen auf maximal 1,5 Rappen pro Kilowattstunde zu erhöhen. Dieser Punkt der Vorlage ist auch aus Sicht vieler zustimmender Mitglieder der FDP-Fraktion störend. Der Nationalrat jedoch hat der Initiative inkl. der Erhöhung des KEV-Zuschlages mit 111:66 zugestimmt.

Armes. Introduire une obligation d'informer le DDPS – Par 124 voix contre 48, le Conseil national a accepté une motion chargeant le gouvernement de modifier le Code de procédure pénale pour obliger la justice à communiquer au Département fédéral de la défense les noms des militaires potentiellement dangereux. Il veut un message cet automne. C'est trop tôt, selon la ministre de la justice Simonetta Sommaruga, qui pourra présenter un projet seulement à la fin de l'année.

Armes. Utilisation du numéro AVS – Le Conseil national a donné son feu vert par 128 voix contre 47 à une motion de commission réclamant une base légale pour que le numéro AVS, qui permet d'identifier clairement les militaires, puisse être utilisé rapidement dans le casier judiciaire informatisé VOSTRA de l'Office fédéral de la justice. Le Conseil fédéral approuve cette idée mais pas le délai réclamé. Il ne pourra ne présenter pas un message avant la fin de l'année.

Armes. Traitement des données dans le système d'information sur le personnel de l'armée – Le Conseil national réclame que les données transmises par la justice concernant les procédures pénales, les crimes ou délits commis par des militaires puissent être traitées dans le système d'information sur le personnel de l'armée. Il a accepté par 129 voix contre 46 une motion de commission qui demande au

gouvernement de créer au plus tard cet automne une base légale. Mais le Conseil fédéral ne pourra pas le faire avant la fin de l'année.

Armée. Maintenant le budget annuel de l'armée à 5 milliards – par 99 voix contre 66, il a adopté une motion de sa commission de la politique de sécurité chargeant le Conseil fédéral de respecter la volonté du Parlement en maintenant le budget annuel de l'armée à 5 milliards au lieu de vouloir le réduire à 4,7 milliards de francs dès 2015. Le Conseil fédéral a argué en vain que cette somme était réaliste et permettait de maintenir une discipline budgétaire tout en respectant les priorités de dépenses établies par les Chambres.

Loi sur le blanchiment d'argent. Modification – Le Conseil national a accepté par 105 voix contre 48 une révision de la loi sur le blanchiment d'argent. Le Bureau de communication en matière de blanchiment d'argent devra pouvoir communiquer des numéros de comptes bancaires à des partenaires étrangers. Selon un nouvel alinéa (art. 31, al. c), cela ne devrait toutefois pas être possible si les intérêts nationaux ou la sécurité et l'ordre publics sont compromis. Le dossier retourne au Conseil des Etats pour régler cette divergence.

Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants. Initiative populaire – Andrea Caroni proposait de modifier le contre-projet proposé par la commission (Minorité I), pour la rendre compatible avec la Constitution. Néanmoins, le Conseil national a refusé cette version (101:70:4). Le National a ensuite recommandé au peuple d'accepter l'initiative populaire de la Marche Blanche sans lui opposer de contre-projet à une très courte majorité (82:79:14). Le Conseil des Etats doit encore se prononcer.

4.11. Geschäfte des Ständerats

Gripen – L'achat des Gripen trébuché au Parlement. Le Conseil des Etats a accepté mardi le crédit pour les 22 avions de combat suédois par 22 voix contre 20. Mais il n'a pas libéré les 3,126 milliards requis faute d'une majorité pour lever le frein aux dépenses. Il fallait en effet qu'au moins 24 sénateurs votent "oui". Or seuls 23 conseillers aux Etats ont accepté de lever le frein aux dépenses contre 19 et 1 abstention. Le camp rose-vert et les Vert'libéraux ont pu compter avec l'appui de plusieurs élus bourgeois pour contester l'achat de nouveaux jets afin de remplacer la flotte des Tiger.

Oui à l'abrogation du service militaire obligatoire – Après le National et le Conseil fédéral, le Conseil des états a rejeté par 34 voix contre 7 l'initiative populaire du Groupe pour une Suisse sans armée (GSsA) qui demande l'abolition du service militaire obligatoire et a refusé de lui opposer de contre-projet. La gauche a défendu le texte en vain.

Politique laitière – il a transmis, par 16 voix contre 14, une motion du National qui exige du Conseil fédéral qu'il élabore un rapport analysant la question d'une ouverture sectorielle du marché laitier avec l'Union européenne. L'adoption par le Conseil des Etats de la motion du marché laitier est un succès pour le PLR. Les Libéraux-Radicaux qui est à l'origine de ce projet. La demande d'une évaluation de l'ouverture sectorielle avec l'UE comprenant des mesures financières d'accompagnement pour l'ensemble des produits laitiers a été initiée par le conseiller national Jean-René Germanier. Le PLR se bat pour la durabilité de la production agricole et la compétitivité de notre filière agro-alimentaire qui génère de la croissance et de nombreux emplois, et cela y compris dans le marché du lait.

Aide monétaire internationale – Le crédit-cadre de la Suisse au Fonds monétaire international (FMI) se limitera à 10 milliards de francs sur cinq ans. Par 23 voix contre 16, le Conseil des Etats a suivi lundi le National en refusant d'accorder les 15 milliards souhaités par le gouvernement.

Aufsicht über die Krankenversicherung – Die Aufsicht über die Krankenkassen soll verschärft werden. Der Ständerat hiess am Montag das entsprechende Gesetz mit 31 zu 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen gut. Dieses soll garantieren, dass Versicherte nicht wie in den letzten Jahren in einigen Kantonen zu hohe Prämien und in anderen zu tiefe bezahlen. Für die Regelung der zu hohen und zu tiefen Prämien in der Vergangenheit liegt noch keine Einigung vor. Bekämpft wurde das Gesetz von Seiten der Versicherungsvertreter, für die die Regulierungen zu weit gehen. Viel zu reden gab in der Kommission die Aufsicht über Versicherungsgruppen, in denen heute zahlreiche Krankenkassen organisiert sind. Der Ständerat will dem Bundesamt für Gesundheit weitergehende Kompetenzen geben, jedoch mit einem anderen System als es der Bundesrat wünscht. Das Geschäft geht in den Nationalrat.

Kernenergiegesetz. Änderung – Im Frühling 2008 wurde mit dem Sachplanverfahren geologische Tiefenlager (SGT) ein transparentes und faires Verfahren geschaffen, wo am Ende das Volk das letzte Wort hat (fakultatives Referendum). Eine Annahme der Kt. Iv. NW käme einem Kantonsveto gleich und würde eine Änderung des Kernenergiegesetzes (KEG) erfordern. Ein Kantonsveto widerspräche dem wichtigsten – und auch unbestrittenen – Ziel, dass die Sicherheit für den Standort des Tiefenlagers oberste Priorität haben muss. Der beste Standort könnte verhindert werden, und letztlich würde wohl die Entsorgung nuklearer Abfälle in der Schweiz unmöglich. Die Umsetzung des SGT läuft in der zweiten von drei Etappen zur Festlegung der ein oder zwei Standorte. Eine Änderung der Spielregeln während des Spieles wäre fatal für den Erfolg. Der Ständerat hat die Kt. Iv. NW mit 21:16 abgelehnt und damit dem bestehenden Verfahren den Rücken gestärkt.

Staatsvertrag mit Deutschland über den Flughafen Zürich – Mit dem Staatsvertrag wurde nun eine Lösung des mehr als 25 Jahre dauernden Fluglärmstreits zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland gefunden. Die längeren Sperrzeiten über deutschem Gebiet in der zweiten Tageshälfte bringen der Schweizer Bevölkerung jedoch mehr Lärmimmissionen. Mit der geplanten Verlängerung zweier Pisten und der Einführung des West- und Ostgekrümmten Anfluges könnte künftig das Lärm-, Anflug- und Abflugmanagement viel effizienter gestaltet werden. Hierzu zählt die FDP auch auf die nötige Unterstützung der betroffenen Regionen. Der Ständerat hat erkannt, wie wichtig klare Rahmenbedingungen, wie sie der Staatsvertrag mit Deutschland schaffen würde, für den Flughafen Zürich sind. Er hat die Vorlage mit 40:2 angenommen.

Election en bloc des membres du Conseil fédéral – Le Conseil des Etat a enterré par 30 voix contre 8 l'initiative parlementaire de Thomas Minder qui proposait que le Conseil fédéral soit élu en bloc. Si cette initiative avait été acceptée, lors du renouvellement intégral du Conseil fédéral ou lorsqu'au moins 2 postes étaient à repourvoir en cours de législature, les conseillers fédéraux n'auraient plus été élus les uns après les autres, mais en même temps lors du même scrutin (suffrage multinomial à plusieurs tours).

Totalrevision des Alkoholgesetzes - Der Ständerat hat sich als Erstrat mit der Totalrevision des Alkoholgesetzes befasst. Ziel der Revision ist es, das aus dem Jahr 1932 stammende Alkoholgesetz zu ersetzen und die Gesetzgebung an die heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten anzupassen. Der Ständerat hat dabei auch umstrittene Entscheidungen gefällt, darunter namentlich der Beschluss zur Einführung von Mindestpreisen für alkoholische Getränke sowie ein zeitlich beschränktes Verkaufsverbot von 22.00 Uhr abends bis 06.00 Uhr morgens. Im Sommer wird sich dann der Nationalrat mit der Revision befassen.

Revision Kartellrecht – Der Ständerat befasste sich als Erstrat mit der sehr umfassenden Kartellrechtsrevision. Die Vorlage geht zurück auf drei verschiedene Vernehmlassungen zum Kartellrecht, welche in den letzten drei Jahren durchgeführt wurden. Erstens geht es um eine Institutionenreform und verschiedene materielle Verbesserungsvorschläge. Zweitens geht es um die Umsetzung einer überwiesenen Motion von Alt-FDP-Ständerat Rolf Schweizer, welcher bei Kartellrechtsverstössen auch Sanktionen für natürliche Personen einführen will. Drittens kamen schliesslich im Zusammenhang mit der Frankenstärke noch Massnahmen hinzu, welche sicherstellen sollen, dass die dank der starken Währung erzielten Einkaufsvorteile im Ausland vermehrt den Endkundinnen und -kunden zugutekommen. Der Bundesrat schlägt hierzu ein Teilkartellverbot mit Rechtfertigungsmöglichkeit vor.

Der Ständerat hat sich mit 29:10 Stimmen gegen ein Wettbewerbsgericht ausgesprochen. Es wurde befürchtet, dass die Verfahren damit nicht verkürzt, sondern noch verlängert würden. Beschlossen wurde aber eine Professionalisierung und Verkleinerung der WEKO. In Zukunft soll es eine WEKO ohne Verbandsvertreter geben. Durchgesetzt hat sich der Bundesrat mit dem Grundsatzverbot für Preis-, Mengen- und Gebietsabsprachen zwischen Konkurrenten und auch für Preis- und Gebietsabreden zwischen Produzenten und Händlern (Vertikalabreden). Im Einzelfall können betroffene Firmen Effizienzgründe zur Rechtfertigung von Abreden vorlegen. Die Beweislast, ob eine Absprache der wirtschaftlichen Effizienz dient und damit zulässig ist, soll nicht nur beim Unternehmen, sondern auch teilweise bei der WEKO liegen

Überraschend beschloss der Ständerat zudem mit 25:12 Stimmen, dass die WEKO gegen ausländische Konzerne vorgehen soll, die Schweizer Kunden mit höheren Preisen diskriminieren. Wie die Durchsetzung einer solchen Bestimmung im Ausland umzusetzen wäre, wurde in der Beratung allerdings nicht abschliessend geklärt.

4.12. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Po. Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und der EU auf die Schweiz

Der Bundesrat wird beauftragt, bis Ende 2013 eine Studie über die möglichen Auswirkungen eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA auf die Schweiz auszuarbeiten. Unter Berücksichtigung dieser Ergebnisse schlägt der Bundesrat das weitere Vorgehen für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Exporteuren gegenüber der europäischen Konkurrenz vor. Dies beinhaltet die Beurteilung der Zweckmässigkeit der Aufnahme von Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und den USA.

Begründung

Die USA sind nach der EU unsere zweitwichtigsten Handelspartner. Sollten die Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Freihandelsabkommen erfolgreich verlaufen, könnte unsere Industrie gegenüber der europäischen Konkurrenz ins Hintertreffen geraten. Zollerleichterungen würden in diesem Fall lediglich für europäische und nicht für schweizerische Produkte gelten. Ein solches Abkommen zwischen der EU und den USA könnte deshalb unsere Exportunternehmen gegenüber der europäischen Konkurrenz benachteiligen. Die Chancen, dass sich die EU und die USA einigen, sind vor dem Hintergrund der anhaltenden Wachstumsschwäche beider Handelsmächte wahrscheinlicher denn je.

Eine gründliche Untersuchung der oben genannten möglichen Auswirkungen des Freihandelsabkommens USA-EU auf die Schweiz ist deshalb angezeigt und die Wiederaufnahme der im 2006 gescheiterten Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Schweiz somit neu zu beurteilen.

Die Landwirtschaft wird unter anderem bei einer solchen Beurteilung eine entscheidende Rolle spielen und muss folglich bei der Beurteilung miteinbezogen und bei einem möglichen Abkommen beim Anpassungsprozess unterstützt werden.

Pa.Iv. Stop à la taxe injuste sur les supports vierges

Conformément à l'article 160 alinéa 1 de la Constitution et l'article 107 de la loi sur le Parlement, l'initiative parlementaire suivante est déposée :

Les bases juridiques doivent être modifiées de telle sorte que l'alinéa 3 de l'article 20 de la Loi fédérale sur le droit d'auteur et les droits voisins soit abrogé.

Développement

L'art. 20 al. 3 de la LDA demande à ce qu'une contribution financière soit prélevée sur chaque support numérique vierge (CDs, DVDs, lecteurs mp3, etc.) afin de reverser une rémunération aux auteurs. Cela s'est traduit par une taxe, imposée de manière proportionnelle aux capacités de stockage de chaque appareil concerné. Avec l'évolution technologique, les appareils possèdent de plus en plus de capacités de stockage, taxant d'autant plus les individus. Les taxes augmentent, mais pas l'utilisation effective : les citoyens sont taxés sur un potentiel virtuel bien supérieur aux possibilités réelles de profiter de leurs appareils.

De plus, la taxe sur les supports vierges pénalise injustement les utilisateurs. D'un côté, elle s'applique à tous les utilisateurs, sans lien entre l'application de la redevance et l'usage de l'appareil. D'un autre côté, les citoyens paient plusieurs fois la même taxe. Pour un même morceau de musique acheté sur internet, un citoyen aura payé sa taxe sur les droits d'auteurs au moment de l'achat proprement dit, mais également à l'achat de chaque support matériel qu'il possède. Ponctionner plusieurs fois la même taxe est aussi inédit qu'inacceptable. Pire encore, la taxe est prélevée même si l'appareil sert à un autre usage.

Finalement, il faut rappeler que cet aliéna a été adopté en 2007 dans le but compenser les pertes des droits d'auteur dues au téléchargement de source illégale. Or, le rapport de l'Institut fédéral pour la propriété intellectuelle paru ensuite, en réponse au postulat Savary 10.3263, déclare à propos des effets du

piratage : «Les études existantes ne permettent pas [...] de tirer des conclusions univoques.» (p. 2) Certaines études révèlent même un rôle positif du téléchargement de source illégale dans la consommation légale d'œuvres culturelles.

Dringliche Ip. Energiestrategie 2050: Falsche Annahmen bei der Bewertung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen

Der Bundesrat stützt sich bei der Bewertung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Energiestrategie 2050 auf Studien, gemäss denen diese Auswirkungen vernachlässigbar seien. Der Bundesrat vertraut dabei ebenso auf einen raschen technischen Fortschritt wie auf eine international koordinierte Energiepolitik. Die seit Februar vorliegende Studie der Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Energiestrategie 2050 kommt jedoch zum Schluss, dass unter Berücksichtigung der internationalen wirtschaftlichen Verflechtung der Schweiz die Folgen weit drastischer sind: Abnahme des Pro-Kopf-Einkommens, Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Diese Studie zeigt nüchtern und unbefangen auf, welche volkswirtschaftlichen Anstrengungen nötig sind, um die massiven Lasten der Energiestrategie abzufangen. Insbesondere wären sehr grosse technologische Fortschritte unerlässlich, damit die Umsetzung der vom Bundesrat geplanten Energiestrategie für die Schweizer Volkswirtschaft zu stemmen wäre.

Der Bundesrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- › Ist der Bundesrat noch immer der Ansicht, dass die in der Energiestrategie 2050 gemachten Annahmen auf soliden Grundlagenstudien beruhen?
- › Teilt er die Auffassung, dass die internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen eine der Stärken der Schweiz sind und deshalb auch in den energiepolitischen Entscheidungen gebührend berücksichtigt werden müssen?

Po. Für einen funktionierenden Wettbewerb: Gegen wettbewerbsverzerrende staatliche Beihilfen

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht zu unterbreiten, der Formen und Umfang wettbewerbsverzerrender staatlicher Beihilfen an staatliche und private Unternehmen auf allen Staatsebenen aufzeigt. Sodann soll der Bericht aufzeigen, wie der wettbewerbsverzerrende Einfluss staatlicher Beihilfen auf den freien Wettbewerb verhindert werden kann.

Begründung

Wir verdanken unseren Wohlstand massgeblich unserer freien Wirtschaftsordnung. Dazu gehört der freie Wettbewerb, in dem sich der Staat gegenüber den Marktteilnehmern neutral zu verhalten hat. Staatliche Beihilfen (inklusive Vergünstigungen) an einzelne Unternehmen können diesen Wettbewerb verfälschen, nämlich wenn sie selektiv nur ausgewählten Marktteilnehmern gewährt werden. Doch unsere Rechtsordnung bietet einem Marktteilnehmer kaum Schutz dagegen, dass ein Mitbewerber durch individuelle staatliche Beihilfen in wettbewerbsverzerrender Weise bevorzugt werden kann. So sehen z.B. die Bundesverfassung, die Subventionsgesetzgebung und auch das Binnenmarktgesetz keine griffigen Instrumente gegen wettbewerbsverzerrende Beihilfen vor. Nötig ist vorab eine Auslegeordnung, in welchen Formen und in welchem Umfang solche Wettbewerbsverzerrungen erfolgen. Sodann soll der Bericht mögliche Gegenmassnahmen aufzeigen.

4.13. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 12 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die dreiwöchige Frühjahrssession abgeschlossen.

Parlamentarisch unter Dach kamen

- › mit 141:41 Stimmen bei 7 Enthaltungen (Nationalrat) und 40:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Ständerat) die Agrarpolitik 2014-2017 mit Änderungen des Landwirtschaftsgesetzes, die ein neues Direktzahlungssystem bringen;

- › mit 130:56 Stimmen bei 1 Enthaltung und 28:10 Stimmen bei 4 Enthaltungen der Bundesbeschluss zur Volksinitiative "1:12 - Für gerechte Löhne", welche die Räte zur Ablehnung empfehlen;
- › mit 128:57 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 32:8 Stimmen bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss zur Volksinitiative "Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht", welche die Räte zur Ablehnung empfehlen;
- › der Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz: mit 159:26 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 40:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Anpassung des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen, mit welcher weitere Strassen ins Nationalstrassennetz aufgenommen werden, sowie mit 102:87 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 37:4 Stimmen bei 1 Enthaltungen eine Anpassung des Nationalstrassenabgabegesetzes, mit welcher der Preis für die Autobahn-Vignette auf 100 Franken steigt;
- › mit 135:51 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen der Aktionsplan "Koordinierte Energieforschung Schweiz" mit Änderungen des Innovationsförderungsgesetzes, dank derer mehr Gelder in die Forschung zu erneuerbaren Energien und zur Energieeffizienz fliessen;
- › mit 112:75 Stimmen bei 1 Enthaltung und 35:1 Stimmen bei 6 Enthaltungen eine Änderung des Bankengesetzes, die regelt, wie lange Eigentümer nachrichtenloser Vermögen ihre Ansprüche geltend machen können;
- › mit 130:54 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 34:4 Stimmen bei 3 Enthaltungen eine Änderung des Umweltschutzgesetzes, mit der Unternehmen einfacher dazu verpflichtet werden können, für die Überwachung und Sanierung belasteter Standorte aufzukommen;
- › mit 116:72 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 36:3 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Teilrevision des Gewässerschutzgesetzes, die ermöglicht, Bäche oder Flüsse zu verbauen, falls dies für die Deponie von unverschmutztem Aushubmaterial nötig ist;
- › mit 160:26 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 41:0 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Änderung des Raumplanungsgesetzes, mit welcher die Pferdehaltung in der Landwirtschaftszone erleichtert wird;
- › mit 187:2 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 39:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den internationalen Gerichten zur Verfolgung schwerwiegender Verletzungen des humanitären Völkerrechts, auf dessen Basis die Zusammenarbeit den Gerichten weitergeführt wird;
- › mit 182:5 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen der Bundesbeschluss zur Ratifizierung von Internationalen Übereinkommen gegen Meeresverschmutzungen und mit 189:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen dafür nötige Änderungen des Seeschiffahrtsgesetzes;
- › mit 188:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen und 42:0 Stimmen bei 0 Enthaltungen das Bundesgesetz über die formelle Bereinigung der zeitlichen Bemessung der direkten Steuern bei den natürlichen Personen, mit welcher die Bestimmungen zur Vergangenheitsbesteuerung aus den Steuergesetzen entfernt werden;

Der Ständerat genehmigte:

- › mit 28:14 Stimmen bei 0 Enthaltungen eine Änderung seines Geschäftsreglements, welche das elektronische Abstimmen in der kleinen Kammer ermöglicht;

Alle Beschlüsse ausser jenen zu den Volksinitiativen und jenem zur elektronischen Abstimmung im Ständerat unterstehen dem fakultativen Referendum. Die Initiativen kommen direkt zur Abstimmung.

5. Sondersession 2013 des Nationalrates (15. April bis 17. April 2013)

Sondersessionen ermöglichen einem Rat, während einer zusätzlichen Session die Geschäftslast etwas abzubauen. Während mit der Behandlung von zwei SVP-Volksinitiativen rechtskonservative Themen die nationalrätliche Agenda an der diesjährigen dreitägigen Sondersession dominierten, tagte der Ständerat nicht. Für die beiden populistischen SVP-Initiativen fanden sich im Nationalrat keine Mehrheiten; beide Vorlagen wurden ohne Gegenvorschläge klar abgelehnt. Die Abtreibungsinitiative der SVP greift – unter dem Vorwand, Gesundheitskosten sparen zu wollen – die Fristenlösung an. Das finanzielle Argument entbehrt dabei jeglicher Grundlage, denn die Kosten für eine Geburt sind höher als jene eines Schwangerschaftsabbruchs. Die SVP und Teile der CVP versuchen hier das Rad der Zeit zurückzudrehen. Ähnlich ist die Ausgangslage bei der SVP-Familieninitiative: SVP und Teile der CVP warben im Rat vergeblich für Subventionen – in der Form von Steuerabzügen – für das traditionelle Familienmodell. Für Liberale ist klar: Das Steuerrecht soll Familien in der Wahl ihrer Rollenteilung nicht beeinflussen. Genau dies würde aber mit der Initiative passieren: Die SVP will in der Verfassung festschreiben, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, zwingend einen gleich hohen Steuerabzug erhalten wie Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen. Mit solchen Abzügen verdampfen jegliche Erwerbsanreize für den zweiten Ehepartner. In den meisten Fällen wären dann Frauen finanziell dazu gezwungen, die Erwerbstätigkeit aufzugeben. Die FDP will das Rad der Zeit nicht zurückdrehen, sondern mutig in die Zukunft blicken und wird beide Initiativen, welche jetzt in den Ständerat gehen, weiterhin entschieden bekämpfen.

Im Rahmen der „Schengen Dublin“ Debatte hat der Nationalrat verschiedene Vorstösse der FDP gutgeheissen. Die Motion «Nulltoleranz für randalierende Asylsuchende» verlangt, dass Asylsuchenden, die sich korrekt verhalten, geholfen wird, während Unruhestifter rückgeschafft werden sollen. Die weiteren Motion zielen darauf ab, die Geschwindigkeit und die Effizienz der Verfahren zu verbessern. Die FDP wird die Umsetzung der Massnahmen gegen den Kriminaltourismus und für den Schutz unserer Grenzen im Auge behalten und wird sich auch in Zukunft für ein sicheres und effizientes Schengen-Dublin-Abkommen einsetzen.

5.1. SVP-Familieninitiative

Der Nationalrat hat die SVP-Familieninitiative mit 109 zu 74 Stimmen klar abgelehnt. Ein Steuerabzug für die Selbstbetreuung des Nachwuchses ist steuerlich gesehen nicht gerechtfertigt. Das traditionelle Familienmodell soll gegenüber anderen Modellen nicht speziell gefördert werden. Die emotionale Debatte drehte sich unter anderem darum, welches das beste Kindererziehungsmodell sei. Für Liberale ist klar: Das Steuerrecht soll Familien in der Wahl ihrer Rollenteilung nicht beeinflussen. Genau dies würde aber mit der Initiative passieren. Die SVP will in der Verfassung festschreiben, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, zwingend einen gleich hohen Steuerabzug erhalten wie Eltern, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen. Die Initiative bricht mit einem Grundsatz des Steuerrechts, dass nur für die Erwerbstätigkeit effektiv anfallende Kosten abgezogen werden sollen. Das hätte zudem Steuereinnahmen beim Bund von 390 Millionen Franken und bei den Kantonen von bis einer Milliarde Franken zur Folge.

Die FDP wehrt sich gegen die ständig wachsende Anspruchshaltung gegenüber dem Staat. Mit der Familieninitiative wird von unerwarteter politischer – nämlich bürgerlicher – Seite in eine Richtung gewiesen, welche traditionell von der Linken beansprucht wird: weg von der Eigenverantwortung – hin zu mehr Staat.

Die FDP engagiert sich für ein Umfeld, in dem Frauen und Männer die gleiche Möglichkeit haben, ihre individuellen Lebensentwürfe zu verwirklichen. Dazu gehört auch die Wahlfreiheit bezüglich der Rollenverteilung innerhalb der Familie. Beide Elternteile sollen Art und Umfang ihres Beitrages an die Familienrespektive Erwerbsarbeit frei bestimmen können. Als liberale Partei bringt die FDP deshalb der traditionellen Familie gleich hohe Wertschätzung gegenüber wie der Familie, in welcher beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

5.2. Abtreibungsfinanzierung

Das Schweizer Stimmvolk hat sich 2002 mit 72 Prozent Ja-Stimmen für die Fristenregelung und damit für die Finanzierung im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs ausgesprochen. Rechts-konservative Kreise wollen nun aber unter dem Scheinargument, eine Abtreibung sei keine Krankheit, Abtreibungen von der Grundversicherung ausnehmen um damit „Kosten zu sparen“. Das finanzielle Argument entbehrt aber jeglicher Grundlage: So sind die Kosten für eine Geburt höher als jene eines Schwangerschaftsabbruchs. Zudem sind die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche mit nur 0,3% der gesamten Gesundheitskosten verschwindend klein. Damit zeigt sich, dass die Initianten weder finanzielle noch gesundheitspolitische, sondern gesellschaftspolitische Ziele verfolgen. Der Schwangerschaftsabbruch soll verteufelt und erschwert werden. Dafür bezeichnen sie sogar Gegner der Initiative als Mittäter bei Abtreibungen – das ist unhaltbar.

Hinter jeder Abtreibung stehen ein persönliches Schicksal und ein schwerer Entscheid. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche ist denn auch, trotz Bevölkerungszunahme, seit Einführung der Fristenregelung nicht angestiegen. Vielmehr hat die Schweiz die tiefste Rate von Abtreibungen. Diese Rate wird die Initiative nicht senken und somit keine Abtreibung verhindern. Stattdessen werden Abtreibungen in die Illegalität und ins Ausland vertrieben, was die Gesundheit der betroffenen Frauen gefährdet.

5.3. Weitere Geschäfte des Nationalrats

Loi sur la poursuite pour dettes et la faillite. Droit de l'assainissement – Suite à son passage au Conseil des Etats, le Conseil national a traité la révision du Droit de l'assainissement. Tous les amendements souhaités par le PLR ont été adoptés – y compris aux art. 335h - 335k, 361 al. 1 et 362 al. 1, qui concernent les plans sociaux (89:78). Cela rend ce projet, accepté lors du vote sur l'ensemble par 99 voix contre 74, ainsi acceptable. Il est renvoyé à la Chambre haute pour l'élimination des divergences. L'initiative parlementaire Strahm (03.438) sur le même sujet a été classée.

Compétence de conclure des traités internationaux. Application provisoire et traités de portée mineure – Le Conseil national a décidé de restreindre les compétences du Conseil fédéral concernant les traités internationaux et leur application provisoire. Il a suivi la proposition de la majorité de la commission (103:57) : il suffira qu'une seule des deux commissions parlementaires compétentes dise "non" pour qu'un accord ne soit pas appliqué provisoirement. Le Conseil des Etats doit encore se prononcer. L'initiative parlementaire Joder (10.457) liée a été classée.

Banken - Der Nationalrat hat die Liquiditäts-Regeln für systemrelevante Banken ohne Gegenstimme gutgeheissen. Inhaltlich basiert die Vorlage auf den Vereinbarungen zwischen der FINMA und den beiden Grossbanken, die seit Sommer 2012 gelten. Systemrelevante Banken müssen gegenüber Liquiditätsschocks besonders robust sein. Über das entsprechende Kapitel der Liquiditätsverordnung muss nun noch der Ständerat entscheiden. Das Parlament hatte im Zuge der "Too-big-to-fail"-Gesetzgebung verlangt, dass der Bundesrat ihm die entsprechenden Verordnungen vorlegt. Die Regelungen zu den Eigenmittelanforderungen und zur Notfallplanung hatten die Räte bereits im Herbst genehmigt.

Littering - Von einem obligatorischen Pfand auf Getränkeflaschen und -dosen gegen Littering hält der Nationalrat weiterhin nichts. Er lehnte die Forderung zum fünften Mal in sechs Jahre ab - diesmal mit 90 zu 58 Stimmen bei 17 Enthaltungen. Nach Ansicht der Ratsmehrheit funktioniert das Recycling-System. Auch die FDP will am bestehenden, sehr gut funktionierenden System nichts ändern. Heute werden 94% Glas, 91% Aluminium und 81% PET wiederverwertet – wahrhaftig weltmeisterliche Quoten. Die Einführung eines Pfandes alleine auf Getränkeflaschen würde dem Littering-Problem auch deshalb nicht entgegenwirken, da Getränkeverpackungen nur einen kleinen Teil (deutlich unter 20%) des achtlos weggeworfenen Abfalls ausmachen.

5.4. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Ip. Fraktion RL (Sprecher NR Ph. Müller) Stellensuche und Sozialtourismus

Die Wirtschaftslage in den Krisenstaaten der EU hat eine innereuropäische Wanderung von Armutsflüchtlingen ausgelöst. Stellensuchende aus Südeuropa kamen bereits letztes Jahr aufs Geratewohl in die Schweiz und schlugen auf Campingplätzen ihre Zelte auf, um hier nach Arbeit zu suchen. Das BFM ver-

sprach damals, dieses Phänomen „im Auge zu behalten“. Zwischenzeitlich hat sich die Lage in den Krisenstaaten der EU zugespitzt und der Sommer steht vor der Tür.

Es stellen sich folgende Fragen:

1. Teilt der Bundesrat die Meinung, dass diese Entwicklung nicht bloss „im Auge behalten“ werden sollte und ist er gewillt, wirksame Massnahmen zur Verhinderung dieser negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit zu ergreifen?
2. Teilt er die Auffassung, dass Arbeitsuchende in der EU über ihre Chancen auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt mit Informationskampagnen aufzuklären sind und im Einzelfall die Chancenberatung unmittelbar nach der Einreise beginnen sollte?
3. Ist er bereit, hierzu das Meldeverfahren bei der Beherbergung von Ausländern zu verfeinern und die Stellensuchenden im ZEMIS zwecks Kontrolle der Einreise- und Aufenthaltsvoraussetzungen zu erfassen?
4. Ist er bereit, die ZEMIS-Verordnung so zu ergänzen, dass die kantonalen und kommunalen Arbeitsmarkt-, Sozialhilfe- und weiteren Behörden ihre Kenntnis über EU-Stellensuchende unverzüglich zu melden haben?
5. Teilt er die Meinung, dass EU-Stellensuchenden Sozialhilfeleistungen kategorisch zu verweigern und sie hierfür an ihre Botschaften zu verweisen sind?
6. Ist er auch gewillt, Regierungen von Kantonen, die trotzdem Sozialhilfe gewähren, über die negativen Folgen einer solchen Praxis aufzuklären?
7. Ist er auch der Auffassung, dass EU-Stellensuchende, die nicht über hinreichende finanzielle Mittel zur Deckung eines menschenwürdigen Lebensstandards verfügen, einen Ausweisungstatbestand erfüllen und konsequent zur Ausreise anzuhalten sind?
8. Ist er bereit, die Auswirkungen des Rechts auf Stellensuche auf die Arbeitsmarktpflege und die Sozialwerke im Rahmen eines Monitorings zu überwachen und darüber periodisch Bericht zu erstatten?
9. Bestehen Kontakte zu anderen EU-Staaten, die ebenfalls mit einer möglichen Zunahme der Armutsmigration konfrontiert sind? Gibt es eine Koordination mit den Herkunfts- und den Zielländern der Armutsmigration?

6. Sommersession 2013 – Session d'été 2013 (3. bis 21. Juni 2013)

Die Sommersession stand völlig im Zeichen der Lex USA. In einem riesigen Kraftakt, insbesondere für die WAK-Ständeräte, hat sich das Parlament stundenlang mit der Frage befasst, ob für die Lösung des Steuerstreits mit den USA ein dringliches Bundesgesetz nötig sei oder nicht. Dabei ging vor allem medial teilweise fast ein wenig unter, dass unter der Bundeshauskuppel auch noch andere Geschäfte beraten wurden.

So konnten wir zum Beispiel bei der 6. IV-Revision in dieser Session ein Desaster erleben. Aus den anfänglich 800 Millionen vorgesehenen jährlichen Einsparungen waren wir nach monatelangem hin und her sowieso nur noch bei kümmerlichen 25 Millionen Franken jährlichen Einsparungen angekommen. Und dann scheiterte die Vorlage zum Schluss noch ganz und wurde abgeschrieben. Angesichts eines 15 Milliarden Schuldenbergs der IV bei der AHV ist dies unverantwortlich.

Erfreulich hingegen ist die klare Ablehnung der SVP-Masseneinwanderungsinitiative durch den Nationalrat. Diese Initiative gefährdet den Bilateralen Weg und damit den Erfolgspfad für unsere Wirtschaft. Zwar muss sich jetzt erst noch der Ständerat mit der Initiative befassen, für die FDP ist aber jetzt schon klar, dass wir in einem späteren Abstimmungskampf alles daran setzen werden, das Volk vom bewährten Modell der Bilateralen zu überzeugen.

6.1. „Lex USA“

Kurz vor der Session wurde klar, wie der seit Jahren schwelende Steuerstreit mit den USA beendet werden soll: Banken, die ihr Verhältnis mit den US-Behörden bereinigen wollen, können dies direkt mit dem amerikanischen Justizbehörden in einem vorgegebenen Rahmen tun. Der Bundesrat legte dazu einen Entwurf für ein dringliches Bundesgesetz vor. Dieses ermächtigt die Banken pauschal, im Rahmen dieses Programms mit den US-Behörden zusammenzuarbeiten und ihnen die nötigen Informationen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehören insbesondere Informationen über Geschäftsbeziehungen mit Bezug zu US-Personen sowie Angaben über Personen, die ins US-Geschäft der jeweiligen Banken involviert waren.

Das Parlament musste in dieser Session in aller Eile eine staatspolitisch heikle Güterabwägung vornehmen: Auf der einen Seite standen die rechtsstaatlichen Grundsätze: Die Ratsmitglieder hätten, ohne Informationen über die Eckpunkte des Programms der US-Justizbehörden, geltendes Recht, insbesondere unsere Datenschutzbestimmungen, für ein Jahr ausser Kraft setzen müssen, dringlich und damit ohne Referendumsmöglichkeit. Auf der anderen Seite stand die Frage, ob ohne gesetzliche Grundlage die Lösung des Steuerstreits gefährdet wäre, und ob dann im schlimmsten Fall die Stabilität des Finanzplatzes tangiert werden könnte.

Während der Ständerat der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage im Dringlichkeitsrecht zweimal zustimmte, scheiterte die Vorlage im Nationalrat. Dieser sprach sich zweimal mit den Stimmen von FDP, SVP und SP deutlich für Nicht-Eintreten aus. Das Gesetz war damit definitiv vom Tisch. Der Nationalrat stellte sich aber hinter eine "parlamentarische Erklärung" des Ständerats, die das Nein einordnen soll. Sie fordert den Bundesrat auf, das rechtlich Mögliche zu unternehmen, damit die Banken mit den US-Behörden zusammenarbeiten können. Die Schweiz strebe eine rasche Lösung mit den USA an, wird weiter festgehalten.

6.2. Volksinitiative "Für den öffentlichen Verkehr" und Finanzierung und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur FABI

Der direkte Gegenentwurf zur Volksinitiative „Für den öffentlichen Verkehr“, die Vorlage Finanzierung und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur FABI wurde von beiden Räten intensiv behandelt und beschlossen. Im Mittelpunkt der Vorlage steht der Erhalt einer leistungsfähigen und gut finanzierten Eisenbahninfrastruktur. Letzteres war denn auch der grösste Streitpunkt in den Debatten beider Räte. Ein neuer, unbestimmter Bahninfrastrukturfonds (BIF) soll Ausbau, Betrieb und Unterhalt der Schieneninfrastruktur aus einem Gefäss finanzieren. Er löst den bisherigen, befristeten Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FinöV) ab. In der vergangenen Wintersession hat der Ständerat beschlossen, den Kredit für den ersten Erweiterungsschritt von den ursprünglich vom Bundesrat geplanten 3,5 Milliarden auf 6,4 Milliarden Franken zu

erhöhen. Der Nationalrat ist nun diesem Vorschlag gefolgt. Die Mehrkosten dieser Variante will das Parlament auch durch eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer (Anhebung des Normalsatzes um 0,1 % ab 2018) sowie durch höhere Beteiligung der Kantone finanzieren. Auch soll die direkte Bundessteuer für die Schienenfinanzierung erstmals zweckgebunden werden. Die Zweckbindung erfolgt über die vom Parlament beschlossene Begrenzung des Fahrkostenabzugs bei der Einkommenssteuer (Pendlerabzug).

Die Aufstockung auf 6,4 Milliarden Franken kann durchaus mit der stark durch regionale Interessen geprägten Gestaltung der Bahninfrastruktur erklärt werden. Dank dem zusätzlichen Geld können mehr Strecken ausgebaut werden und die Züge können dereinst auf zahlreichen zusätzlichen Strecken im Halbstundentakt verkehren.

Nicht gefolgt ist das Parlament einem Einzelantrag der FDP zur Projektierung von Neubaustrecken zwischen Lausanne und Vauderens sowie zwischen Roggwil und Altstetten mit Umfahrung Olten und Anschluss nach Basel. Dieser Antrag wurde auf Basis des von den Delegierten an der DV in Oerlikon im Februar verabschiedeten Positionspapiers Infrastruktur gestellt.

Insgesamt hat die FDP der FABI-Vorlage mehrheitlich zugestimmt. Unterschiedliche Auffassungen gab es vor allem bei der Frage nach der Höhe des Kredits für den ersten Erweiterungsschritt (3,5 oder 6,4 Milliarden Franken). Auch darüber, ob der Bahninfrastrukturfonds befristet oder unbefristet gestaltet werden soll, gab es innerhalb der FDP-Deputation unterschiedliche Meinungen.

Mit den Schlussabstimmungen ist die Bahnvorlage FABI unter Dach und Fach. Jeweils satte Mehrheiten stimmten der Finanzierung und dem Ausbaus Schritt zu. Voraussichtlich 2014 wird das Volk über den Fonds befinden. Die VCS-Initiative dagegen wird ebenso deutlich abgelehnt.

6.3. 6. IV-Revision – Zweites Massnahmenpaket

Der zweite Teil der sechsten IV-Revision (Revision 6b) ist definitiv gescheitert. Nachdem sich die Räte über die geplanten Sparmassnahmen nicht einigen konnten, sprach sich der Nationalrat, wie von der Einigungskonferenz beantragt, für die Abschreibung der Vorlage aus. Somit ist die Revision vom Tisch.

Tatsache ist, dass die Vorlage bereits im Laufe der Beratungen definitiv vom Sanierungspfad abgekommen ist. Das ursprüngliche Sparvolumen in der Vernehmlassungsvorlage wurde schrittweise von 700 Millionen Franken über 325 Millionen Franken in der Botschaft auf unter 50 Millionen Franken jährlich reduziert. Dies trotz eines Schuldenbergs der IV von 15 Milliarden Franken und der Gegebenheit, dass die IV-Rechnung ohne die Zusatzfinanzierung durch die Mehrwertsteuer nach wie vor ein Defizit von jährlich mehreren hundert Millionen Franken ausweisen würde. Positive Ergebnisse nach Ablauf der Zusatzfinanzierung Ende 2017 und der Abbau der Schulden in den folgenden paar Jahren werden somit verunmöglicht.

Das Volk hat vor drei Jahren - mit Unterstützung der Wirtschaft - die Zusatzfinanzierung der IV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer bis Ende 2017 nur unter dem Versprechen der Politik gutgeheissen, dass die Sanierung in einem nächsten Schritt mit ausgabenseitigen Einsparungen kombiniert wird. Diesen Sanierungsschritt bleibt die Politik dem Volk nun schuldig. Die unbestrittenen Teile der IV-Revision 6b sollte das Parlament jetzt rasch verabschieden. Die FDP hat einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. Auch die während der Gesetzesrevision zurückgestellten Massnahmen (Neuregelung der Reisekosten und Zulagen für Kinder von IV-Bezüger/innen) mit einem Sparpotenzial von mehr als 100 Millionen Franken jährlich sollten wieder aufgenommen werden.

6.4. Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher und Cleantech-Initiative

Die parlamentarische Initiative Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher wurde als indirekter Gegenvorschlag zur Cleantech-Initiative lanciert. Die vom Bundesrat zur Ablehnung empfohlene Cleantech-Initiative fand in beiden Räten in den Schlussabstimmungen keine Mehrheit. Auch die FDP hat die Cleantech-Initiative klar abgelehnt.

Als indirekten Gegenvorschlag zur Cleantech-Initiative hat die UREK-NR die parlamentarische Initiative Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher ausgearbei-

tet. Die damit gefundene Lösung stellt einen klassischen Kompromiss dar: Anlagen mit einer Leistung von weniger als 10 kW, erhalten einen einmaligen Investitionsbeitrag. Betreiber einer Anlage mit einer Leistung zwischen 10 und 30 kW können wählen zwischen einem einmaligen Investitionsbeitrag und dem Modell der KEV. Die dritte Kategorie stellen die Anlagen mit einer Leistung von mehr als 30 kW dar. Diese erhalten die kostendeckende Einspeisevergütung.

Weiter wurde beschlossen, zur Finanzierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien den maximalen Zuschlag von heute 1 Rp./KWh auf neu 1,5 Rp./KWh zu erhöhen. Eine Anmerkung hierzu: Zurzeit beträgt der Zuschlag pro bezogene Kilowattstunde Strom 0,45 Rappen. Der maximal mögliche Zuschlag wurde also erhöht, obschon die heute bestehende Limite bei weitem nicht ausgeschöpft ist.

Ein weiterer, wichtiger Punkt stellt die Entlastung der besonders stromintensiven Unternehmen dar. Dies führt auch zu verbesserten Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen gegenüber jenen aus der EU. In der EU kann die Industrie seit je auf eine vollständige Entlastung von solchen Förderabgaben zählen. Je schneller gleich lange Spiesse für die betroffenen Industrien geschaffen werden, umso mehr kann sich der Werkplatz Schweiz im schwierigen internationalen Umfeld behaupten. Wichtig ist, dass diese Diskriminierung vollständig abgebaut und noch mehr Unternehmen aus allen industriellen Branchen einbezogen werden. Anlagen, die den Investitionsbeitrag zur Anschubfinanzierung beantragen, sollen aus der bestehenden Warteliste der KEV-Projekte ausgenommen werden.

6.5. Contre l'immigration de masse. Initiative populaire

L'initiative contre l'immigration de masse a été lancée par l'UDC le 26 juillet 2011. Elle a récolté 137'332 signatures, dont 135'557 étaient valables. Pour les initiants, la Suisse subit une immigration de masse, un afflux d'étranger qui n'est plus contrôlable : l'initiative populaire veut renforcer le contrôle de l'immigration en fixant des plafonds et des contingents au nombre d'autorisations délivrées aux étrangers chaque année et en donnant la possibilité de limiter le droit au séjour durable, au regroupement familial et aux prestations sociales.

Après plus de 6 heures de débats, le Conseil national a très largement suivi la proposition du Conseil fédéral pour proposer au peuple de rejeter cette initiative sans contre-projet (128:49:2). Seul le groupe UDC a accepté l'initiative ; le groupe parlementaire RL a unanimement rejeté l'initiative. Pour la commission comme pour le groupe RL, les outils proposés par l'initiative ne sont pas adéquats : le système de contingents est étatique, bureaucratique et a toujours un temps de retard sur les besoins en main-d'œuvre étrangère. En outre, cette initiative va à l'encontre de l'Accord de libre circulation avec l'Union européenne, ce qui, en vertu de la «clause guillotine», exposerait la Suisse à la dénonciation des accords bilatéraux. Pour le Conseil national, la solution aux difficultés rencontrées avec la migration en Suisse passe par l'amélioration des mesures d'accompagnement et à des réformes politiques.

Pour le PLR, la solution passe par un contrôle pragmatique de l'immigration. Un papier de position a été adopté le 4 mai 2013 par l'Assemblée des délégués à Baden, rassemblant 12 mesures concrètes dans les domaines de la libre circulation et du droit des étrangers compatibles avec l'Accord de libre circulation avec l'Union européenne, qui exigent et promeuvent l'intégration des migrants, lutte contre les abus et combat les conséquences négatives.

6.6. Loi sur la protection des marques. Modification et projet Swissness

La modification de la Loi fédérale sur la protection des marques et des indications de provenance a pour but d'assurer à long terme la plus-value représentée par le fort potentiel commercial du «Swiss Made», ce qui implique de renforcer la protection de l'indication de provenance «Suisse» et de la croix suisse. Cela concerne autant les produits naturels que les produits industriels et une révision partielle de la Loi sur la protection des armoiries a également été traitée dans le cadre du projet Swissness.

Lors de la session d'été 2013, les dernières différences ont été éliminées. Cela concernant particulièrement : la provenance des produits d'élevage (art. 48a al. d), s'il fallait considérer le lieu d'élevage ou le lieu de détention et du coût de revient minimum pour la provenance des produits industriels (art. 48c al. 1), à 50% ou 60%, et si les coûts d'assurance de qualité pouvaient être inclus (al. 2 let. c). La version finalement retenue est la version du Conseil national : 60% du coût de revient est nécessaire pour labelliser un produit industriel «Swiss made», mais les coûts d'assurance de qualité peuvent être inclus. Lors

des votes finaux, le projet Swissness a réuni une confortable majorité alors que la révision de la Loi sur les armoiries a été acceptée à la quasi-unanimité.

6.7. Zulassungsstopp für Arztpraxen

Die Kantone können die Zahl der neuen Spezialärzte wieder begrenzen. Beide Räte haben der Wiedereinführung des Zulassungsstopps für neue Arztpraxen sowie der dringlichen Inkraftsetzung auf den 1. Juli 2013 zugestimmt. Aufgrund der im vergangenen Jahr rasant angestiegenen Anzahl neuer Zulassungen für Ärzte und dementsprechend der Anzahl vergebener Abrechnungsnummern mit den Versicherungen will der Bundesrat den anfangs 2012 ausgelaufenen Zulassungsstopp für Spezialärzte wieder einführen. Neu sollen die Kantone jedoch selber wählen können, ob sie von der Regelung Gebrauch machen wollen oder nicht. Nach eingehenden Diskussionen haben sich die Räte darauf geeinigt, dass es eine Ausnahme geben soll für Ärztinnen und Ärzte, die sich während mindestens dreier Jahre in der Schweiz weitergebildet haben. Dies obwohl der Bundesrat durch die Ausnahme die Personenfreizügigkeit verletzt sieht.

Die FDP bedauert den Entscheid des Parlaments und lehnt eine Wiedereinführung des Zulassungsstopps für neue Ärzte strikte ab. Erstens hat der Zulassungsstopp negative Auswirkungen für die Versorgung. Durch die Einschränkung an ambulant tätigen Spezialisten werden Eingriffe vermehrt wieder stationär erbracht. Die erwünschte Verlagerung hin zu ambulanten Versorgungsmodellen wird dadurch behindert. Zweitens ist eine bedarfsabhängige Zulassungssteuerung ordnungspolitisch wie auch wettbewerbspolitisch falsch. Der Staat kann weder den optimalen Bedarf eruieren noch dessen künftige Veränderung abschätzen. Da die Ärzte mit Zulassung einen Schutz vor neuer Konkurrenz geniessen, geht der Wettbewerb verloren. Drittens spitzt sich mit der Zulassungsbeschränkung der künftige Ärztemangel zu. Junge Medizinstudentinnen und -studenten werden demotiviert, den Ärzteberuf zu wählen oder sich zu spezialisieren. Für eine ganze Generation wird die bisher übliche Ärztekariere in Frage gestellt.

Statt einer befristeten Wiedereinführung des Zulassungsstopps fordert die FDP eine dauerhafte Lockerung des Vertragszwangs. Nicht ein planwirtschaftliches Instrument soll die Zulassung der ärztlichen Tätigkeit im ambulanten Bereich bestimmen, sondern die Qualität und der Preis. Im Gegensatz zum Zulassungsstopp kann die Vertragsfreiheit das Überangebot in gewissen Regionen eindämmen und zugleich der Unterversorgung in abgelegenen Regionen entgegenwirken.

6.8. EU-Forschungsrahmenprogramm - Horizon 2020

Der Bundesrat beantragt die Erneuerung des bilateralen Abkommens zwischen der Schweiz und der EU zur Beteiligung an den EU-Forschungsrahmenprogrammen (FRP). Dafür braucht es die Zustimmung des Parlaments zum entsprechenden Finanzierungsbeschluss. Der Nationalrat hat als Erstrat dem Gesamtkredit von 4389,3 Millionen Franken als Beitrag der Schweiz zum EU-Forschungsrahmenprogramm zugestimmt. Dieses umfasst insgesamt 80 Milliarden Euro. Schweizer Forschende erhalten für ihre Projekte Fördermittel aus diesem Finanzierungsgefäss.

Das Programm „Horizon 2020 – Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation“ wird am 1. Januar 2014 starten und bis 2020 dauern. Es ist das Nachfolgeprogramm der aktuellen siebten Generation (7. FRP), welche bis Ende 2013 läuft. Die Schweiz beteiligt sich seit 1987 projektweise und seit 2004 als assoziierter Staat an den EU-Forschungsrahmenprogrammen. Das Programm deckt von Grundlagenforschung bis zu Demonstrationsprojekten fast die gesamte Wertschöpfungskette ab. Ziel ist es, mittels erleichtertem Zugang zu Fördermitteln und stärkerer Integration der Industrie wissenschaftliche Errungenschaften in innovative Produkte und Dienstleistungen zu verwandeln und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern.

Die Beteiligung der Schweiz an dem FRP hat sich ausserordentlich positiv entwickelt. Die Schweiz rangiert unter den bestplatzierten Ländern bezüglich Erfolgsquote der Anträge, Anzahl Beteiligungen, Anzahl koordinierte Projekte und erhaltene Fördermittel. Schweizer Projektteilnehmende konnten sich allein im 7. FRP seit 2007 1,56 Milliarden Franken Fördermittel aus dem FRP sichern, womit die EU-Forschungsrahmenprogramme nach dem Schweizerischen Nationalfonds die zweitwichtigste öffentliche Förderquelle für Forschung und Entwicklung in der Schweiz darstellen. Seit der Assoziierung im Jahr 2004 verzeichnet die Schweiz einen positiven finanziellen Rückfluss: Die erhaltenen Fördermittel für Schweizer Teilnehmende waren höher als die vom Bund in Form von Pflichtbeiträgen an die EU bezahlten Mittel.

Die FDP begrüsst die klare zustimmende Haltung des Nationalrats. Investitionen in Forschung sind ein zentrales Element für die Wettbewerbs-fähigkeit eines Landes auf dem Weltmarkt. Dies gilt in verstärktem Masse für ein rohstoffarmes Land wie die Schweiz. Insbesondere in den naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen ist für Spitzenforschung eine internationale Zusammenarbeit unerlässlich. Die Wirtschaft verspricht sich von „Horizon 2020“ zahlreiche Chancen, innovationsfördernde Projekte starten zu können.

6.9. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Bundesanwaltschaft - Paul-Xavier Cornu wird neuer stellvertretender Bundesanwalt

Die Vereinigte Bundesversammlung hat am 19. Juni 2013 Paul-Xavier Cornu als Nachfolger für Maria-Antonella Bino gewählt. Cornu ist seit 2002 leitender Staatsanwalt und Stabschef der Bundesanwaltschaft und damit bereits Mitglied der Geschäftsleitung. Davor war er Richter am Kantonsgericht Freiburg, das er zwischen 1990 und 1997 auch präsidierte. Mit Herrn Cornu folgt auf Frau Bino wiederum ein Westschweizer, damit ist weiterhin für die Vertretung der französischsprachigen Schweiz an der Spitze der Bundesanwaltschaft gesorgt.

6.10. Geschäfte beider Räte

Staatsvertrag mit Deutschland zu Flughafen Zürich – Nach dem deutlichen Ja des Ständerats (40:2 Stimmen) im vergangenen Frühjahr hat nun auch der Nationalrat den Flugverkehr-Staatsvertrag ratifiziert, den die Schweiz und Deutschland im September 2012 unterzeichnet haben. Der Entscheid fiel mit 110:66 Stimmen bei 8 Enthaltungen. Für Diskussionen sorgte im Nationalrat die Frage, ob vor der materiellen Beratung des Staatsvertrages vom Bundesrat zusätzliche Informationen (unter anderem zu Fluglärmverteilung und Sicherheitsaspekten) einzufordern seien oder nicht. Schliesslich hat sich der Nationalrat gegen diese Zusatzinformationen entschieden.

Die FDP begrüsst diesen Entscheid. Der Staatsvertrag bedeutet für die Luftfahrtunternehmen in erster Linie Rechts- und Investitionssicherheit. Er gewährleistet, dass sich der Flughafen moderat weiterentwickeln und die Nachfrage von Bevölkerung, Wirtschaft und Tourismus nach Luftverkehrsverbindungen befriedigen kann. Kernelement des Vertrags ist die Festlegung von Zeiträumen, in denen der Flughafen Zürich nicht von Norden her angefliegen wird. Das Abkommen stellt eine ausgewogene Lösung dar. Die Schweiz hat somit einen ersten Schritt gemacht, um den seit Jahrzehnten schwelenden Fluglärmstreit zu beenden. In Deutschland hingegen ist die Ratifikation des Vertrags aufgrund innenpolitischer Differenzen sistiert.

Einheitskasse - Die Initiative für eine Einheitskrankenkasse soll rasch und ohne Gegenvorschlag vors Volk kommen. Dies wollen National- und Ständerat. Es war eine Formsache: Beide Räte hatten bereits im März Vorstösse aus den eigenen Reihen angenommen, die sich gegen die bundesrätlichen Pläne für einen Gegenvorschlag richten. Der Ständerat hat nun die Vorstösse aus dem Nationalrat an den Bundesrat überwiesen. Der Bundesrat hält jedoch vorerst an seinen Plänen für einen Gegenvorschlag fest, wie Gesundheitsminister Alain Berset bekräftigte. Entscheiden werde der Bundesrat auf Basis der Vernehmlassungsergebnisse.

Arbeitslosenversicherung - Grossverdiener müssen befristet mehr in die Arbeitslosenkasse einzahlen. Neu wird auch auf Lohnanteilen von Jahreslöhnen über 315'000 Franken ein Beitragsprozent erhoben. Heute wird auf Löhnen bis 126'000 Franken ein Beitrag an die Arbeitslosenversicherung von 2,2 Prozent erhoben. Lohnanteile zwischen 126'000 und 315'000 Franken werden mit einem sogenannten Solidaritätsprozent belegt. Dieses befristete Solidaritätsprozent (bis zum Ende der Sanierung) ist nun deplafoniert worden. Die Sanierung wird so schneller abgeschlossen und die Lohnanteile zwischen 126'000 und 315'000 Franken werden das Solidaritätsprozent weniger lange bezahlen müssen. Im Gegenzug zu Effizienzverbesserungen im Vollzug der ALV hat die FDP dieser Vorlage zugestimmt.

Supplément au budget - Les dépenses fédérales vont augmenter d'au moins 344 millions de francs cette année. Le Conseil des Etats a mis sous toit le 1er supplément au budget 2013 en acceptant de libérer 2,5 millions de plus pour les producteurs de jus de poire. Cette somme devra être compensée dans les paiements directs agricoles. Cette décision fait suite à la décision du Conseil national qui a adopté également le supplément au budget par 127 voix contre 27.

Le plus gros poste du supplément (237 millions) servira à financer la retraite anticipée de collaborateurs de l'administration. Une rallonge de 32 millions est prévue pour l'utilisation des bâtiments civils de la Confédération, 31 millions pour la participation de la Suisse au programme de recherche européen et 20 millions pour des coûts supplémentaires liés au trafic régional des voyageurs.

Autres crédits supplémentaires : 7 millions pour la lutte contre les organismes dans les forêts, 6,3 millions pour le financement des chemins de fers privés, 3,8 millions destinés à l'Administration fédérale des douanes et 1,5 million pour les investissements dans les nouvelles technologies de radiodiffusion.

Ces nouvelles dépenses vont creuser le déficit de quelque 450 millions affiché par le budget 2013. Et un second supplément est déjà à prévoir.

CP et CPM. Allongement des délais de prescription – Le Conseil national a suivi la Chambre haute et a approuvé un projet qui fait allonger de sept à dix ans le délai de prescription pour les délits graves, soit passibles de trois ans de prison au maximum (102:78). Une révision du code pénal qui vise à mieux poursuivre les délits économiques comme le blanchiment d'argent ou la gestion déloyale. La loi a été adoptée en vote final malgré le refus du PLR : plus de temps entre le délit et la procédure rend l'administration de la preuve plus compliquée et augmente le risque que l'enquête se termine par un acquittement faute de preuves suffisantes.

Loi sur le blanchiment d'argent. Modification – Le Conseil des Etats a suivi le Conseil national en adoptant l'art. 31 al. c, qui permet de refuser de communiquer des informations à des autorités étrangères si cela compromet les intérêts nationaux ou la sécurité et l'ordre publics. La loi a été largement soutenue en vote final par les deux conseils.

Code civil. Autorité parentale – Les dernières divergences concernant la loi sur l'autorité parentale conjointe ont été éliminées. Avec l'adoption en vote final de ce projet par les deux conseils, l'autorité parentale conjointe deviendra la règle en cas de divorce ou pour les enfants nés hors mariage. Les propositions du PLR ont été adoptées dans leur grande majorité et le groupe a soutenu l'adoption de cette révision du Code civil.

6.11. Geschäfte des Nationalrats

Verständigungslösung für die Stilllegung der Schweizer Atomkraftwerke – Der Nationalrat will zum aktuellen Zeitpunkt nicht über eine allfällige Laufzeitbeschränkung für die Schweizer Atomkraftwerke entscheiden. Mit 97:85 Stimmen bei zwei Enthaltungen hat die Grosse Kammer beschlossen, eine Motion ihrer Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK-N) von der Tagesordnung zu streichen. Diese Motion beauftragt den Bundesrat, im Rahmen der Energiestrategie 2050 eine Verständigungslösung für die Stilllegung der Schweizer Atomkraftwerke zu prüfen. Konkret enthält die Motion folgende Forderung: Die Betreiber von Kernkraftwerken müssen nach vierzig Jahren ein Betriebskonzept vorlegen, welches den sicheren Betrieb der Anlage für weitere, maximal zehn Jahre ausweist. Das Konzept dient der Aufsichtsbehörde als Grundlage für die Erteilung einer entsprechenden Betriebsfreigabe bis fünfzig Jahre. Diese Verständigungslösung soll als Gegenvorschlag zur Atomausstiegsinitiative der Grünen Partei ausgestaltet werden. Die FDP bedauert, dass dieses wichtige Geschäft von der Tagesordnung gestrichen und nicht behandelt worden ist.

Bienensterben - Zum Schutz der Bienen will der Nationalrat kein strengeres Verbot von Insektiziden. Er hat eine Motion seiner Wissenschaftskommission abgelehnt. Sie wollte das für Raps und Mais geltende Pestizidverbot auf Sonnenblumen ausdehnen und weitere Mittel verbieten, die als bienengefährlich gelten. Die Forderung ist damit vom Tisch. Angenommen hat der Rat zwei andere Motionen, die weniger weit gehen: Sie verlangen vom Bundesrat einen Massnahmenplan zur Bienengesundheit und ein Paket zur nachhaltigen Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln. Die FDP hatte einen Bericht über die Auswirkungen und mögliche Handlungsoptionen befürwortet – ein Verbot auf Vorrat aber abgelehnt.

Mehrwertsteuer - Der Nationalrat hat erkannt, dass ein Zwei-Satz-Modell für die Mehrwertsteuer untauglich ist. Die grundlegenden Probleme bleiben damit ungelöst. Die FDP-Fraktion hat sich von Anfang an für einen Einheitssatz ausgesprochen. Nur damit könnte die Mehrwertsteuer substantiell vereinfacht und ein echter Mehrwert für die Wirtschaft geschaffen werden. Es ist zu hoffen, dass diese sinnvolle Reform wieder aufgegriffen wird und nächstes Mal eine Mehrheit findet.

Ritalin - Ritalin soll nicht als Modedroge zur Leistungssteigerung geschluckt werden. Der Bundesrat soll dafür sorgen, dass das Medikament nur abgegeben wird, wenn es wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich ist. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion angenommen, die noch in den Ständerat muss. Zudem hiess die grosse Kammer ein Postulat gut, das vom Bundesrat einen Bericht über politischen und gesetzgeberischen Handlungsbedarf verlangt.

KAP - Das Sparpaket für die kommenden Jahre ist im Nationalrat erwartungsgemäss durchgefallen. Der Rat hat am Donnerstag beschlossen, das sogenannte Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) an den Bundesrat zurückzuweisen. Der Entscheid fiel mit 105 zu 72 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Für die Rückweisung stimmten SVP, SP und Grüne. Während die Rechte einschneidendere Sparmassnahmen fordert, möchte die Linke auch bei den Einnahmen und nicht nur bei den Ausgaben ansetzen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

FMI - après le Conseil des Etats, le Conseil national a accepté par 121 voix contre 44 que la Suisse continue de participer aux accords généraux d'emprunt du FMI de 2014 à 2018. La Banque nationale réservera une ligne de crédit inchangée de 1,46 milliard de francs à ce titre. L'UDC s'est élevée en vain contre le fait que le Conseil fédéral tranchera seul à l'avenir.

Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants. Initiative populaire. Modification du CP, CPM et du DPMIn – Suite à l'adoption de l'initiative contre les pédophiles sans contre-projet, le Conseil national a suivi à l'unanimité l'avis de sa commission afin d'adopter une révision du code pénal pour protéger les enfants de contacts avec des pédophiles. Il s'agit d'un projet complémentaire à l'initiative populaire de la Marche blanche qui reprend les propositions du contre-projet rejeté au Conseil national. Le Conseil des Etats souhaite une alternative à l'initiative et a à une courte majorité (23:21) renvoyé le projet d'arrêté fédéral en commission pour l'élaboration d'un contre-projet direct.

6.12. Geschäfte des Ständerats

Schwangerschaft - Wer wegen Schwangerschafts-Komplikationen behandelt werden muss, wird künftig von der Kostenbeteiligung in der Grundversicherung der Krankenkasse befreit. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer entsprechenden Gesetzesänderung zugestimmt. Bei normaler Schwangerschaft gibt es in der obligatorischen Grundversicherung schon heute keine Kostenbeteiligung: Die Leistungen bei Mutterschaft sind von Franchise und Selbstbehalt befreit. Treten Komplikationen auf, müssen sich die Betroffenen aber an den Kosten beteiligen.

SVP-Familieninitiative – Die Initiative „Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen“ kommt ohne Gegenvorschlag vors Volk. Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament stellen sich gegen die in der Verfassung zu verankernde Forderung, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, zwingend ein gleich hoher Abzug gewährt wird wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen. Nach dem Nationalrat beantragt nun auch der Ständerat mit 26:17 Stimmen, Initiative abzulehnen. Die FDP begrüsst diesen Entscheid. Es ist nicht liberal, wenn der Staat ein Familienmodell bevorzugt, oder die Rollenverteilung in der Familie beeinflussen will. Es ist auch nicht liberal, die Erwerbstätigkeit der Zweitverdienerin zu verhindern.

Filmförderung - Die Filmförderung soll der heutigen Zeit mit Medien wie DVD und Video on Demand angepasst werden. Der Ständerat hat stillschweigend eine Motion des Nationalrats an den Bundesrat überwiesen. Sie verlangt, den Geltungsbereich der sogenannten Einverleiherklausel von Kinofilmen auf neuere Medien auszudehnen. Mit dieser Klausel wird die Vielfalt an Filmen gefördert. Sie verpflichtet Verleihunternehmen, die Aufführungsrechte eines Films für die ganze Schweiz zu erwerben. Dadurch wird die Vorführung in anderen Sprachregionen wesentlich erleichtert. Diese Pflicht gilt jedoch bisher nur für Kinofilme.

Bildung - Die Schweiz soll sich auch künftig am Bildungsaustausch mit der EU beteiligen. Der Ständerat hat einem Gesamtkredit über 305,5 Millionen Franken für die Weiterführung der EU-Bildungsprogramme in den Jahren 2014 bis 2020 zugestimmt. Unter der Bezeichnung "Erasmus für alle" sollen die bisherigen Programme für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport zusammengefasst werden. Das Geschäft geht in den Nationalrat.

Armes - Le Conseil des Etats a adopté tacitement quatre motions du National visant à intensifier la lutte contre l'utilisation abusive des armes d'ordonnance. Il s'agit par exemple d'introduire une obligation de

déclarer les armes anciennes non encore recensées dans les registres cantonaux ou d'assurer un meilleur échange d'informations entre les cantons et la Confédération dans le cadre de la révision de la loi sur les armes.

Armée - La Suisse doit interdire les entreprises privées qui offrent des services de mercenaires à l'étranger. Le Conseil des Etats s'est rallié jeudi à ce projet réclamé par le Parlement. Cette nouvelle loi, qui instaure une obligation de déclarer les activités de sécurité hors de Suisse et doit encore passer devant le National, a été acceptée par 26 voix contre 2.

Diplomatie - Le Conseil des Etats a tacitement transmis une motion du National demandant que la Suisse conserve son ambassade au Guatemala. Pour des raisons budgétaires, les sénateurs ont en revanche refusé par 26 voix contre 11 de sauver le consulat général à Chicago.

FATCA-Abkommen – Der Ständerat stimmt dem Abkommen zur vereinfachten Umsetzung von FATCA mit nur wenigen Gegenstimmen zu. Die FDP-Fraktion begrüsst diesen Entscheid. Schweizer Finanzinstitute müssen sich mit oder ohne FATCA-Vertrag an die neuen US-Regeln halten, solange sie auf dem US-Kapitalmarkt aktiv bleiben wollen. Der vorliegende Staatsvertrag bringt nun gerade für Versicherungen, Pensionskassen und schwergewichtig lokal tätige Banken wichtige Ausnahmebestimmungen. Das Gesetz geht jetzt im Herbst in den Nationalrat.

6.13. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Sicherstellung der finanziellen Stabilität und Planbarkeit in der obligatorischen 2. Säule (BVG)

Der Bundesrat soll aufzeigen (z.B. im Rahmen der Reform Altersvorsorge), wie die Entpolitisierung des Mindestumwandlungssatzes (MUWS) im BVG mit einer grösstmöglichen Planbarkeit des Renteneintritts verbunden werden kann. Damit soll für die BVG-Versicherten und für das ganze System echte Sicherheit geschaffen werden. U.A. folgende Vorschläge sollen geprüft werden:

1. Festlegung des MUWS durch eine unabhängige Instanz (z.B. Stiftungsrat, BVG OAK), auf der Basis eines technisch korrekten, transparenten Regelwerks (Lebenserwartung, Anlagerenditen, etc.).
2. Regelmässige Neufestlegung des MUWS durch den BR, verknüpft mit dem Auftrag ungewollte Umverteilungen zu verhindern.
3. Um eine bessere Planbarkeit des Renteneintritts trotz Entpolitisierung sicherzustellen, könnte der folgende Ansatz mit den Obigen kombiniert werden: Jahrgangsabhängige MUWS, welche mehrere Jahre vor einem bestimmten Referenzrentenalter bekanntgegeben werden.
4. Variables Rentensystem: Eine fixe, sichere Rente mit einer zusätzlichen, marktabhängigen Zusatzrente, auf der Basis eines technisch korrekten, transparenten Regelwerks. Zur Angleichung der variablen jährlichen Rentenhöhe, könnten die Zusatzrenten über mehrere Jahre verteilt werden.

Begründung:

Das Bedürfnis nach Sicherheit ist in der Altersvorsorge gross. Echte Sicherheit besteht jedoch nur, wenn Rentenversprechen auch langfristig haltbar sind. Leider tendiert die Politik dazu Garantien zu geben, welche auf eine lange Sicht nicht finanzierbar sind. Der MUWS ist eine technisch-mathematische Grösse, kein politischer Kompromiss. Somit sollte der MUWS möglichst unabhängig von der Politik bestimmt werden.

Der Bundesrat lehnt eine Entpolitisierung ab. Er argumentiert, der MUWS sei ein „versicherungstechnischer Parameter mit einer erheblichen politischen Dimension“. Dabei verschliesst er die Augen vor der Tatsache, dass Demographie und Langlebigkeit keine politischen Entscheide sind und gesetzliche Garantien die Realität nicht „gerade biegen“ können.

Die Entpolitisierung kann aber mit dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung in Einklang gebracht werden. Die obigen Vorschläge zielen darauf ab, die Vorteile einer Entpolitisierung mit einem planbaren Renteneintritt zu verbinden. Dies ist im Hinblick auf die Flexibilisierung des Rentenalters wichtig und wäre mit möglichen Massnahmen für eine Übergangsgeneration kombinierbar.

Dezentrale Finanzierung der Übergangsgeneration im Rahmen der BVG Reform

Der Bundesrat hat im Rahmen der Reform „Altersvorsorge 2020“ vorgeschlagen, die Senkung des Mindestumwandlungssatzes im BVG für eine Übergangsgeneration abzufedern. Der Bundesrat soll in einem Bericht die Möglichkeiten aufzeigen, wie diese Abfederung möglichst dezentral, d.h. innerhalb der bestehenden Vorsorgeeinrichtungen, finanziert werden kann.

Der Bericht kann im Rahmen der Vernehmlassung zur „Altersvorsorge 2020“ unterbreitet werden.

Begründung:

In den „Leitlinien der Reform der Altersvorsorge 2020“ befürwortet der Bundesrat die Senkung des Mindestumwandlungssatzes auf einen versicherungsmathematisch vernünftigen Wert. Für die langfristige Kompensation dieser Senkung macht der Bundesrat verschiedene Vorschläge. Für ältere Arbeitnehmer, welche aufgrund ihrer Nähe zum Rentenalter weniger Zeit haben, um eine Senkung zu kompensieren, schlägt der Bundesrat eine befristete Abfederung vor.

Die Vorschläge des Bundesrates sehen eine Finanzierung entweder über die AHV oder über den BVG-Sicherheitsfonds vor. Beide zentralistischen Lösungen bergen – durch die Vermischung der Säulen bzw. ihrer Finanzierungsprinzipien - die Gefahr der Institutionalisation der Umverteilung im BVG. Des Weiteren würde mit einer Lösung über den BVG-Sicherheitsfonds ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen: Jene Vorsorgeeinrichtungen, welche sich auf die unausweichliche Senkung des Mindestumwandlungssatzes vorbereitet haben (durch Reserven oder mit tiefen Umwandlungssätzen in umhüllenden Kassen), müssten dann zusätzlich auch Rentner anderer Kassen mitfinanzieren.

Die Sozialpartner von verschiedenen Vorsorgeeinrichtungen haben in der Folge der 2005 beschlossenen schrittweisen Senkung des Mindestumwandlungssatzes (auf 6.8% bis 2014) Abfederungsmassnahmen vorgenommen. Diese von den (paritätisch aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzten) Stiftungsräten erarbeiteten Lösungen sind so vielfältig wie die Pensionskassenlandschaft selbst. Diese Vorgehensweise hat sich bisher bewährt, was die Notwendigkeit einer zentralistischen Lösung – egal ob über die AHV oder den BVG-Sicherheitsfonds – hinterfragt.

Public Private Partnerships für Infrastrukturprojekte

Der Bundesrat wird gebeten aufzuzeigen, für welche Verkehrsinfrastrukturprojekte er Partnerschaften zwischen Privaten und der öffentlichen Hand (Public Private Partnerships PPP) als möglich und sinnvoll erachtet. PPP können für den Bau, die Finanzierung, den Unterhalt und/oder den Betrieb von Projekten sowohl bei der Strassen- als auch der Bahninfrastruktur realisiert werden. Der Bundesrat wird um eine Aufstellung der Möglichkeiten für die Realisierung solcher PPP-Projekte gebeten.

Besserer Mobilfunk im Zug - jetzt!

Der Bund ist Eigentümer der SBB und Mehrheitsaktionär der Swisscom. Er hat sicherzustellen, dass in Zügen die Mobilfunkdienste ohne Unterbruch verwendet werden können. Er soll als erster Schritt mit einem Bericht bis Ende 2013 aufzeigen, wie er die Telekommunikations-Unternehmen sowie die SBB dazu bringt, auf den Eisenbahn-Hauptverbindungen qualitativ gute Mobilfunkdienstleistungen anzubieten. Insbesondere gute ausländische Lösungen sollten gebührend Beachtung finden.

6.14. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 25 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die dreiwöchige Sommersession abgeschlossen.

Parlamentarisch unter Dach kamen

- › die Neuordnung der Bahnfinanzierung sowie ein Ausbau des Bahnnetzes bis 2025 für 6,4 Milliarden Franken (FABI-Vorlage). Beschlossen wurde: mit 182:6 Stimmen bei 3 Enthaltungen (Nationalrat) und 45:0 Stimmen (Ständerat) die Ablehnung der Volksinitiative "Für den öffentlichen Verkehr", mit 144:40 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 44:0 Stimmen bei 1 Enthaltung die Bahnfinanzierung sowie mit 152:34 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 45:0 Stimmen der Ausbausritt 2025. Dem direkten Gegen-

entwurf mit dem neuen Bahnfonds (BIF) stimmten die Räte bereits am Mittwoch und Donnerstag mit 116:33 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 37:0 Stimmen zu.

- › mit 107:77 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 28:16 Stimmen bei 1 Enthaltung eine dringliche Änderung des Krankenversicherungsgesetzes, welche den Kantonen die Wiedereinführung des Zulassungsstopps für Spezialärzte ab dem 1. Juli ermöglicht.
- › die Swissness-Vorlage, die für einen besseren Schutz der Marke "Schweiz" sorgen soll. Mit 135:47 Stimmen bei 10 Enthaltungen und 26:13 Stimmen bei 6 Enthaltungen wurden Änderungen im Markenschutzgesetz, mit 191:1 Stimmen und 42:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen Änderungen im Wappenschutzgesetz gutgeheissen.
- › mit 106:76 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 41:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen die Genehmigung des Staatsvertrags mit Deutschland, der den Fluglärmstreit um den Flughafen Zürich beilegen soll.
- › mit 160:13 Stimmen bei 18 Enthaltungen und 41:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen die Neuregelung der elterlichen Sorge im Zivilgesetzbuch, welche das gemeinsame Sorgerecht als Regelfall vorgibt.
- › mit 118:73 Stimmen und 29:16 Stimmen die Ablehnung der Cleantech-Initiative der SP, die verlangt, dass der Energiebedarf der Schweiz bis 2030 zur Hälfte mit erneuerbaren Energien gedeckt wird.
- › mit 133:56 Stimmen bei 1 Enthaltung und 42:0 Stimmen bei 3 Enthaltungen eine Änderung des Energiegesetzes, die - als indirekter Gegenvorschlag zur Cleantech-Initiative - eine Erhöhung der Abgabe für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) ermöglicht, von der aber 300 bis 600 Grossverbraucher ausgenommen sind.
- › mit 104:84 Stimmen und 35:8 Stimmen bei 2 Enthaltungen ein neues Sanierungsrecht, das die Sanierung von Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten erleichtert und eine Sozialplanpflicht für Grossfirmen bei Massenentlassungen vorsieht.
- › mit 110:72 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 26:17 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Ablehnung der Familieninitiative der SVP, welche die steuerliche Gleichbehandlung der Eigen- und Fremdbetreuung von Kindern verlangt.
- › mit 129:52 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 36:5 Stimmen bei 4 Enthaltungen eine Änderung des Mehrwertsteuergesetzes zur Verlängerung des Sondersatzes für die Hotellerie bis Ende 2017.
- › mit 135:54 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 43:0 Stimmen bei 2 Enthaltungen eine Änderung des Geldwäschereigesetzes, mit der die Zusammenarbeit der Schweizer Geldwäschereibehörde mit ausländischen Behörden ausgeweitet wird.
- › mit 132:54 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 35:5 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, mit der das Solidaritätsprozent zur Entschuldung der Arbeitslosenkasse auch auf Lohnanteilen über 315'000 Franken eingeführt wird.
- › mit 141:42 bei 8 Enthaltungen und 44:0 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Änderung des Krankenversicherungsgesetzes, mit der die Kosten bei Schwangerschaftskomplikationen vollumfänglich (ohne Selbstbehalt und Franchise) von der Krankenkasse übernommen werden müssen.
- › mit 188:0 Stimmen und 45:0 Stimmen eine Änderung des Heilmittelgesetzes, welche die Zulassung von kantonal zugelassenen Arzneimitteln bis Ende 2017 verlängert.
- › mit 111:77 Stimmen bei 1 Enthaltung und 45:0 Stimmen eine Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes, die eine Verlängerung der Verjährung für schwere Vergehen vorsieht.
- › mit 138:46 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 45:0 Stimmen ein Abkommen mit Frankreich zum Forschungsinstitut CERN in Genf, das regelt, in welchen Fällen welches Arbeitsrecht auf dem binationalen Gelände zur Anwendung kommt.

- › mit 121:64 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 45:0 Stimmen die Kleine Parlamentsreform, die mehrere kleinere Änderungen für den Parlamentsbetrieb bringt.
- › mit 135:55 Stimmen bei 1 Enthaltung und 40:4 Stimmen bei 1 Enthaltung die Genehmigung der neuen Satzungen der Internationalen Organisation für Migration, mit der die Hürden für künftige Statutenänderungen sinken.
- › sieben Doppelbesteuerungsabkommen, und zwar mit
 - › Irland (148:9 bei 34 Enthaltungen und 45:0)
 - › Portugal (146:6 bei 37 Enthaltungen sowie 45:0)
 - › Bulgarien (143:8 bei 40 Enthaltungen und 44:0 bei 1 Enthaltung)
 - › Slowenien (132:8 bei 51 Enthaltungen und 44:0 bei 1 Enthaltung)
 - › Tschechien (134:8 bei 49 Enthaltungen und 44:0 bei 1 Enthaltung)
 - › Turkmenistan (140:11 bei 38 Enthaltungen und 42:0 bei 3 Enthaltungen)
 - › Peru (143:9 bei 39 Enthaltungen und 45:0).

Die Initiativen kommen direkt zur Abstimmung. Die übrigen Beschlüsse unterstehen dem fakultativen Referendum.

7. Herbstsession 2013 – Session d'automne 2013 (9. September bis 27. September 2013)

Auch in dieser Session spielten einmal mehr verschiedene unheilige Allianzen zwischen SVP und SP. Angefangen bei der Wahl eines Bundesrichters. Die SVP verhalf dank einem Pakt mit der SP zu einer linken Mehrheit beim Sozialversicherungsgericht. Es ist kurzfristig, sich im Parlament für Sparmassnahmen bei den Sozialversicherungen einzusetzen, dann aber bei den Richterwahlen einen linken Politikwechsel zu unterstützen. Die Richter haben schliesslich einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Anwendung von Gesetzen und damit auf die Politik.

Die FDP zieht aber trotz einigen Wehrmutstropfen insgesamt eine positive Bilanz dieser Herbstsession. So haben beide Räte mit soliden Mehrheiten der Kampfflugzeugbeschaffung und den dazu nötigen Mitteln zugestimmt. Einem allfälligen Referendum kann die FDP ruhig entgegensehen. Dank unserem Druck auf das VBS wurde der Beschaffungsvertrag wesentlich verbessert und wir haben damit jetzt die Argumente, um das Volk von dem Gripen zu überzeugen. Der Nationalrat hat der Wiedereinführung kurzer Haftstrafen im Strafgesetzbuch zugestimmt und will den Vorrang von Geldstrafen gegenüber anderen Strafen aufheben. Damit wird die Abschreckungswirkung im Strafrecht auf eine sinnvolle Weise verschärft.

Der Ständerat hat die schädliche Mindestlohninitiative mit grosser Mehrheit abgelehnt. Diese schadet unserer Wirtschaft, unseren Unternehmen und ist ein direkter Angriff auf die verletzlichsten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zudem will der Ständerat das unbedingt nötige Sparpaket KAP nicht an den Bundesrat zurückweisen sondern ist darauf eingetreten. Ein Wehrmutstropfen war die Behandlung des Bürgerrechtsgesetzes im Ständerat, da jener die Hürden für die Einbürgerung massiv tiefer ansetzen will als der Nationalrat. So soll bspw. gemäss Ständerat bereits nach 8 Jahren in der Schweiz der rote Pass beantragt werden können und die als vorläufig Aufgenommener in der Schweiz verbrachten Jahre sollen angerechnet werden können. Die FDP will ein korrektes und faires Einbürgerungsgesetz, welches den Ansprüchen der Bevölkerung Rechnung trägt, nämlich dass nur erfolgreich Integrierte eingebürgert werden können. Nur dann ist ein absehbares Referendum zu gewinnen.

Zum Schluss durfte die FDP-Fraktion auf Einladung ihres Kollegen NR Jean René Germanier einen unvergesslichen Nachmittag im Wallis bei der Weinlese zubringen. So kamen neben der Arbeit auch die Geselligkeit und das Vergnügen nicht zu kurz.

7.1. Der Gripen kann dank der Forderungen der FDP endlich abheben

La deuxième fois aura été la bonne : le Conseil des Etats a accepté mercredi de libérer les 3,126 milliards nécessaires pour acheter les 22 avions de combat Gripen. Il fallait 24 voix pour lever le frein aux dépenses. La Chambre des cantons en a réuni 27 contre 17. En mars, une seule voix avait manqué. Plus tôt, le National avait donné son aval sans problème à l'achat de 22 avions de combat suédois. Le principal cap - le frein aux dépenses - a été franchi assez aisément : 114 voix contre 70.

Die FDP. Die Liberalen begrüsst die Entscheidung des Nationalrates und Ständerates. *Die FDP.* Die Liberalen engagiert sich für eine starke und für die Herausforderungen der Zukunft gerüstete Luftwaffe, was mit den Gripen als Tiger-Teilersatz der Fall ist. Endlich hat das VBS einen Vertrag vorgelegt, welcher die Bedingungen der FDP erfüllt, sodass die FDP dem Kauf dieses modernen und effizienten Kampffjets zustimmen kann.

Dank des Drucks der FDP wurden die Nachverhandlungen erfolgreich abgeschlossen und die Schweiz erhält nun – wie bei solchen Verträgen gang und gäbe – bei Konventionalstrafen und dem Rücktrittsrecht die gleichen Vertragsbedingungen wie Schweden selbst. Mit der Umsetzung der vier zentralen Sicherungsmechanismen, welche die FDP verlangt hatte, kann dem Kauf der Flugzeuge zugestimmt werden.

Doch der letzte Akt in diesem Theater ist noch nicht gespielt: Linke und Grüne haben das Referendum gegen den Kauf angedroht. Dass das Volk als Souverän in letzter Instanz entscheidet, ist legitim. Wir vertrauen darauf, dass sich die Schweizer Bevölkerung für die Sicherung unseres Luftraums richtig entscheiden wird und dem Kauf zustimmt.

7.2. EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“

Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat der Erneuerung des bilateralen Abkommens zwischen der Schweiz und der EU zur Beteiligung an den EU-Forschungsrahmenprogrammen (FRP) zugestimmt. Die kleine Kammer hat die Vorlage einstimmig angenommen. Das Programm „Horizon 2020 – Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation“ für die Jahre 2014-2020 ist das Nachfolgeprogramm der aktuellen siebten Generation, welche bis Ende 2013 läuft. Die Schweiz wird sich mit einem Gesamtkredit von 4389,3 Millionen Franken am EU-Forschungsrahmenprogramm beteiligen. Dieses umfasst insgesamt 80 Milliarden Euro. Schweizer Forschende erhalten für ihre Projekte Fördermittel aus diesem Finanzierungsgefäss. Ziel ist es, mittels erleichterten Zugangs zu Fördermitteln und stärkerer Integration der Industrie wissenschaftliche Errungenschaften in innovative Produkte und Dienstleistungen zu verwandeln und somit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern.

Die FDP begrüsst den klaren Entscheid des Ständerats. Investitionen in die Forschung stärken die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes auf dem Weltmarkt. Dies gilt in verstärktem Masse für ein rohstoffarmes Land wie die Schweiz. Insbesondere in den naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen ist für Spitzenforschung eine internationale Zusammenarbeit unerlässlich.

Zudem ist die Beteiligung der Schweiz an den Rahmenprogrammen ausserordentlich positiv. Die Schweiz rangiert unter den bestplatzierten Ländern bezüglich Erfolgsquote der Anträge, Anzahl Beteiligungen, Anzahl koordinierte Projekte und erhaltene Fördermittel. Schweizer Projektteilnehmende konnten sich allein im 7. FRP seit 2007 1,56 Milliarden Franken Fördermittel aus dem FRP sichern, womit die EU-Forschungsrahmenprogramme nach dem Schweizerischen Nationalfonds die zweitwichtigste öffentliche Förderquelle für Forschung und Entwicklung in der Schweiz darstellen. Die erhaltenen Fördermittel für Schweizer Teilnehmende waren seit 2004 höher als die vom Bund in Form von Pflichtbeiträgen an die EU bezahlten Mittel.

7.3. Lebensmittelgesetz: Ständerat beschliesst praktikablere Lösungen für die Nahrungsmittelindustrie

Bei der Revision des Lebensmittelgesetzes hat der Ständerat bei zwei wichtigen Punkten die überschüssigen Vorschläge des Nationalrats korrigiert. Dieser wollte einerseits, dass auf in Verkehr gebrachten Lebensmitteln künftig nebst dem Produktionsland auch die Herkunft der Rohstoffe angegeben werden muss. Diese Regelung ist unverhältnismässig, in der Praxis schwer und nur mit hoher Kostenfolge umsetzbar: die wechselnde Rohstoffherkunft je nach Saison oder Lieferketten etc. würde beispielsweise dazu führen, dass die Verpackungen konstant geändert werden müssten. Ausserdem würde sie für ausländische Markenprodukte zu fast unüberwindbaren technischen Handelshemmnissen führen. Bei stark verarbeiteten Lebensmitteln, welche aus vielen Zutaten bestehen, wäre diese Vorschrift gar absurd. Insgesamt würde mit dieser Vorschrift die Hochpreisinsel Schweiz zementiert statt aufgeweicht. Der Ständerat schlägt denn auch richtigerweise vor, diesen Punkt dahingehend zu korrigieren, dass wie heute die Herkunft von Rohstoffen nur bei bestimmten Lebensmitteln angegeben werden muss. Die Details bleiben in einer Verordnung geregelt – so wie es sich bewährt hat.

Die Revision ist an sich grundsätzlich ausgewogen und zukunftsorientiert ausgestaltet. Wichtig ist, dass die Nahrungsmittelindustrie ihrer wichtigen Rolle bei der Verarbeitung von schweizerischen Rohstoffen auch weiterhin gerecht werden kann. Dazu braucht sie attraktive Rahmenbedingungen.

7.4. Altersvorsorge

In der Herbstsession haben die Räte verschiedene Vorstösse der *FDP.Die Liberalen* mit deutlichen Mehrheiten befürwortet und dem Bundesrat klare Signale versandt. Der Nationalrat hat mit der Annahme der Motionen [11.3778](#) und [11.3779](#) klar kommuniziert, dass die Politik keine Rentenversprechen machen soll, welche nicht eingehalten werden können. Die technischen Parameter im BVG sollen entpolitisiert werden. Des Weiteren hat sich der Nationalrat mit der Annahme der Motion [12.3553](#) deutlich für eine der AHV-Reform vorgezogenen Schuldenbremse ausgesprochen. Der Ständerat überwies mit erdrückenden 27:8 Stimmen ein Postulat ([13.3518](#)), welches eine dezentrale Umsetzung der Kompensation der Senkung des Mindestumwandlungssatzes verlangt.

Diese deutlichen Signale muss der Bundesrat bei der Ausarbeitung der „Altersvorsorge 2020“ beachten. Wir verlangen in der Vernehmlassungsvorlage deutliche Verbesserungen im Sinne einer glaubwürdigen, mehrheitsfähigen Reform der Altersvorsorge.

7.5. Gegenentwurf zur Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“

Nachdem beide Räte die Volksinitiative „Ja zur Hausarztmedizin“ zur Ablehnung empfohlen haben, ist nun auch der bundesrätliche direkte Gegenentwurf zur Volksinitiative unter Dach. **In einer vorgezogenen Schlussabstimmung haben beide Räte den Gegenentwurf gutgeheissen.** Dieser wählt einen generelleren und zielorientierteren Ansatz als die Initiative, welche die Hausarztmedizin in der Verfassung verankern und dadurch den Hausärzten eine überragende Position gegenüber den Spezialisten und anderen medizinischen Berufen sichern will. Der Gegenentwurf sieht vor, nicht den Hausarzt, sondern die Grundversorgung in der Verfassung zu verankern. Er zeigt eine zukunftsweisende Perspektive auf, wie die medizinische Grundversorgung in der Schweiz gesichert werden kann. Allerdings enthält der Gegenentwurf auch Mängel. Insbesondere grenzt er die Grundversorgung von der allgemeinen medizinischen Versorgung ab. In Anbetracht der Volksinitiative ist dieses Vorgehen zwar verständlich, materiell jedoch nicht überzeugend. Basis für eine Minimalversorgung sollten alle Leistungen sein, die durch staatliche Finanzierungskanäle (mit-)finanziert werden. Es ist zu begrüßen, dass beim direkten Gegenentwurf schlussendlich die moderatere Version des Ständerats obsiegt hat.

7.6. CP et CPM. Réforme du droit des sanctions

Les mardi 24 et mercredi 25 septembre, le Conseil national a planché sur la réforme du droit des sanctions. Particulièrement décrié, le système des jour-amendes a été révisé : il n’y aura plus de priorité et les juges auront le libre choix de la peine à infliger ; ce qui réalise une initiative parlementaire du groupe libéral-radical ([08.431](#)). De même, le montant minimum a été relevé à 30.- par jour-amende au lieu de 10.-. Le Conseil national a également réintroduit les courtes peines privatives de liberté, une modification attendue afin de combattre la criminalité avec fermeté. L’emploi du bracelet électronique est introduit comme peine alternative à l’incarcération dans un établissement pénitentiaire pour les peines allant jusqu’à 12 mois. Finalement, le travail d’intérêt général est introduit comme peine en soit.

Le Conseil national a adopté par 77 voix contre 54 et 52 abstentions (principalement du PS et de l’UDC) cette une réforme du Code pénal qui durcit les sanctions. Une révision largement soutenue par le PLR.

7.7. Contre l’immigration de masse. Initiative populaire

Le Conseil des Etats a pris position vis-à-vis de l’initiative de l’UDC «Contre l’immigration de masse». La Petite chambre suit l’avis du Conseil national et conseille de rejeter cette initiative par 34 voix contre 6. Ainsi, autant le Conseil fédéral que le parlement recommandent de voter «Non» à cette initiative. Pour rappel, cette initiative souhaite réintroduire le système des contingents dans la politique migratoire helvétique, ce qui va à l’encontre de l’Accord de libre circulation. A cause de la clause guillotine, cela mènerait l’UE à dénoncer l’ensemble des Accords bilatéraux I, ce qui serait profondément néfaste pour l’emploi et la prospérité de la Suisse.

Le groupe libéral-radical rejette fermement cette initiative. Des mesures ciblées doivent être prise en direction d’une politique migratoire «rigoureuse, mais juste», mais toute initiative qui léserait le modèle à succès de la Suisse doit être rejetée.

7.8. Loi sur la nationalité. Révision totale

Suite à de nombreux mois de travail en commission, le Conseil des Etats a discuté durant trois jours la révision totale de la Loi sur la nationalité. Pour rappel, le Conseil national avait bouclé son projet en mars 2013. Une réforme largement soutenue par le PLR, pour qui il s’agit d’un sujet clef en matière de politique migratoire et d’intégration des étrangers. Un projet qui a également pour but d’harmoniser les procédures entre les cantons.

Or, la Petite chambre a refusé de suivre les décisions du National sur de nombreux points, parfois à une très courte majorité. Cela concerne notamment les points les plus importants de la réforme. Le Conseil

des Etats a notamment décidé : une durée d'établissement minimum plus basse (8ans au lieu de 10), de continuer de compter à double les années entre 10 et 20ans et a rejeté la nécessité de savoir communiquer à l'écrit dans une langue nationale. Le Conseil des Etats a également refusé de ne pas admettre la période d'admission provisoire dans le calcul des années de résidence en Suisse pour la naturalisation. Le projet repart au national pour l'élimination des divergences.

7.9. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Bundesgericht – Die Vereinigte Bundesversammlung (VBV) hat **Francesco Parrino, SP**, als Nachfolger von Aldo Borello gewählt. Herr Parrino wurde von der Gerichtskommission zur Wahl vorgeschlagen.

Die FDP-Liberale Fraktion präsentierte eine Kampfkandidatur und empfahl ihren eigenen Kandidaten, Luca Grisanti, zur Wahl. Die Fraktionspräsidentin, NR Gabi Huber, begründete dies damit, dass mit einem zusätzlichen SP-Richter ein politischer Richtungswechsel in der Sozialversicherungsabteilung stattfinden könnte. Von den insgesamt 10 Richtern am Bundesgericht gehören 3 der SP an; mit einem weiteren SP-Richter seien 40% der Richterstellen in dieser Abteilung in den Händen der SP; hinzu komme eine Richterin der Grünen. Zusammen ergebe dies eine linke Mehrheit. Unterstützt wurde die FDP hier von der CVP-Fraktion. Da jedoch die SVP – mit Blick auf ihre eigenen zwei Kandidaten für das Bundesverwaltungsgericht – den SP-Kandidaten unterstütze, unterlag der FDP-Kandidat mit 86: 152 Stimmen.

Bundesverwaltungsgericht – Für dieses Gericht hat die Gerichtskommission zwei SVP-Richter vorgeschlagen. Hier präsentierte die CVP eine Kampfkandidatur; sie empfahl Frau Karin-Huber-Studerus zur Wahl. Unterstützt wurde sie von der FDP-Liberale Fraktion. Die VBV folgte jedoch den Empfehlungen der GK und wählte die offiziellen Kandidaten **Christoph Rohrer und David Weiss, beide SVP.**

Die FDP kritisierte die SVP und wirft ihr ein „doppelbödiges Spiel“ vor. Durch das Taktieren mit der SP trage die SVP nun die Verantwortung für den Schlamassel. Diese „unheilige Allianz“ verhindere einmal mehr eine bürgerliche Zusammenarbeit im Parlament.

Bundesstrafgericht. Präsidium / Vizepräsidium für die Amtsdauer 2014 - 2015 – die VBV wählte **Daniel Kipfer Faciati, Grüne**, als Präsidenten und **Jean-Luc Bacher, FDP**, als Vizepräsidenten.

Eidgenössische Finanzkontrolle – Direktor für die Amtsdauer 2014 – 2019. **Michel Huissod** wurde vom Bundesrat als Direktor ernannt; die VBV bestätigte die Ernennung.

7.10. Geschäfte beider Räte

Armes – il a transmis tacitement trois motions corrigées par les sénateurs visant à améliorer l'échange d'informations sur les armes entre les cantons et la Confédération. Le procureur ou le tribunal devrait ainsi être obligé de communiquer au Département fédéral de la défense (DDPS) les noms des militaires potentiellement dangereux. Les données transmises au DDPS devraient être traitées dans le système d'information sur le personnel de l'armée. Enfin, une base légale devrait être créée pour que le numéro AVS puisse être utilisé dans le casier judiciaire informatisé de l'Office fédéral de la justice en vue d'une plus grande efficacité dans l'identification des militaires.

Mercenaires – il a mis sous toit la loi qui interdit aux entreprises privées sises en Suisse d'offrir des services de mercenaires à l'étranger. Cette législation instaure par ailleurs une obligation de déclarer les activités de sécurité hors des frontières.

Protection des enfants contre l'exploitation et les abus sexuels – Après le Conseil des Etats, le Conseil national a adopté sans opposition une modification du code pénal afin de mettre en œuvre la Convention du Conseil de l'Europe sur la protection des enfants contre l'exploitation et les abus sexuels. Suite à l'adoption de ce texte en vote final vendredi 27 septembre, avoir recours aux services de prostitués de 16 ou 17 ans sera désormais punissable.

Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants. Initiative populaire – Le parlement a finalement décidé de recommander au peuple le rejet de l'initiative populaire «Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants». Un résultat qui suit la décision du Conseil national de suivre l'avis de la

Chambre haute par la voix prépondérante de la présidente alors que le résultat était à 88 contre 88 et 14 abstentions. Le Conseil des Etats a quant à lui définitivement enterré l'idée d'un contre-projet. Une modification du Code pénal, du Code pénal militaire et du Droit pénal des mineurs est encore en cours au parlement afin de proposer une alternative crédible et plus adaptée face à la pédocriminalité.

7.11. Geschäfte des Nationalrats

Veto gegen Atommüll-Endlager – Im Gegensatz zum Ständerat hat sich der Nationalrat dafür ausgesprochen, dass Standortkantone oder -regionen ein Veto gegen Atommüll-Endlager einlegen können sollen. Er hat einer Standesinitiative des Kantons Nidwalden mit 111 zu 68 Stimmen zugestimmt. Der Nidwaldner Wellenberg ist einer von sechs möglichen Standorten für ein geologisches Tiefenlager. Die FDP hat sich gegen diese Kantonsinitiative ausgesprochen. Bei einer Umsetzung der Forderungen würde der am besten geeignete Standort verhindert werden können. Die laufenden Bemühungen für die Festlegung eines Standortes für ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle würden obsolet. Die Gegenseite verwies dagegen auf mehrere Volksabstimmungen, in denen sich die Nidwaldner Bevölkerung gegen ein Tiefenlager ausgesprochen habe. Die Vorlage geht nun zurück in den Ständerat. Sagt dieser ein zweites Mal Nein, ist die Standesinitiative erledigt. Bei einem Ja könnte eine Vorlage ausgearbeitet werden.

Bildungsprogramme der EU - Der Beteiligung der Schweiz an den Bildungs-Austauschprogrammen der EU steht von Schweizer Seite nichts mehr im Wege. Mit 146 zu 40 Stimmen bei zwei Enthaltungen nahm der Nationalrat die Vorlage "Erasmus für alle" an und hiess den erforderlichen Kredit von 305,5 Millionen Franken gut. Der Ständerat hatte bereits im vergangenen Sommer zugestimmt. Die Vorlage vereinigt alle bisherigen Programme für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport. Eine nahtlose Weiterbeteiligung an der künftigen Programmgeneration „Erasmus für alle“ 2014–2020 ist sinnvoll. Die internationale Mobilität für Studierende, Schülerinnen und Schüler sowie die Mobilität des Lehrpersonals fördert die fachlichen Kompetenzen der Schweizer Arbeitskräfte. Auch trägt die Zusammenarbeit zwischen Bildungsinstitutionen der Schweiz und der EU zum Erfahrungsaustausch in der Lehre, der Steigerung der Qualität der Ausbildungsgänge sowie der verbesserten Vergleichbarkeit der Abschlüsse bei, was wiederum der Schweiz und dem hohen Ausbildungsniveau ihrer Arbeitskräfte zu Gute kommt.

Sportförderung - Der Bund soll Sportanlässe sowie den Breiten- und Spitzensport stärker fördern. Er hiess mit 169 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen eine Motion gut, die einige Projekte aus der gescheiterten Olympia-Kandidatur retten will. Dafür soll auch Geld fließen. Sportminister Ueli Maurer zeigte sich zwar mit der Stossrichtung einverstanden, lehnte die Motion aber dennoch ab, weil er zuerst die Meinung der Kantone einholen will. Im Wissen um deren Meinung werde der Bundesrat im kommenden Jahr ein Leistungssportkonzept verabschieden, sagte er.

Alkoholgesetz - Die FDP begrüsst, dass der Nationalrat die Beschränkungen beim Alkoholverkauf abgelehnt hat. Ein Verkaufsverbot zwischen 22 und 6 Uhr, Mindestpreise für alkoholische Getränke oder ein Verbot von Happy Hour mit Spirituosen sind in Bezug auf den Jugendschutz weder zielführend noch verhältnismässig. Jetzt geht das Geschäft zur Differenzenbereinigung zurück an den Ständerat.

Organspende - Der Nationalrat will die automatische Organspende einführen. Er hofft, mit der so genannten Widerspruchslösung die Spenderquote erhöhen zu können. Demnach soll sich jeder Bürger mit der Frage befassen müssen, ob er sich als potenzieller Organspender zur Verfügung stellen möchte. Äussert sich eine Person nicht, soll von einer Zustimmung ausgegangen werden. Motionär Laurent Favre (FDP/NE) verwies auf die positiven Erfahrungen in anderen europäischen Ländern, welche die Widerspruchslösung kennen. Von den zehn Ländern mit den höchsten Spenderquoten seien neun nach dem Widerspruchmodell organisiert. Der Bundesrat setzt auf einen Aktionsplan. Ausserdem machte er ethische Bedenken geltend. Heute dürfen Organe in der Schweiz nach dem Tod nur dann entnommen werden, wenn die betroffene Person zu Lebzeiten zugestimmt hat oder wenn es die Angehörigen erlauben. Nun befasst sich der Ständerat mit dem Geschäft.

Dritte Säule - Der Nationalrat erneuert seine Forderung, auch Nichterwerbstätigen den Zugang zur Säule 3a zu öffnen. Er nahm mit 118 zu 59 Stimmen bei 10 Enthaltungen eine Motion von Christa Markwalder (FDP/BE) an. Vor allem für Frauen könnte diese Möglichkeit zur Altersvorsorge interessant sein. Bereits in den 1990-er Jahren wurde die Forderung im Parlament laut; war aber trotz angenommener Vorstösse nie umgesetzt worden. Der Bundesrat lehnte den Vorstoss ab. Er verwies auf die schwierige Umsetzung, grundsätzliche Bedenken - die Berufliche Vorsorge sei für Berufstätige gedacht - sowie Steuerausfälle von 40 bis 80 Millionen Franken pro Jahr. Als nächstes entscheidet der Ständerat.

Programme d'armement 2013 – Le Conseil national a dit oui à un financement de 740 millions de francs pour l'armement. La gauche a essayé en vain de biffer les 209 millions destinés à l'infrastructure de télécommunication. Le projet «réseau d'engagement Défense», dont deux autres étapes sont prévues dans de prochains programmes, vise à connecter tous les systèmes importants dans une infrastructure de télécommunications uniforme. Il vise à garantir la sécurité informatique de la Confédération et la protection contre les pirates. Avec le nouveau système, qui sera acquis entre 2014 et 2020, il sera aussi possible d'augmenter le débit de données et de réduire la dépendance par rapport aux exploitants civils. Le réseau sera en priorité réalisé à partir d'infrastructures militaires existantes et à titre secondaire via celles d'opérateurs civils comme Swisscom.

Anciens conseillers fédéraux. Pas de pantouflage avant un certain délai – Une alliance contre nature de la gauche et de l'UDC s'est formée afin de restreindre les mandats des conseillers fédéraux ayant démissionné de l'exécutif. Cette décision a été prise alors même que le Conseil fédéral a adopté une charte de bonne conduite entre temps. Le texte demande que durant deux ans, un ex-ministre ne travaille pas pour une entreprise dont les activités ont un rapport direct avec le dernier département qu'il occupait. Le National a en revanche refusé d'imposer des règles similaires aux hauts-fonctionnaires.

7.12. Geschäfte des Ständerats

Budget militaire - par 26 voix contre 16, il a adopté une motion exigeant un budget militaire de cinq milliards de francs comme l'a demandé le Parlement. Le Conseil fédéral gouvernement s'est écarté de ce mandat et ne prévoit que 4,7 milliards dès 2015. Seule concession faite par les sénateurs, le plafond de dépenses à 5 milliards ne devrait valoir que dès 2016.

Armement - L'industrie de l'armement devrait pouvoir exporter plus facilement à l'étranger. Au grand dam de la gauche et des Verts/libéraux, le Conseil des Etats a décidé jeudi de se porter à son secours par 26 voix contre 14 en adoptant une motion de sa commission pour assouplir l'ordonnance sur le matériel de guerre. Les restrictions à l'exportation du matériel de guerre entraînent une baisse des contrats de l'industrie d'armement, ce qui implique des conséquences négatives pour la Suisse : licenciements ou perte de savoir-faire. L'industrie d'exportation suisse ne doit pas être désavantagée par rapport à la concurrence européenne (Suède, Autriche, France, Italie) comme c'est le cas aujourd'hui.

KAP - Le PLR. Les Libéraux-Radicaux saluent la perspicacité du Conseil des Etats qui a adopté aujourd'hui à l'unanimité le projet de consolidation et de réexamen des tâches 2014 (CRT 2014). Le CRT est un instrument central qui, couplé au frein à l'endettement, doit permettre d'assurer la stabilité financière de la Suisse. Le PLR souhaite que cette importante décision du Conseil des Etats influence la chambre du peuple dans la bonne direction et notamment l'UDC qui pour l'instant joue un jeu dangereux avec le PS.

Mindestlohninitiative - Der Ständerat empfiehlt die Mindestlohn-Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung, und dies mit 31 zu 13 Stimmen. Die Initiative verlangt einerseits, dass Bund und Kantone die Löhne in der Schweiz schützen, indem sie die Festlegung von Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen fördern. Andererseits soll der Bund einen nationalen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde festlegen. Die FDP begrüsst diesen Entscheid. Die Initiative für einen Mindestlohn schadet unserer Wirtschaft, unseren Unternehmen und ist ein direkter Angriff auf die verletzlichsten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Ständerat nahm aber eine Motion an, die den Bundesrat beauftragt, bei den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit Vollzugsdefizite aufzuzeigen und anzugehen. Die Verfahren für Gesamtarbeitsverträge und Normalarbeitsverträge sollen beschleunigt werden. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.

Mehrwertsteuerreform - Das Projekt einer grossen Mehrwertsteuerreform wurde in dieser Session endgültig beerdigt. Während FDP-Bundesrat Merz 2008 mit einem Einheitssatzmodell dem Parlament ein ehrgeiziges und sinnvolles Reformprojekt präsentierte, ging es in dieser Session nur noch um einen Wechsel zu einem unsinnigen Zweisatzmodell unter Beibehaltung der meisten Ausnahmen, was weder den administrativen Aufwand vermindert noch eine Vereinfachung gebracht hätte. Die FDP ist froh, dass diese kuriose Zusatzvariante endgültig vom Tisch ist. Es ist aber sehr zu bedauern, dass die Chance für eine echte Vereinfachung der Mehrwertsteuer mit einem Einheitssatz vertan wurde. Die FDP wird nicht aufgeben und sich auch in Zukunft für dieses Modell einsetzen.

Stilllegungs- und Entsorgungsfonds für Kernkraftwerke – Der Ständerat will die Betreiber von Atomkraftwerken in den nächsten Jahren nicht zusätzlich belasten. Er hat es abgelehnt, dass sie die für die

Stilllegung und Entsorgung nötigen Mittel schon nach 40 statt 50 Betriebsjahren eingezahlt haben müssen. Im Nationalrat hatte sich noch eine Mehrheit für eine schnellere Einzahlung ausgesprochen. Der Ständerat kam den Kraftwerksbetreibern mit einem weiteren Entscheid entgegen. Er stimmte einer Motion aus dem Nationalrat oppositionslos zu, die den Betreibern eine grössere Flexibilität für die Einzahlungen in den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds einräumen will. Wird ein AKW endgültig vom Netz genommen, bevor es 50 Betriebsjahre auf dem Buckel hat, soll der Betreiber die verbleibenden Einzahlungen in den Fonds gestaffelt tätigen können. Diese Entscheide entsprechen auch der Haltung der Mehrheit der FDP-Fraktion. Die Umsetzung der Forderungen der Motion käme einer Regeländerung während dem Laufenden Prozess gleich.

Vier-Meter-Korridor auf der Gotthard-Achse – Der Ständerat hat 990 Millionen Franken für den Bau und die Finanzierung eines Vier-Meter-Korridors auf der Gotthard-Achse freigegeben. Er will für das Bahn-Grossprojekt aber kein Geld aus der Strassenkasse nehmen, wie dies die vorberatende Kommission vorgeschlagen hatte. Gegen eine Querfinanzierung wehrten sich insbesondere auch die Vertreter der FDP. In der Transportbranche werden immer häufiger Sattelaufleger mit einer Eckhöhe von vier Metern eingesetzt. Um das Verlagerungsziel zu erreichen, ist der Bau eines entsprechenden Korridors deshalb unerlässlich. Der Ständerat erhöhte den Kredit im Vergleich zum Vorschlag des Bundesrats um 50 Millionen Franken auf 990 Millionen Franken. Mit dem zusätzlichen Geld sollen Ausbauten auf der italienischen Seite der Lötschberg-Simplon-Achse finanziert werden. Die FDP hat sich bereits in der Vernehmlassung grundsätzlich für die Erstellung eines 4-Meter-Korridors ausgesprochen mit den nun auch im Rat geäusserten Vorbehalten.

Vermietung von Zweitwohnungen – Der Staat soll sich nicht einmischen, wenn es um die Vermietung von Zweitwohnungen geht. Der Ständerat hat eine Motion aus dem Nationalrat mit 22 zu 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Diese hätte den Bundesrat beauftragt, Vorschläge zur besseren Auslastung von Zweitwohnungen zu machen. Bundesrätin Doris Leuthard sagte allerdings, der Bundesrat werde im Rahmen der Gesetzgebung zur Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative ohnehin Vorschläge vorlegen. Die Befürworter gaben zu bedenken, viele Zweitwohnungen würden nur während acht Wochen im Jahr genutzt. Die Motion entspringt einer parlamentarischen Initiative von FDP-Nationalrat Hugues Hiltbold.

Krankenkassen-Prämien-Ausgleich - Der Ständerat hat sich als Erstrat mit der Frage befasst, wie die in einigen Kantonen in den Jahren 1996 bis 2011 zu viel oder zu wenig bezahlten Krankenkassenprämien der obligatorischen Krankenversicherung zu rund der Hälfte ausgeglichen werden können. Ohne Gegenstimme hiess der Ständerat der von seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-S) ausgearbeitete Kompromiss gut. Die Versicherten sollen demnach zusätzlich zu den zu bezahlenden Prämien einen Zuschlag oder Abschlag bezahlen respektive erhalten – je nachdem ob der Kanton in den letzten Jahren zu tiefe oder zu hohe Prämien erhoben hat. Für den Ausgleich sollen 800 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Die Kosten sollen zu je einem Drittel durch den Bund (mit einem Pauschalbetrag), durch die Versicherten in den begünstigten Kantonen (diese müssen bis zu drei Jahre auf die 50-fränkige Vergütung aus der CO₂-Abgabe verzichten) und durch die Versicherer getragen werden. Für die Zukunft sieht das geplante Krankenversicherungsaufsichtsgesetz (KVAG) einen Mechanismus vor, mit dem künftig Prämien, die höher oder tiefer als die Kosten im jeweiligen Kanton lagen, ausgeglichen werden. Der Prämienausgleich soll gemäss Ständerat erst in Kraft treten, wenn das Parlament das KVAG verabschiedet hat.

Gentechnik - Wie es nach Ablauf des Gentech-Moratoriums weitergehen soll, ist offen. Umweltministerin Doris Leuthard sagte am Donnerstag im Ständerat, der Bundesrat werde bis 2017 einen Vorschlag vorlegen. In welche Richtung dieser gehe, sei jedoch derzeit unklar. Die Regelung, die dem Bundesrat vorschwebte, war in der Vernehmlassung durchgefallen. Der Ständerat befasste sich mit dem Thema, weil er eine Motion für die Verlängerung des Gentech-Moratoriums abschreiben musste. Der Vorstoss hatte sich erübrigt, die Verlängerung des Moratoriums bis Ende 2017 wurde in der Zwischenzeit im Rahmen der Agrarpolitik beschlossen.

7.13. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Ip. Zukunftstaugliches Fernmeldegesetz - für eine übergreifende Cyberraum-Strategie

Der Bundesrat überprüft während dieser Legislatur das heutige Fernmeldegesetz (FMG). In diesem Zusammenhang wird er ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt der Bundesrat das Potential der Bereiche mobiles Internet, Automatisierung von Wissen, Internet der Dinge (Machine-to-machine) und Cloud und Robotics für die Schweiz als Land ohne natürliche Ressourcen ein?
2. Hat der Bund im Rahmen der künftigen FMG-Revision eine Strategie, wie er die Informations- und Kommunikations-Wachstumsfelder mit dem grössten wirtschaftlichen Potenzial unterstützen will?
3. Welchen Zeithorizont setzt sich der Bundesrat zur Erarbeitung und Durchführung einer solchen Strategie?

Po. Marktverzerrung durch ungleiche Unterstützung für verschiedene erneuerbare Energien

Heute werden die verschiedenen Produktionsarten für Energie aus erneuerbaren Quellen (z. B. Wasserkraft, Biomasse, Geothermie, Wind, Photovoltaik) ungleich und nicht nach Energieeffizienzkriterien gefördert. Vor diesem Hintergrund wird der Bundesrat gebeten darüber Bericht zu erstatten, wie die einzelnen erneuerbaren Energien im Vergleich subventioniert werden und welche Massnahmen er zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Verhinderung von marktverzerrenden Auswirkungen ergreift.

Ip. Ruiniert die USTR II die AHV?

Ein Vertreter der Ausgleichskassen behauptet, dass die USTR II die AHV schädige, weil immer mehr Dividenden ausgeschüttet würden statt Löhne. Die AHV hätte deswegen in den letzten drei Jahren hunderte Millionen Franken verloren. Dies sei auch daran ersichtlich, als die Zahl der Gründungen von Kapitalgesellschaften insbesondere unter Freiberuflern (Anwälte, Ärzte etc.) gestiegen sei. Davon will allerdings das BSV als Aufsichtsbehörde über die Ausgleichskassen nichts wissen und verweist auf die damaligen Ausführungen des Bundesrates zur USTR II. Die FDP will, dass endlich das Märchen der Schädigung der AHV durch die USTR II ausgeräumt wird und stellt die relevanten Fragen und verlangt Zahlen, damit soll ein für alle Mal Klarheit herrschen.

Ip. Aufnahme von Schutzbedürftigen aus Syrien?

Le Conseil fédéral a décidé d'accueillir un contingent de 500 réfugiés syriens et les a admis dans un programme spécifique. Le DFJP a en parallèle facilité l'octroi des visas pour les membres des familles des ressortissants Syriens.

Suite à ces nouvelles dispositions, le Conseil fédéral est prié de répondre à 8 questions critiques concernant le régime d'accueil de ces réfugiés, le programme qui leur est proposé, les conséquences sur la migration par le regroupement familial et le renvoi si la situation de crise prend fin.

Ip. Personenfreizügigkeit. Leere Versprechungen oder tatsächliche Massnahmen im Bereich der Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen?

Dans le cadre de sa conférence de presse sur l'activation de la clause d'urgence, la conseillère fédérale Sommaruga a annoncé dans la presse une série de mesures concernant l'octroi des permis de séjour et des permis d'établissement aux ressortissants européens.

Cette interpellation du groupe demande au Conseil fédéral : si les mesures annoncées ont été effectivement édictées ou s'il ne s'agissait que d'un effet d'annonce, si d'autres mesures suivront et si les exigences que le PLR réclame seront enfin mise en œuvre.

Po. Asyl. Statistiken zur Härtefallbewilligung

Les requérants d'asile qui ne peuvent pas être renvoyés dans leur pays d'origine restent en Suisse en tant que cas de rigueur. Différents motifs peuvent être invoqués. Les statistiques disponibles concernant les différentes admissions en tant que cas de rigueur sont insuffisamment précises et ne permettent pas de rendre compte de la situation de manière claire.

Il est demandé au Conseil fédéral de produire un rapport sur les statistiques concernant les cas de rigueur admis en Suisse et leurs différents motifs.

Po. Klares Verhältnis zwischen Völkerrecht und Landesrecht

La problématique des relations entre le droit international et le droit interne est importante pour le PLR, qui a adopté un papier de position et déposé deux interventions parlementaires au nom du groupe. Ce thème est important car il concerne aussi bien l'impact des normes internationales sur le droit suisse que le droit d'initiative.

Face à cette problématique, le PLR a demandé au Conseil fédéral de produire un rapport qui devra répondre à deux questions.

- 1) S'il juge pertinent que les accords internationaux qui ont un caractère constitutionnels soient également soumis au référendum obligatoire.
- 2) S'il est pertinent d'ordonner le droit international vis-à-vis du droit interne afin d'établir une hiérarchie claire : niveau constitutionnel (référendum obligatoire) ; niveau législatif (référendum facultatif) ; autres normes fédérales et internationales non soumises au référendum ; et droit cantonal.

Ip. Focalisation de la Cour européenne des droits de l'homme sur ses tâches principales

La problématique des relations entre le droit international et le droit interne est importante pour le PLR, qui a adopté un papier de position et déposé deux interventions parlementaires au nom du groupe. La Cour européenne des droits de l'homme (CEDH) interprète la Convention européenne des droits de l'homme de manière dynamique. Cela a amené cette cour à prononcer de plus en plus de jugements hors de ses tâches centrales initiales (par exemple la législation sur le suicide assisté).

A travers cette intervention du groupe, il est demandé au Conseil fédéral :

- a) S'il partage l'avis de continuer la réforme de la CEDH et la suite à donner à la Déclaration d'Interlaken.
- b) S'il partage l'avis que la réforme de la CEDH limite les compétences de cette cour à ses tâches originales.
- c) Les moyens que le Conseil fédéral entend mettre en œuvre dans ce but.

7.14. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu 13 Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die dreiwöchige Herbstsession abgeschlossen.

Das Parlament verabschiedet 12 von 13 Vorlagen

- › mit 161:10 Stimmen bei 23 Enthaltungen (Nationalrat) und 42:0 Stimmen (Ständerat) die Neuregelung der steuerlichen Behandlung von Aus- und Weiterbildungskosten, mit der künftig sowohl für Aus- wie auch für Weiterbildungskurse Kosten von bis zu 12'000 Franken steuerlich abgezogen werden können.
- › mit 195:0 Stimmen und 38:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen die Ablehnung der Volksinitiative "Ja zur Hausarztmedizin". Die Räte schlagen in einem direkten Gegenentwurf vor, in der Verfassung zu verankern, dass die Hausarztmedizin ein "wesentlicher Bestandteil der Grundversorgung" sein soll. Die Initiative möchte noch etwas weiter gehen.
- › mit 99:92 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 23:15 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Genehmigung und Umsetzung der Aarhus-Konvention, die den Zugang zu Umweltinformationen und die Beteiligung an Bewilligungsverfahren regelt.
- › mit 155:33 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 37:5 Stimmen die Ablehnung der Volksinitiative "Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache", welche die Kosten für Abtreibungen aus der obligatorischen Krankenversicherung streichen will.

- › mit 192:0 Stimmen bei einer Enthaltung und 42:0 Stimmen die Genehmigung und Umsetzung des Lanzarote-Abkommens, das Sex mit minderjährigen Prostituierten verbietet.
- › mit 119:71 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 25:17 Stimmen die Beschaffung des Kampffjets Gripen inklusive dessen Finanzierung für 3,126 Milliarden Franken über einen Fonds.
- › mit 188:0 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 42:0 Stimmen eine Änderung des Eisenbahngesetzes, die faktisch ein Verbot lärmiger Güterwagen bis 2020 bringt.
- › mit 140:54 Stimmen bei einer Enthaltung und 37:5 Stimmen die Ablehnung der SVP-Volksinitiative "Gegen Masseneinwanderung", die eine Wiedereinführung von Kontingenten für die Zuwanderung verlangt sowie die Neuverhandlung der Personenfreizügigkeit mit der EU.
- › mit 194:0 Stimmen bei einer Enthaltung und 40:2 Stimmen ein neues Bundesgesetz über im Ausland erbrachte private Sicherheitsdienstleistungen, das Söldnerfirmen in der Schweiz verbietet und gewisse Leistungen von Sicherheitsfirmen einer Meldepflicht unterstellt.
- › mit 153:40 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 42:0 Stimmen eine Änderung des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes, dank der der Bund ausdrücklich Unternehmen bei der Teilnahme an EU-Forschungsprogrammen finanziell unterstützen kann. Dies geschieht bereits heute.
- › mit 195:0 Stimmen und 42:0 Stimmen eine Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes, die schärfere Kontrollen einführt und damit den Missbrauch von EO-Leistungen durch Kantone und Gemeinden verhindern soll.
- › die Umsetzung des US-Gesetzes FATCA, das Schweizer Finanzinstitute zum praktisch automatischen Informationsaustausch mit den Steuerbehörden der USA verpflichtet. Mit 114:55 Stimmen bei 26 Enthaltungen und 34:4 Stimmen bei 4 Enthaltungen wurde das Umsetzungsgesetz beschlossen sowie mit 114:54 Stimmen bei 24 Enthaltungen und 36:3 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Genehmigung des FATCA-Abkommens mit den USA.
- › Bereits am Donnerstag vor einer Woche haben die Räte den direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative "Ja zur Hausarztmedizin" mit 140:49 Stimmen und 43:0 Stimmen angenommen.

Als einzige Vorlage gescheitert ist der Beschluss zur Ablehnung der Volksinitiative "Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen". Der Nationalrat lehnte ihn mit 97 zu 91 Stimmen bei 7 Enthaltungen ab. Der Ständerat bestätigte ihn mit 23 zu 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Die Initiativen und der direkte Gegenentwurf kommen direkt zur Abstimmung. Die übrigen Beschlüsse unterstehen dem fakultativen Referendum.

8. Wintersession 2013 – Session d'hiver 2013 (25. November bis 13. Dezember 2013)

Die FDP-Liberale Fraktion freute sich in der Wintersession 2013 ganz besonders über die glanzvolle Wahl unseres Aussenministers Didier Burkhalter zum Bundespräsidenten für das Jahr 2014. Der 53-jährige Neuenburger FDP-Bundesrat erhielt 183 von 202 gültigen Stimmen und erzielte damit das drittbeste Resultat der letzten zehn Jahre. Gewechselt haben auch die Präsidien beider Räte. Der Luzerner CVP-Politiker Ruedi Lustenberger leitet für die nächsten zwölf Monate die Sitzungen des Nationalrats, im Ständerat sitzt der Schaffhauser SVP-Politiker Hannes Germann für ein Jahr auf dem Präsidentenstuhl. FDP-Nationalrätin Christa Markwalder wurde zur 2. Vizepräsidentin des Nationalrates gewählt. Sie wird damit voraussichtlich die grosse Kammer im Jahr 2016 präsidieren. Die FDP-Ständeräte Raphael Comte und Karin Keller-Sutter wurden zum 2. Vizepräsidenten bzw. zur Ersatzstimmzählerin des Ständerates gewählt. Raphael Comte wird damit voraussichtlich die kleine Kammer ebenfalls im Jahr 2016 präsidieren.

Nicht nur personell, auch thematisch zieht die FDP-Liberale Fraktion eine positive Bilanz der Wintersession. Beim Budget hat das Parlament Kürzungen von 150 Millionen beim Sach- und Betriebsaufwand des Bundes beschlossen und damit ein klares Zeichen für eine vernünftige Finanzpolitik gesetzt. Der Nationalrat hat nach epischer Debatte als Zweitrat die schädliche Mindestlohn-Initiative deutlich zur Ablehnung empfohlen. Zudem hat die grosse Kammer dem Freihandelsabkommen mit China zugestimmt. Dies eröffnet unseren Unternehmen wichtige Marktchancen. Schliesslich wurde dem einseitigen Doppelbesteuerungsabkommen mit Frankreich in Erbschaftssachen eine klare Absage erteilt. Der Ständerat hat im Sinne der FDP-Fraktion die Einheitskasse abgelehnt und dafür dem Entwurf zur Verfeinerung des Risikoausgleichs zugestimmt.

8.1. Budget 2014

Le budget 2014 de la Confédération est sous toit. Il présente un excédent de recettes de 121 mio CHF. Le National a finalement réussi jeudi à imposer une coupe de 150 mio CHF dans l'administration, contre la volonté du Conseil fédéral et de la Chambre des cantons.

En rejetant d'extrême justesse - par 95 voix contre 93 et 3 abstentions - la proposition de la commission de conciliation, le National a obtenu que la version la plus avantageuse du budget passe la rampe. L'augmentation de 8 mio CHF, à 78 mio, du soutien à l'exportation de produits agricoles transformés ("loi chocolatière") pour compenser partiellement la cherté des matières premières helvétiques passe à la trappe.

Le budget adopté par le Parlement présente des recettes de 66,245 mrd CHF, en hausse de 2,7%, et des dépenses de 66,124 mrd CHF, en hausse de 1,9%. En début de matinée, le Conseil des Etats avait nettement approuvé - par 41 voix contre 1 - la proposition de la conférence de conciliation, qui se soldait par un déficit de 37 mio, mais il a été court-circuité par le refus du National.

Les 150 mio CHF d'économies linéaires, qui auront divisé les Chambres jusqu'au bout, concernent les charges de biens, services et d'exploitation. Ils représentent environ 3,4% sur un total de 4,5 mrd CHF.

Le personnel préservé

Dans un premier temps, le National avait de surcroît décidé, sur proposition de l'UDC, de couper 50 mio CHF dans les charges du personnel, soit un peu moins de 1% sur un total de 5,4 milliards. Mais face à l'opposition déterminée du Conseil des Etats, la Chambre du peuple a finalement renoncé à cette mesure.

Une partie du camp bourgeois justifiait ces 200 mio d'économies par les perspectives sombres qui menacent les finances fédérales ces prochaines années et par une hausse excessive des dépenses. La gauche, soutenue notamment par le PDC et la ministre des finances Eveline Widmer-Schlumpf, a au contraire dénoncé la brutalité de ces coupes linéaires jugées inutiles et irréfléchies.

De nombreuses propositions d'économies ou de hausse de certains crédits ont été rejetées au cours des débats. Le National a ainsi refusé plusieurs demandes de la gauche de tailler dans les crédits de l'armée.

Le camp rose-vert voulait notamment renoncer aux moyens prévus pour le Gripen, en attendant le verdict du peuple, qui se prononcera probablement en 2014 sur l'acquisition du nouvel avion de combat.

Le PS et les Verts proposaient de biffer les 342 mio CHF destinés à alimenter le fonds d'acquisition, et les 245 mio CHF prévus pour louer 11 avions avant la livraison des premiers appareils. Ils ont également exigé de réduire le plafond du budget de l'armée à 4,1 mrd CHF, au lieu des 5 mrd CHF fixés.

Mais la majorité bourgeoise a contre-attaqué par un tir nourri contre ces "économies drastiques" et a nettement rejeté les revendications de la gauche. Seuls les votes sur le Gripen ont été un peu plus serrés, les Vert'libéraux apportant leur soutien au PS et aux Verts.

Aide au développement maintenue

Le National a aussi clairement refusé des propositions de l'UDC de réduire de quelque 40 mio CHF les montants consacrés à l'aide au développement.

En matière de personnel, le PS a demandé sans succès près de 10 mio CHF supplémentaires pour étoffer les effectifs des gardes-frontière (40 postes) et ceux de l'Administration fédérale des contributions (20 postes), afin de mieux contrôler les entreprises sur le plan fiscal.

La Chambre du peuple a en outre refusé de tailler 10 mio CHF dans les mesures d'encouragement aux logements d'utilité publique, comme le proposait l'UDC. Celle-ci a aussi échoué à ramener de 85,2 à 40 mio CHF le crédit pour le programme FISCAL-IT censé renouveler l'environnement informatique de l'Administration fédérale des contributions, après la débâcle du projet Insieme.

La proposition du Conseil fédéral de faire passer de 1,8 à 3 mio CHF l'enveloppe consacrée la recherche dans le domaine des médias a passé à la trappe. Les sénateurs se sont finalement ralliés au National, qui ne voulait pas de cette hausse.

Parallèlement aux discussions sur le budget, le Parlement s'est penché sur le programme d'économies proposé par le Conseil fédéral. Alors que le Conseil des Etats tenait à ce programme, qui prévoyait d'imposer aux départements fédéraux des réductions de plus de 700 mio CHF par an entre 2014 et 2016, le Conseil national l'a renvoyé au gouvernement.

8.2. Einheitskassen-Initiative

Der **Ständerat lehnt die Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“** als Erstrat mit 28 zu 13 Stimmen bei drei Enthaltungen **ab**. Er stellt sich somit hinter den Antrag des Bundesrats. Die Initiative will eine öffentliche Einheitskasse des Bundes einrichten. Die Einheitskasse soll die heute tätigen 61 Krankenkassen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung ersetzen.

Die FDP hat sich seit Langem gegen die Einheitskasse ausgesprochen. Sie ist ein untaugliches Mittel, um die Kostensteigerung im Gesundheitswesen einzudämmen. Die Einheitskasse ist sowohl aus ordnungspolitischer als auch aus ökonomischer Sicht eine schlechte Idee. **Erstens schafft die Einheitskasseninitiative ein Monopol, das den Ideenwettbewerb verhindert und dadurch die Innovation bremst.** Der Leistungswettbewerb unter den Krankenversicherern, zum Beispiel durch die Schaffung neuer, innovativer Versicherungsmodelle, wird abgeschafft. Mit einer **Einheitskasse** würden die **Patienten ausserdem ihre Wahlfreiheit verlieren**, jedermann wäre der einzigen Kasse ausgeliefert.

Zweitens spart eine Einheitskasse keine Kosten, sondern ist im Gegenteil ein teures Experiment. Das viel beschworene Sparpotenzial aufgrund von Skalenerträgen und wegfallenden Werbekosten erweist sich, wenn überhaupt, als nur sehr klein. Investitionen in die bereits bestehenden Strukturen gingen verloren und der Übergang zu einem System mit Einheitskasse wäre mit hohen einmaligen Kosten verbunden. **Drittens ist die vorgesehene Einheitsversicherung nicht mit der SUVA vergleichbar.** Die SUVA ist kein echter Monopolist, sondern muss sich mit privaten Anbietern messen. Ebenfalls sind die gesetzlichen Grundlagen und die Art der Kundenbetreuung nicht vergleichbar.

Schliesslich trägt das zuverlässige Gesundheitssystem wesentlich zur hohen Lebensqualität in der Schweiz bei. Dass die Kosten im Gesundheitswesen in den letzten Jahren nicht gesunken sind, hat zahlreiche Gründe – steigende Ansprüche und die Überalterung der Gesellschaft gehören dazu. Diese Ent-

wicklungen den Krankenkassen anzulasten, greift viel zu kurz. Entsprechend wird die Rechnung mit der Einheitskasseninitiative nicht aufgehen.

8.3. Verfeinerung des Risikoausgleichs

Der Nationalrat hat sich mit einer Fraktionsinitiative der FDP befasst, welche die Verfeinerung des **Risikoausgleichs zwischen den Krankenversicherungen** will. Ziel der Verfeinerung des Risikoausgleichs ist es, die Jagd der Krankenkassen auf sogenannte „gute Risiken“, d.h. gesunde Personen, die tiefe Pflegekosten verursachen, weiter zu senken. Es ist daher richtig, dass die weitgehend unbestrittene Verfeinerung der Ausgleichsmechanismen zwischen den Kassen auf dem Weg einer Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) beraten wird. Die Überarbeitung des Risikoausgleichs ist ein wichtiger Bestandteil einer generellen Reform des KVG in Richtung besser regulierten Wettbewerbs. Die Versicherungen brauchen die richtigen Anreize, damit ein Leistungswettbewerb über qualitäts- und kostenmässig verschiedene Kassenmodelle entstehen kann.

Die **Verfeinerung des Risikoausgleichs** wird den **Leistungswettbewerb verbessern**, wenn er **morbiditätsorientiert gestaltet** ist und nicht zu einem grossen Kostenausgleich führt. Der Nationalrat beantragt, dass der Bundesrat die Ausführungsbestimmungen erlässt und die Bemühung zur Kosteneinsparung berücksichtigt. Damit der Risikoausgleich kein Kostenausgleich wird, müssen die Indikatoren einer Wirkungsanalyse unterzogen werden. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

8.4. Nationalrat weist das Krankenkassenaufsichtsgesetz zurück an den Bundesrat

Der **Nationalrat** will kein neues **Krankenversicherungs-Aufsichtsgesetz (KVAG)**. Er hat die Vorlage des Bundesrats **mit 98 zu 83 Stimmen bei 6 Enthaltungen an den Bundesrat zurückgewiesen**. Der Nationalrat stellt sich somit gegen den Ständerat, der das Gesetz in der Frühjahrssession gutgeheissen hat. Der Ständerat wird nun entscheiden müssen, ob er an der materiellen Beratung der Vorlage festhalten oder den Rückweisungsbeschluss des Nationalrats unterstützen will.

Ziel der bundesrätlichen Vorlage ist es, die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung auszubauen. Der Bundesrat beantragt strengere Regeln betreffend der finanziellen Sicherheit und der Unternehmensführung von Krankenkassen. Insbesondere soll das Bundesamt für Gesundheit in Zukunft zu hohe Prämien nachträglich korrigieren können. So soll verhindert werden, dass gewisse Krankensicherer überschüssige Reserven bilden und damit die Prämien von Versicherten in anderen Kantonen quersubventionieren können. Der Insolvenz-Fall von Krankenkassen wird ebenfalls geregelt. Schliesslich will der Bundesrat die Strafbestimmungen für die Krankenkassen verschärfen, für den Fall, dass sie die Regelungen nicht einhalten.

Die FDP hat die Rückweisung mitgetragen. Mit dem neuen KVAG würden die Krankenversicherer aus Sicht der Wirtschaft zu engmaschig reguliert. Im Sozialversicherungsbereich ist dies unnötig, da der Spielraum systembedingt bereits stark eingeschränkt ist. Auch die „Too-big-to-fail“-Problematik ist in der Grundversicherung nicht gegeben. Es ist sinnvoll, auf ein neues Gesetz zu verzichten und dafür das bestehende Krankenversicherungsgesetz (KVG) punktuell zu ändern, wie dies der Nationalrat vorschlägt. Die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung wäre somit auch ohne KVAG für die zukünftigen Herausforderungen gewappnet. Einige Schwächen des heutigen Wettbewerbs zwischen den Versicherern beruhen nicht auf einer ungenügenden Aufsicht, sondern auf falschen Rahmenbedingungen (z.B. unspezifischer Risikoausgleich). Das KVAG hat in dieser Form die Tendenz, die Krankenversicherer gleichzuschalten. Dies führt letztlich zur Aufhebung des Wettbewerbs bis hin zu einer Einheitskasse, was es unbedingt zu vermeiden gilt.

8.5. Lebensmittelgesetz

Bei der Revision des Lebensmittelgesetzes hat sich der Nationalrat gegen eine gesetzlich verankerte Werbebeschränkung ausgesprochen. Der Nationalrat lehnte somit einen Artikel ab, den er im Frühling 2013 selbst eingefügt hatte. Der Ständerat hatte sich bereits in der ersten Beratungsrunde dagegen ausgesprochen.

Weiterhin ungelöst bleibt die Frage, welche Angaben in welcher Form bei der Abgabe von Lebensmitteln gemacht werden müssen. Heute gilt eine grundsätzliche Deklarationspflicht für Produktionsland, Sachbe-

zeichnung und Zutaten. Die Herkunft eines Rohstoffs muss nur dann angegeben werden, wenn dieser über 50 Prozent des Lebensmittels ausmacht und eine Täuschung vorliegen könnte. Der Bundesrat möchte diese Regelung weiterführen. Unter dem Eindruck des Pferdefleischskandals hat der Nationalrat im Frühjahr 2013 die Deklarationspflichten erweitert und verschärft: Er schlug vor, dass bei sämtlichen Lebensmitteln zwingend neben dem Produktionsland zusätzlich die Herkunft aller Rohstoffe angegeben werden muss. Der Ständerat lehnte diese Verschärfung in der Herbstsession ab. Nun schlägt der Nationalrat einen Kompromiss vor: Hersteller von vorverpackten Lebensmitteln sollen künftig die Herkunft jedes Rohstoffs deklarieren müssen; der Bundesrat kann bei verarbeiteten Lebensmitteln aber Ausnahmen vorsehen.

Eine solche Verschärfung der Regelung wäre in der Praxis nur schwer und nur mit hoher Kostenfolge umsetzbar: Mit der je nach Saison, Lieferketten etc. wechselnden Rohstoffherkunft müssten beispielsweise die Verpackungen konstant geändert werden. Dem vielfach erwähnten Konsumentenschutz würde eine solche Regelung einen Bärendienst erweisen. Sie würde fast unüberwindbare technische Handelshemmnisse für ausländische Markenprodukte einführen. Die Hochpreisinsel Schweiz würde weiter zementiert statt abgebaut. Es wäre daher widersprüchlich, einen solchen Weg zu beschreiten und gleichzeitig die „hohen Schweizer Preise“ zu kritisieren.

8.6. Weiterbildungsgesetz

Der **Nationalrat** hat sich als Erstrat mit dem **Bundesgesetz über die Weiterbildung** auseinandergesetzt und die Vorlage mit 108 zu 57 Stimmen bei 15 Enthaltungen **angenommen**. Der Gesetzesentwurf setzt den Verfassungsauftrag von 2006 zur Weiterbildung um. Es werden Grundsätze zu Verantwortung, Qualität, Anrechnung von Bildungsleistungen an die formale Bildung, Verbesserung der Chancengleichheit sowie zum Wettbewerb festgelegt. Zudem regelt das Gesetz den Erwerb und Erhalt von Grundkompetenzen Erwachsener.

Der Nationalrat hat es abgelehnt, dem Staat mehr Eingriffsmöglichkeiten in den Weiterbildungsbereich zu geben. Der Weiterbildungsmarkt funktioniert und die FDP ist erfreut, dass sich der Nationalrat den Anträgen von NR Peter Schilliger gefolgt ist und ein schlankes Rahmengesetz verabschiedet hat. Richtigerweise hat er den Förderkreis nicht explizit auf Eltern und Jugendliche ausgeweitet. Zudem soll die **Weiterbildung** weiterhin primär **privat organisiert und durchgeführt** werden. Die Verantwortung für die Weiterbildung muss bei den Privatpersonen bleiben - durch das neue Gesetz darf es keine Verdrängung privater Anbieter geben. Der Bund soll nur dort eingreifen, wo der Markt nicht spielt bzw. wo Marktverzerrungen zu Missständen führen. Dieser Haltung ist der Nationalrat weitgehend gefolgt.

Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer haben Interesse daran, dass sich die Arbeitnehmenden weiterbilden. Somit ist insbesondere zu begrüßen, dass Arbeitgeber **nicht gesetzlich verpflichtet** werden sollen, die Weiterbildung von Mitarbeitenden zu unterstützen. Auch lehnte der Nationalrat die Forderung ab, die Arbeitgeber zur Finanzierung der Weiterbildungsurlaube ihrer Angestellten zu verpflichten. Schliesslich hatte auch der Vorschlag, Langzeitweiterbildungen durch einen Vorbezug der AHV-Rente zu finanzieren, keine Chance.

Nun kommt die Vorlage in den Ständerat. Erstmals wird auf die Problematik von Wettbewerbsverzerrungen im Bildungssektor eingegangen. Tatsächlich ist es heute so, dass staatlich finanzierte Hochschulen aufgrund von Quersubventionen wesentlich günstigere Weiterbildungsangebote lancieren können als private Institutionen, und diese somit verdrängen. Das neue Weiterbildungsgesetz geht nun explizit auf diese Marktverzerrungen ein. **Auch anerkennt die Wirtschaft, dass der Bund Personen unterstützen will, die minimale Grundkompetenzen nicht besitzen.**

8.7. Bau und Finanzierung eines 4-Meter-Korridors auf den Zulaufstrecken zur NEAT am Gotthard

Ständerat und Nationalrat haben 990 Millionen Franken für den Bau und die Finanzierung eines 4-Meter-Korridors auf den Zulaufstrecken zur NEAT gesprochen. Um auch Sattelaufleger mit einer Eckhöhe von 4 Metern auf der Bahn transportieren zu können, sind diverse Ausbauten auf der Gotthardstrecke in der Schweiz aber auch in Italien nötig. Vorgesehen waren dafür 940 Millionen Franken, wovon 230 Millionen Franken für die Finanzierung des Ausbaus der Streckenabschnitte in Italien vorgesehen sind. Gegen den Willen fast der gesamten FDP-Deputation profitiert neu auch die Lötschberg-Simplon-Achse vom Ausbau.

Der Nationalrat erhöhte den vom Bundesrat vorgeschlagenen Gesamtkredit um 50 Millionen Franken und folgte damit einem Vorschlag des Ständerates. Mit den zusätzlichen 50 Millionen Franken sollen Ausbauten auf der Lötschberg-Simplon-Achse in Italien finanziert werden. Der Schweizer Abschnitt dieser Achse ist bereits für genügend ausgebaut. Insgesamt fließen also 280 Millionen Franken an Italien.

Das Parlament nahm zudem gegen den Willen des Bundesrates die maximale Höhe und Breite von Lastwagen und Fahrzeugkombinationen ins Strassenverkehrsgesetz auf. Damit hat es ein weiteres Zeichen gegen Giga-Liner gesetzt. Das Geschäft passierte mit jeweils komfortablen Mehrheiten (Nationalrat mit 143:36 Stimmen bei 16 Enthaltungen, Ständerat mit 37:1 Stimmen bei 3 Enthaltungen) die Schlussabstimmungen.

8.8. Änderung des Kernenergiegesetzes: Vetorecht für Kantone bei der Standort-suche für ein Endlager von radioaktiven Abfällen

Mögliche Standortkantone für ein Atommüll-Endlager erhalten derzeit kein Vetorecht. Mit 23 zu 17 Stimmen bei einer Enthaltung hat der Ständerat zum zweiten Mal eine Standesinitiative des Kantons Nidwalden abgelehnt, welche ein solches Recht verlangt. Die Initiative ist damit erledigt. Die FDP hat sich klar gegen diese Kantonsinitiative ausgesprochen. Bei einer Umsetzung der Forderungen würde der am besten geeignete Standort verhindert werden können. Die laufenden Bemühungen für die Festlegung eines Standortes für ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle würden obsolet. Das mit dem Sachplanverfahren geologische Tiefenlager (SGT) geschaffene transparente und faire Verfahren, wo am Ende das Volk das letzte Wort hat (fakultatives Referendum), würde ausgehebelt. Ein Kantonsveto widerspräche dem wichtigsten – und auch unbestrittenen – Ziel, dass die Sicherheit für den Standort des Tiefenlagers oberste Priorität haben muss.

Hängig ist nun noch eine ähnliche Standesinitiative des Kantons Schaffhausen, welche die Zustimmung des Standortkantons zu einem Endlager für radioaktive Abfälle verlangt. Auch dieses Kantonsbegehren wurde vom Ständerat mit ebenfalls 23 zu 17 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die Standesinitiative Schaffhausen geht nun in den Nationalrat. Dieser hatte im Gegensatz zum Ständerat der nidwaldnerischen Initiative zugestimmt.

8.9. Volksinitiative: „Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!“

Zur Zufriedenheit der FDP-Fraktion wurde die oben genannte Volksinitiative im Nationalrat mit 94 zu 78 Stimmen bei 16 Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen. Die Volksinitiative „Schluss mit der MWST-Diskriminierung des Gastgewerbes!“ verlangt, dass gastgewerbliche Leistungen dem gleichen reduzierten Mehrwertsteuersatz unterstellt werden wie Nahrungsmitteln. Damit will Gastro-Suisse eine von ihnen empfundene Diskriminierung des Gastgewerbes gegenüber der Take-away-Branche beseitigen. Bereits in der Vernehmlassung gescheitert und dem Parlament zum Glück gar nicht mehr vorgelegt worden ist ein Gegenvorschlag, der als absurdes Abgrenzungskriterium für den zur Anwendung kommenden MWST-Satz die Temperatur der verkauften Speisen vorgesehen hätte. Die einzige sinnvolle Reform der MWST-Steuer ist der Einheitssatz. Heute hat man heute mit den drei Sätzen und zahlreichen Ausnahmen ein schlechtes System, weil bei den Abgabengrenzen immer irgendwelche gefühlten Ungerechtigkeiten entstehen werden. Mit einem Einheitssatz könnte für unsere Wirtschaft ein echter Wachstumsimpuls ausgelöst werden und die Unternehmer würden jährlich Bürokratiekosten im dreistelligen Millionenbereich einsparen. Leider scheiterte das bisherige Reformprojekt der FDP am Widerstand der anderen Parteien. Die FDP wird aber dafür sorgen, dass ihr Reformvorschlag zu einem geeigneten Zeitpunkt wieder auf die politische Agenda kommt.

8.10. Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants. Modification du CP, CPM et du DPMIn

Le 16 mai 2011, l'initiative de la Marche blanche «Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants» a abouti. Celle-ci demande que les personnes condamnées pour un crime contre l'intégrité sexuelle d'un enfant ou d'une personne dépendante soient interdites du droit d'exercer une activité professionnelle ou associative avec des enfants ou des personnes dépendantes.

Il apparaît que cette initiative pose un certain nombre de problèmes : sur le respect du principe de proportionnalité et sur le choix des peines à infliger (l'initiative se concentre exclusivement sur l'interdiction

d'activité). Face à ce sujet très émotionnel, le parlement a longtemps tergiversé sur la position à adopter : sur la recommandation de vote et sur un éventuel contre-projet direct ou indirect – avec finalement aucune recommandation ni contre-projet.

Lors de la session d'hivers 2013, les deux chambres ont adopté en vote final une révision du Code pénal, du Code pénal militaire et du Droit pénal des mineurs (CP, CPM et DPMIn) dans le but de prendre des mesures contre les pédocriminels. Une révision approuvée par 115 voix sans opposition mais 79 abstentions au Conseil national et par 39 voix sans opposition et 9 abstentions au Conseil des Etats.

Le groupe parlementaire libéral-radical a soutenu cette révision du CP, CPM et DPMIn plutôt que l'initiative de la Marche blanche. Cette révision est une alternative crédible à l'initiative populaire : elle permet de répondre aux attentes de la population en matière de protection des enfants et des personnes dépendantes tout en respectant les principes de l'Etat de droit. Les nouvelles mesures adoptées sont notamment : l'interdiction de profession ou d'activité associatives en relations avec des enfants et des personnes dépendantes, des mesures d'éloignement (interdiction de contact et interdiction géographique) et une inscription spéciale dans le casier judiciaire.

8.11. Révision totale de la Loi sur la nationalité

La Loi sur la nationalité doit être révisée totalement. Le but est d'harmoniser les procédures entre les différents cantons et de moderniser les critères d'obtention de la nationalité suisse, particulièrement vis-à-vis des critères d'intégration. Le Conseil national s'était penché sur cet objet en première lecture lors de la session de printemps 2013, puis le Conseil des Etats en septembre de la même année.

Le Conseil national avait pris des mesures rigoureuses, mais justes, lors de son traitement en mars. Cela concernait autant la durée d'établissement en Suisse que les critères d'intégration. Or, le Conseil aux Etats est revenu sur toutes ces mesures, vidant le projet de toutes les mesures nécessaires pour combler les attentes de la population.

Lors du traitement des divergences, la Commissions des institutions politiques a confirmé les positions du Conseil national de mars. La Chambre du peuple a réexaminé le projet le 26 novembre 2013. De nombreuses mesures demandées par le PLR et adoptées en mars ont été confirmées, notamment : une durée de séjour en Suisse de 10ans au lieu de 8ans, la capacité à communiquer dans une langue nationale à l'oral et à l'écrit et ne pas compter les années d'admission provisoire dans la durée de séjour minimale requise. A noter que contrairement à sa position en mars et contre l'avis du PLR, le Conseil national a décidé de continuer à compter à double les années de séjours pour les jeunes, mais entre 5 et 15ans plutôt qu'entre 10 et 20 ans.

8.12. Modification de la Loi sur les étrangers « Intégration »

Le PLR s'est toujours engagé pour l'intégration des étrangers en Suisse. En 2009, le groupe parlementaire avait demandé l'instauration d'une loi-cadre en faveur d'une politique d'intégration au travers de l'initiative parlementaire du groupe. Cette initiative avait été retirée au profit d'une motion de la CIP-N, qui se concrétise dans ce projet de modification de la Loi sur les étrangers (LEtr).

Cette révision prévoit une adaptation et une restructuration des dispositions sur l'intégration contenues dans les différentes lois à l'échelon national et en particulier la LEtr. La devise de cette révision est qu'une politique d'intégration réussie doit être comprise comme une tâche associant tous les acteurs concernés, en particuliers les étrangers eux-mêmes. Il s'agit également de renforcer le rôle de la Confédération dans le domaine de l'intégration, mais sans restreindre la marge de manœuvre des cantons et des communes.

Le projet tel qu'adopté par le Conseil des Etats prévoit que seuls les étrangers intégrés pourront recevoir une autorisation d'établissement. Cette disposition s'appliquera également aux étrangers qui bénéficient de la libre circulation des personnes ainsi qu'aux conjoints étrangers. Les étrangers qui sont entrés en Suisse au titre du regroupement familial devront attester de connaissances de la langue nationale parlée au lieu de domicile ou prouver qu'ils sont prêts à apprendre cette langue en participant à une offre d'encouragement linguistique. Le projet part au Conseil national.

8.13. Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne» (Mindestlohn-Initiative)

Der Nationalrat hat sich als Zweitrat zur Freude der FDP sehr deutlich mit 128 zu 59 Stimmen bei einer Enthaltung gegen die Mindestlohn-Initiative der Gewerkschaften ausgesprochen. Die Initiative verlangt einerseits, dass Bund und Kantone die Löhne in der Schweiz schützen, indem sie die Festlegung von Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen (GAV) fördern. Andererseits soll der Bund einen nationalen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde festlegen. Vorausgegangen war diesem Entscheid im Nationalrat eine epische Debatte mit 72 eingetragenen Rednern und gefühlten 100 Fragen. Für die FDP ist klar: Diese Initiative vernichtet Arbeitsplätze, gefährdet das duale Bildungssystem, fördert die Schwarzarbeit, ist ein massiver Eingriff in den freien Arbeitsmarkt und stellt die Sozialpartnerschaft grundsätzlich in Frage. Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft würde nachhaltig geschwächt. Verlierer wären wir alle! Wir werden uns im Abstimmungskampf engagiert für eine Ablehnung einsetzen.

8.14. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Wahl des Bundespräsidenten – Die Bundesversammlung hat Aussenminister Didier Burkhalter mit einem glanzvollen Resultat zum Bundespräsidenten für das Jahr 2014 gewählt. Der 53-jährige Neuenburger FDP-Bundesrat erhielt 183 von 202 gültigen Stimmen und erzielte damit das drittbeste Resultat der letzten zehn Jahre. Simonetta Sommaruga wurde mit 180 von 205 gültigen Stimmen zur Vizepräsidentin des Bundesrates gewählt.

Bundesgericht – Die Bundesversammlung hat am 11. Dezember 2013 mit 198 von 200 gültigen Stimmen Yves Rüedi als hauptamtlichen Richter ans Bundesgericht in Lausanne gewählt. Er tritt ab Anfang März 2014 die Nachfolge von Bundesrichter Roland Schneider in der strafrechtlichen Abteilung an.

Der 37-jährige Glarner ist seit zwei Jahren nebenamtlicher Bundesrichter und in dieser Funktion bereits regelmässig für die strafrechtliche Abteilung des Bundesgerichtes in Lausanne tätig. Er ist zudem Obergerichtspräsident des Kantons Glarus.

Mit der Wahl von Rüedi bleibt das Verhältnis der Sprachen, der Parteien und der Geschlechter am Bundesgericht unverändert, da Rüedi wie sein Vorgänger Deutschschweizer und Mitglied der SVP ist.

Verabschiedungen – Nationalratspräsident Ruedi Lustenberger verabschiedete vor der Bundesversammlung ausser Bundesrichter Roland Schneider auch **Bundesrichter Aldo Borella (FDP)**. Dieser sei eine "Richterpersönlichkeit mit ausgeprägtem Sinn für ausgewogene Lösungen", sagte Lustenberger. Borella habe sich nie im Dickicht des Rechtssprechungsgeflechts verloren.

8.15. Geschäfte beider Räte

Supplément au budget 2013 – après le Conseil des Etats, le Conseil national a accepté sans modification, par 143 voix contre 44, le 2e supplément au budget 2013. Il prévoit des dépenses supplémentaires de 153 millions destinées surtout aux programmes européens de navigation par satellite et à l'asile.

Ambassade à Tripoli – un détachement militaire continuera de protéger l'ambassade suisse à Tripoli pendant deux ans. Par 37 voix sans opposition, le Conseil des Etats, suivant le National, a accepté lundi de prolonger pour la troisième fois cet engagement, jusqu'en janvier 2016. Les coûts de l'opération, hors salaires de soldats, sont estimés à 1,935 million de francs.

8.16. Geschäfte des Nationalrats

Budget militaire – Le Conseil national a adopté par 98 voix contre 63 une motion remaniée réclamant que le budget annuel de l'armée s'élève à 5 milliards de francs dès 2016. La gauche s'est une nouvelle fois élevée contre cette hausse réclamée depuis des années par le Parlement et que le Conseil fédéral, qui plaidait d'abord pour un plafond à 4,7 milliards, a fini par accepter. Le PLR soutient un budget de l'armée à 5 milliards.

Accord de libre-échange Suisse - Chine – Le peuple ne devrait pas se prononcer sur l'accord de libre-échange entre la Suisse et la Chine. Par 109 voix contre 52 et 21 abstentions, le Conseil national a refusé mardi de soumettre le traité au référendum facultatif. L'appui d'une partie de l'UDC n'a pas permis à la

gauche de renverser la vapeur. L'accord de libre-échange avec la Chine est une chance pour la Suisse et son économie. Fort de cet avis, le Conseil national a balayé lundi les réserves de la gauche qui exigeait des garanties en matière de respect des droits de l'homme. Pas question pour la majorité de renvoyer le traité au gouvernement. Mit einem Handelsvolumen von jährlich über 18 Milliarden Franken ist China nach der EU und den USA der dritt wichtigste Exportmarkt der Schweiz. Die FDP begrüsst den Entscheid des Nationalrates, dem Freihandelsabkommen mit China zuzustimmen. Das Abkommen verbessert für Schweizer Firmen den Marktzugang und die Rechtssicherheit. Damit wird der Produktionsstandort Schweiz attraktiver.

KAP – Le programme d'économies devra être revu et corrigé. Faisant fi de la Chambre des cantons, le National a confirmé son opposition au projet au gouvernement ; par 112 voix contre 70, il l'a renvoyé définitivement à l'expéditeur, au grand dam d'Eveline Widmer-Schlumpf et du PLR. Une minorité composée de PBD, PVL, PLR et PDC a tenté de sauver le plan d'austérité.

Le programme enterré imposait aux départements fédéraux des économies de plus de 700 millions de francs par an entre 2014 et 2016. Les coupes les plus importantes auraient dû frapper la prévoyance sociale avec 142 millions par an, via la baisse du taux d'intérêt de la dette de l'AI envers l'AVS.

Le Conseil fédéral est désormais prié de présenter un projet dans lequel il devra prévoir "au moins deux scénarios". Dans le premier, privilégié par la droite dure, il s'agira de prévoir une réduction considérable des dépenses. Leur croissance jusqu'en 2016 devra être limitée à la croissance économique effective.

Les éventuels dépassements devront être compensés l'année suivante. Les dépenses contraignantes liées aux rétributions du personnel devront en outre être limitées à trois milliards de francs.

Dans le second scénario, qui a les faveurs de la gauche, le Conseil fédéral devra explorer les possibilités de recettes. Il est prié d'indiquer quelles mesures pourraient être prises ou quelles réductions fiscales pourraient être abandonnées pour pouvoir respecter les exigences du frein à l'endettement.

Aux yeux de la conseillère fédérale, les deux scénarios requis ne paraissent pas très convaincants. Un programme d'économies ne peut pas se baser uniquement sur des recettes supplémentaires ni sur la suppression de près de 2000 emplois, a-t-elle averti, sans succès.

Frauenquote - Der Nationalrat will keine Frauenquote - weder für die Verwaltungsräte börsenkotierter Unternehmen noch für jene der Post oder der SBB. Er hat zwei parlamentarische Initiativen von Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL) abgelehnt. Die SP-Nationalrätin wollte zum einen die Zulassung von Unternehmen zum Börsenhandel an die Bedingung knüpfen, dass im Verwaltungsrat beide Geschlechter zu mindestens 40 Prozent vertreten sind. Zum anderen wollte sie eine solche Quote für Verwaltungsräte von bundesnahen Unternehmen im Gesetz verankern. Der Nationalrat sprach sich deutlich gegen beide Anliegen aus.

Rehabilitierung administrativ versorgter Menschen – Der Nationalrat stimmte mit 142 zu 45 Stimmen bei 4 Enthaltungen ein Gesetz zu, das Menschen rehabilitiert, die in der Schweiz ohne Gerichtsurteil weggesperrt worden waren. Damit soll das Unrecht an Opfern fürsorglicher Massnahmen bis in die 1980er Jahre gesetzlich anerkannt werden. Vom Gesetz erfasst werden Personen, die bis 1981 von Verwaltungsbehörden in psychiatrische Anstalten und Strafanstalten, wegen Arbeitsscheu, lasterhaften Lebenswandels oder Liederlichkeit eingewiesen worden sind. Den Betroffenen hatten in vielen Fällen keinen Zugang zu einer gerichtlichen Überprüfung. Im Gesetz nicht enthalten, ist eine finanzielle Wiedergutmachung. Die FDP-Liberale Fraktion hat sich für das Gesetz eingesetzt.

Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich – Das neue Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich fällt im Nationalrat klar durch. Die bürgerliche Mehrheit verzichtet lieber auf ein Abkommen, als einem aus ihrer Sicht schlechten Vertrag zuzustimmen. Der Entscheid gegen das Abkommen fiel am Donnerstag mit 122 zu 53 Stimmen bei 11 Enthaltungen. SVP, FDP, CVP und GLP stimmten gegen das Abkommen. SP und Grüne wollten auf das Abkommen eintreten, die SP forderte aber Nachverhandlungen. Die BDP enthielt sich grösstenteils. Kritisiert wird am neuen Abkommen, dass die französischen Steuerbehörden neu bei Erbschaften von Franzosen auch Immobilien in der Schweiz besteuern könnten. Als nächstes muss der Ständerat das Abkommen beurteilen. Die FDP-Liberale Fraktion hat sich einstimmig gegen das Doppelbesteuerungsabkommen mit Frankreich ausgesprochen. Die FDP will lieber kein Übereinkommen als ein solches ungerechtes und einseitig auferlegtes Abkommen, das unsere Souveränität einschränkt.

Steueramtshilfe – Der Nationalrat ist damit einverstanden, die Regeln zur Steueramtshilfe erneut anzupassen. Um Sanktionen anderer Staaten gegen die Schweiz zu verhindern, hat er eine Revision des Steueramtshilfegesetzes gutgeheissen. Die wichtigste Änderung: Steuersünder sollen nicht mehr in jedem Fall vorgängig informiert werden, wenn Daten über sie an andere Staaten übermittelt werden. In Ausnahmefällen soll die Information künftig nachträglich erfolgen. Verzichtet hatte der Bundesrat nach der Vernehmlassung auf eine Lockerung der Regeln zum Umgang mit gestohlenen Daten. Die Linke brachte den Punkt im Nationalrat erneut aufs Tapet. Eine Änderung fand jedoch keine Mehrheit: Auf Basis gestohlener Daten leistet die Schweiz weiterhin keine Amtshilfe.

8.17. Geschäfte des Ständerats

Programme d'armement – après le National, le Conseil des Etats a accepté par 32 voix sans opposition de libérer 740 millions de francs pour le programme 2013. Les 209 millions destinés à l'infrastructure de télécommunication, sans être combattus, ont été les plus discutés.

Interdiction des cagoules – il a enterré par 34 voix contre 7 une motion de Peter Föhn (UDC/SZ) demandant une interdiction générale de dissimulation des visages pendant les manifestations. Le Conseil des Etats s'en remet aux cantons. Les sénateurs avaient nettement refusé en juin dernier une motion similaire adoptée par le National.

Auslandsschweizerschulen - Der Ständerat hat am Donnerstag das Auslandsschweizer-Ausbildungsgesetz durchgewinkt. Damit erhalten die 17 Schweizer Schulen im Ausland künftig mehr wirtschaftliche Freiheit und grössere Planungssicherheit. Zugleich ermöglicht das geänderte Gesetz, das Modell der dualen Bildung zu exportieren und Berufslehren im Ausland zu unterstützen. Neu soll die Subvention nicht mehr von der Anzahl Schweizer Schüler abhängen, sondern von der Gesamtschülerzahl und der Mehrsprachigkeit. Neu sollen auch Investitionshilfen für Neugründungen von Schweizer Schulen ausgeschüttet werden können. Schweizer Schulen müssen aber von einer Schweizer Trägerschaft geführt werden.

Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz. Nagoya-Protokoll - Der Ständerat befasste sich mit der Frage, ob für die Nutzung von genetischem Material zur Forschung oder für Medikamente die Schweiz internationale Regeln befolgen soll. Er hat dazu das Nagoya-Protokoll beraten, welches die Verwendung von genetischen Ressourcen, die beispielsweise die Pharma-, Kosmetik- oder Biotechindustrie genutzt werden, regelt. Aus Sicht der FDP bringt dieses Protokoll der Schweiz jedoch keinen zusätzlichen Nutzen. Die Schweiz erfüllt in diesem Bereich bereits heute hohe Standards, unsere Gesetze genügen. Ein neues Gesetz oder ein Abkommen soll nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn etwas nicht funktioniert. Dieses Abkommen würde für uns vor allem sehr viel mehr Bürokratie und höhere Kosten bedeuten. Der Ständerat hiess das Nagoya-Protokoll jedoch entgegen der Position der FDP mit 30:11 Stimmen bei 2 Enthaltungen gut. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.

Pauschalbesteuerung – Der Ständerat lehnt als Erstrat die von linken Parteien und Gewerkschaften eingereichte Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung ab. Die FDP begrüsst diesen Entscheid: Die Pauschalbesteuerung ist insbesondere für strukturschwache Kantone ein wichtiges volkswirtschaftliches Instrument mit Steuererträgen von jährlich ca. 700 Mio. Franken. Deshalb muss die Entscheidungskompetenz weiterhin bei den Kantonen bleiben. Zahlreiche andere Länder nutzen ebenfalls eine Pauschalbesteuerung. Die Annahme der Initiative hätte deshalb eine Schwächung der Standortattraktivität der Schweiz, Steuerausfälle und Arbeitsplatzverluste zur Folge. Dieses Eigentor lehnt die FDP ab.

Änderung des Gewässerschutzgesetzes - Um 100 Anlagen aufrüsten zu können, hat der Ständerat als Erstrat mit nur einer Gegenstimme einer befristeten Spezialfinanzierung zugestimmt. Damit sollen Kläranlagen auch kleinste Verunreinigungen aus dem Abwasser waschen. Neben der Fischgesundheit seien auch die Trinkwasserressourcen gefährdet. Eine zusätzliche Reinigungsstufe bei 100 Abwasserreinigungsanlagen (ARA) werden etwa 1,2 Milliarden Franken kosten. Dreiviertel sollen über eine befristete, verursachergerechte gesamtschweizerische Abgabe gedeckt werden. Damit die ARA-Betreiber einen Anreiz erhalten, möglichst rasch zu handeln, entfällt die Abgabe, sobald die Anlage aufgerüstet ist. Die FDP-Liberale Fraktion hat die Vorlage unterstützt.

Communication électronique des écrits – Le Conseil des Etats a accepté tacitement les modifications demandées par le Conseil national pour l'adoption d'une motion. Celle-ci demande l'introduction de manière uniforme dans toute la Suisse de la communication électronique des écrits. Les points 2 à 4 de la

motion ont été jugés trop ambitieux : il a été préféré donner un mandat d'analyse au Conseil fédéral avant d'aller plus avant dans la gestion électronique des écrits. Le groupe parlementaire libéral-radical ne partageait pas cette analyse et aurait préféré une adoption de la motion sans ces modifications.

8.18. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Dringliche Anfrage. FDP-Liberale Fraktion. Die Kosten der Reform der Altersvorsorge

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Reformprojekt „Altersvorsorge 2020“ eröffnet. Damit sich die Vernehmlassungsteilnehmer einen genaueren Überblick der individuellen Kosten der Gesamtreform machen können, soll der Bundesrat anhand von verschiedenen Szenarien (Einkommensklassen, verschiedene Haushaltstypen) aufzeigen, wie viel die einnahmenseitigen Massnahmen der Reform (Mehrwertsteuererhöhung, Koordinationsabzug, Altersgutschriften, Eintrittsschwelle, Übergangsgeneration) für Haushalte und für Einzelpersonen kosten.

Die Dauer der Vernehmlassung umfasst auch die Weihnachtsferien und die Frist endet am 31. März 2014. Daher ist es wichtig, dass diese Berechnungen möglichst schnell zur Verfügung stehen und nicht erst kurz vor dem Ende der Vernehmlassungsfrist. Die Kosten der Reform werden in der Botschaft zwar aufgelistet, aber sie können nur schwer für individuell relevante Einheiten (wie zum Beispiel Haushalte oder Einzelpersonen) beziffert werden.

Po. FDP-Liberale Fraktion. Weg vom Flickwerk - hin zur Gesamtsicht beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Der Bundesrat wird beauftragt eine Studie in Auftrag zu geben, welche den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in einer langfristig und national ausgerichteten Gesamtsicht beleuchtet und damit eine Leitvorstellung schafft. Dabei soll ersichtlich werden, in welchen Regionen noch Kapazitätsreserven bei Bahn und Strasse bestehen und in welchen Regionen die Kapazitätsengpässe deren Entwicklung behindern werden. Miteinbezogen werden sollen hier auch die Schifffahrt, die insbesondere im Güterverkehr eine wichtige Funktion übernimmt, sowie die Anbindung der Flughäfen. Der Bundesrat wird zudem beauftragt aufzuzeigen, welche Strategie er unter Berücksichtigung der Beschlüsse zu FABI und ZEB sowie der Planungen in Bezug auf die Strasseninfrastruktur in der Umsetzung einer solchen Gesamtsicht verfolgt.

Begründung

Die Verkehrsinfrastrukturen sind die Lebensader von Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist zwingend notwendig, dass deren Ausbau in der gesamten Schweiz koordiniert verläuft. Die Gesamtsicht soll aufzeigen, welchen Beitrag die verschiedenen Verkehrsträger durch ihre komparativen Vorteile zur Stärkung der Standortgunst und zur Wahrung der Lebensqualität der Schweiz leisten können. Sie soll darstellen, wie die Ausbauten auf der West-Ost-Achse sowie auf der gesamten Nord-Süd-Achse zu einem optimal ausgebauten Verkehrsnetz führen können. Mit FABI und ZEB liegen umfassende Pakete für die Bahninfrastruktur vor. Diesen Paketen fehlt jedoch der schweizweit konsistente Ansatz, sodass sie trotz hohem Mitteleinsatz nicht die höchstmögliche Wirkung für die Standortgunst der Schweiz entfalten können. Auch Projekte für den Ausbau der Strassen sind oft nicht in eine schweizweite Gesamtsicht eingebettet. Mit einer Studie zur Gesamtsicht des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur würde eine Basis geschaffen, um die bereits beschlossenen mit den in Zukunft zu beschliessenden Ausbauten von Strasse und Schiene inklusive Einbezug der Schifffahrt und der Flughäfen zu koordinieren und auf übergeordnete Leitvorstellungen auszurichten. Auf diese Weise wird gewährleistet, dass die Verkehrsinfrastruktur nicht zu einem von regionalpolitischen Interessen geprägten Flickwerk verkommt, sondern die für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt wichtigsten Projekte realisiert werden. Zudem profitieren die Regionen gleichermaßen wie die Zentren von einem koordinierten Ausbau des nationalen Verkehrsnetzes.

Po. FDP-Liberale Fraktion. Rasche Einführung des Viertelstundentaktes auf der Ost-West-Achse der Bahn

Der Bundesrat wird beauftragt Bericht zu erstatten, mit welchen Massnahmen die raschmögliche Einführung des Viertelstundentaktes auf der Ost-West-Achse der Bahn umgesetzt werden kann.

Begründung

Die Einführung des Viertelstundentaktes auf der Ost-West-Achse führt zu einer Verflüssigung des ganzen Bahnverkehrs. Die Aufenthaltszeit der Züge in den Bahnhöfen kann auf das Ein- und Aussteigen reduziert werden, das alleine verkürzt die Fahrzeit Genf - St. Gallen um mehrere Minuten. Kürzere Züge können eingesetzt werden, die Umsteigewege werden kürzer, das Umsteigen angenehmer. Reisende und Züge nutzen Bahnhöfe über die ganze Stunde verteilt statt auf Taktspitzen konzentriert, womit auf teure Ausbauten in den Bahnhöfen verzichtet werden kann. Dieses Geld kann ins Netz investiert werden. Die Einführung des Viertelstundentaktes führt zu der dringend notwendigen Kapazitätserhöhung im Bahnverkehr.

Po. FDP-Liberale Fraktion. Contribuer à assurer le financement des infrastructures ferroviaires à l'aide d'emprunts obligataires lancés par les CFF

Le Conseil fédéral est chargé d'examiner dans quelle mesure et à quelles conditions les CFF pourraient lever des capitaux sur les marchés financiers à l'aide d'emprunts obligataires en vue de contribuer à assurer à moyen et à long termes le financement des infrastructures ferroviaires.

Begründung

La levée de capitaux par des emprunts par obligations est une forme classique de financement pour les institutions tant publiques que privées. Les emprunts obligataires sont en général appréciés des investisseurs du fait de leur rémunération fixe. Ils présentent par ailleurs un faible risque.

L'entretien et le développement des infrastructures ferroviaires exigent des moyens financiers importants. Le projet de financement et d'aménagement de l'infrastructure ferroviaire (FAIF) prévoit des investissements considérables - et justifiés - afin de répondre aux besoins de la population et de l'économie. A moyen et à long termes, les emprunts obligataires permettraient aux CFF de compléter et de diversifier leurs sources de financement actuelles.

Il est à noter que les chemins de fer allemands (Deutsche Bundesbahn) de même que les chemins de fer autrichiens (Österreichische Bundesbahnen) sont présents sur les marchés financiers. Les CFF pourraient s'inspirer des modalités appliquées en Allemagne et en Autriche en vue de lancer, eux aussi, des emprunts obligataires.

Mo. FDP-Liberale Fraktion. Weniger Gebühren – mehr Investitionen!

Der Bundesrat wird beauftragt, die Fernmeldegebührenverordnung (GebV-FMG) dahingehend anzupassen, dass die darin festgelegten Richtfunkkonzessionsgebühren beziehungsweise der Frequenzgrundpreis auf ein durchschnittlich europäisches Niveau gesenkt wird und die nicht mehr zeitgemässe Proportionalität zu der Bandbreite aufgehoben oder zumindest wesentlich verkleinert wird.

Begründung

Die Schweizer Richtfunkkonzessionsgebühren sind im Vergleich mit dem Durchschnitt anderer europäischer Ländern dreimal höher bzw. sechs- bis achtmal höher im Vergleich zu Finnland, Deutschland und Schweden. Einmal mehr leiden die Konsumenten unter der Preisinsel Schweiz! Die wenigen Richtfunkkonzessionärinnen hierzulande entrichteten bis 2011 jährlich ca. 10 Mio. Franken in Form von Richtfunkkonzessionsgebühren an den Bund. Diese Summe und auch die Faktoren im Vergleich mit der EU dürften sich bis 2014 aufgrund des zunehmenden Datenverkehrs und -volumens verdoppeln.

Alle Mobilfunkanbieter bauen die Leistungsfähigkeit ihrer Mobilfunknetze massiv aus und investieren jährlich hunderte Millionen in neue Technologien (z. B. in die vierte Mobilfunkgeneration LTE), damit ihre Kunden immer schneller surfen und grössere Datenmengen übertragen können. Dies hat zur Folge, dass der Datenverkehr, der bei einer Mobilfunkantenne ankommt, massiv zunimmt. Dieser Datenverkehr muss von der Antenne abgeführt werden, entweder durch Datenleitungen resp. Glasfaserkabel, oder aber durch Richtfunkverbindungen. Teilweise ist die Erschliessung mit Datenleitungen nicht möglich oder sehr teuer. Die Mobilfunkanbieter sind daher auf Richtfunkverbindungen angewiesen. Die Richtfunkgebühr steigt mit der höheren Kapazität der Richtfunkverbindung. Somit nimmt das BAKOM immer höhere Entschädigungen ohne wirklichen Gegenwert ein.

Anstatt Millionen für überhöhte Richtfunkkonzessionsgebühren ausgeben zu müssen, sollte dieses Geld den Mobilfunkanbietern für Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur zur Verfügung stehen. Auch ländliche Gebiete und Bergregionen kommen so in den Genuss von schnellen Mobilfunkverbindungen.

Mo. FDP-Liberale Fraktion. Massive Kosteneinsparungen für die Wirtschaft dank elektronischer Zollprozesse

Der Bundesrat wird beauftragt sicherzustellen, dass die sistierten IT-Massnahmen des Projekts Zollveranlagungsprozess (ZVP-Projekt) prioritär umgesetzt werden und eine mehrjährige Planung der EDV-Systeme in der Warenveranlagung erstellt und den Unternehmen kommuniziert wird. Die Verspätung von heute eineinhalb Jahren bei der Realisierung darf nicht weiter anwachsen. Besonderes Augenmerk gilt bei diesem Projekt den Anliegen der KMU.

Begründung

Das ZVP-Projekt mit vierzehn IT-Massnahmen wurde mit grossem Personalaufwand von der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) zusammen mit der Wirtschaft entwickelt. Das Ziel ist, für die Wirtschaft dringend notwendige Prozessvereinfachungen zu realisieren und den Verkehrsfluss beim Grenzübertritt zu beschleunigen. Das Projekt ist für die Schweizer Export- und Importwirtschaft ausserordentlich wichtig. Dass elf der vierzehn IT-Massnahmen aufgrund fehlender Mittel in der EZV auf unbestimmte Zeit sistiert sind, ist ein schlechtes Signal. So ist die Realisierung der Projekte mittlerweile 1.5 Jahre im Verzug.

Es geht um viel: 2012 haben Unternehmen Waren von über 212 Mia.Fr. ausgeführt und von 185 Mia.Fr. importiert. Über 30 Mio. Zollanmeldungen wurden von der EZV verarbeitet: 16.1 Mio. Einfuhr-, 6.6 Mio. Ausfuhr- und 7.4 Mio. Transitveranlagungen. Die Ressourcen für die Einfuhrverzollung sind für alle Beteiligten sehr hoch. Mit den IT-Massnahmen des ZVP-Projekts könnten grob geschätzt jährlich Kosten im oberen sechsstelligen Bereich eingespart werden.

In seiner Antwort auf eine von SR Karin Keller-Sutter eingereichte Interpellation (12.4279) verwies der Bundesrat darauf, dass die in der EZV verfügbaren Kredite für Informatikvorhaben der EZV für das Jahr 2013 im Rahmen eines Nachtragskreditverfahrens sowie ab dem Jahr 2014 im Rahmen des Voranschlages und der Finanzplanung erhöht werden sollen.

Es ist jetzt zentral, dass das ZVP-Projekt mit seinen vierzehn IT-Massnahmen von der EZV prioritär umgesetzt wird. Die sistierten Massnahmen sind 2014 anzugehen. Im schwierigen Umfeld der Frankenstärke und des zunehmendem Protektionismus sind effiziente Zollveranlagungsprozesse für multinationale Unternehmen und KMU im globalen Wettbewerb unerlässlich.

Po. FDP-Liberale Fraktion. IT-Projekte des Bundes – Quo Vadis?

Der Bundesrat wird im Zusammenhang mit den verschiedenen IT-Debakeln der letzten Jahre in der Bundesverwaltung eingeladen, einen Bericht zu verfassen und insbesondere auf die folgenden Punkte einzugehen:

- › Strategie des Bundesrates mit Massnahmen, um die Organisation, Führung und die Kontrolle der IT-Projekte rasch zu verbessern;
- › Aufzeigen wie Projekte mit der notwendigen Effizienzsteigerung und unter Wahrung der Qualität in einem vernünftigen finanziellen Rahmen zu Ende gebracht werden können;
- › Resultate der Prozessevaluation der gescheiterten Projekte im Hinblick auf Verbesserungen;
- › Gesamtüberblick der laufenden IT-Projekte bezüglich Stand der Finanzierung und des Realisierungsgrades;
- › Ausgabenplanung für sämtliche IT-Projekte ab CHF 500'000.- für die nächsten 10 Jahre;
- › Verhältnis der Ausgaben im IT-Bereich in den letzten fünf Jahren zwischen Werkverträgen, in Form von Sourcing (Abrechnung nach Aufwand) und Eigenleistung;

- › Prüfen der Einsetzung eines zentralen Chief Information und Technology Officer (CIO) für die depar-tementsübergreifende Führung und Umsetzung der IT-Projekte des Bundes.

Begründung

IT-Projekte des Bundes wie FIS Heer, Guichet virtuel (Ch.ch), Geve Office (Geschäftsverwaltung), DaZu, Insieme, Mistra, Interception System Schweiz (ISS-System) sind in den letzten Jahren zum Teil kläglich gescheitert. Die Folgen davon sind hunderte Millionen von verschwendeten Steuergeldern. Im Hinblick auf die anderen laufenden IT-Projekte muss darum das Projektmanagement des Bundes kritisch hinterfragt und zwingend verbessert werden, damit neue Projekte „state of the art“ zu Ende geführt werden.

Aus den vergangen IT-Debakeln müssen für die Zukunft die richtigen Lehren gezogen werden. Es steht auch das Vertrauen in unsere Verwaltung und in die Behörden auf dem Spiel. Die Organisation, Führung und Kontrolle der IT-Projekte muss deshalb verbessert, ein Risk-Management eingeführt und der Wissenstransfer zwischen den Departementen muss Standard werden.

8.19. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen zu acht Vorlagen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Wintersession abgeschlossen.

Parlamentarisch unter Dach kamen:

- › mit 137:56 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 29:12 Stimmen die Ablehnung der Mindestlohn-Initiative;
- › mit 115:0 Stimmen bei 79 Enthaltungen und 32:0 Stimmen bei 9 Enthaltungen ein Tätigkeits-, Rayon- und Kontaktverbot für verurteilte Pädokriminelle im Strafgesetzbuch als inoffizieller Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Pädophile sollen nie mehr mit Kindern arbeiten dürfen";
- › mit 143:36 Stimmen bei 16 Enthaltungen und 37:1 Stimmen bei 3 Enthaltungen der Bau und die Finanzierung des 4-Meter-Korridors auf der Gotthard-Achse sowie der Ausbau des Korridors auf der Lötschberg-Achse für 990 Millionen Franken;
- › mit 139:55 Stimmen bei 1 Enthaltung und 35:3 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Genehmigung des internationalen Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen;
- › mit 194:0 Stimmen (Nationalrat) und 41:0 Stimmen (Ständerat) die Aufhebung der Bestimmungen zum Vorauszahlungsvertrag, der in der Praxis kaum mehr zur Anwendung kommt;
- › mit 153:0 Stimmen bei 41 Enthaltungen und 41:0 Stimmen der Vertrag zwischen der Schweiz und Kosovo zur Überstellung verurteilter Personen in das jeweils andere Land;
- › mit 195:0 Stimmen und 41:0 Stimmen die Verordnung über die Richterstellen am Bundesstrafgericht sowie mit 195:0 Stimmen und 41:0 Stimmen die Verordnung über Taggelder und Vergütungen der nebenamtlichen Richter am Bundesstrafgericht.

Nahestehende Organisationen

9. FDP. Frauen Schweiz

Carmen Walker Späh, Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

9.1. Präsidentin Carmen Walker Späh mit grossem Applaus bestätigt

An der Generalversammlung der FDP.Die Liberalen Frauen vom 25. Mai 2013 wurde die Präsidentin Carmen Walker Späh mit grossem Applaus in ihrem Amt bestätigt. Unser Geschäftsleitungsmitglied Christine Winkler wurde zur Vizepräsidentin gewählt. Präsidentin Carmen Walker Späh wird nun tatkräftig von drei Vizepräsidentinnen (Irene Thalman, Petra Studer und Christine Winkler) unterstützt.

Anlässlich der Generalversammlung wurden bereits frühzeitig die Parolen zur SVP-Familieninitiative und zur Volksinitiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ gefasst. Beide Vorlagen wurden von den FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz mit grossem Mehr abgelehnt.

9.2. Eine Investition, die sich lohnt (Ja zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf)

Für junge Familien ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch im Jahr 2013 immer noch eine grosse Herausforderung. Zu wenige KITA-Plätze/Tagesschulen gehören zum Alltag an den Schweizer Schulen. Als FDP Frauen vertreten wir das Credo: „Arbeit muss sich lohnen“. Umso bedenklicher ist es, wenn wir sehen, dass gerade bei mittelständischen Familien das zweite Einkommen durch höhere Steuern und Betreuungskosten gleich wieder weggefressen wird. Etwas läuft hier falsch! Darum braucht es jetzt einen Schritt hin zu einer Familienpolitik, die die Rahmenbedingungen so ausstattet, dass die Eltern, die arbeiten möchten, auch arbeiten können. Die Umsetzung liegt weiterhin in der Verantwortung der Gemeinden und Kantone. Unter diesen Voraussetzungen haben sich die FDP Frauen an vorderster Front am 3. März 2013 für ein JA zum Verfassungsartikel „zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ engagiert. Die Vorlage wurde von der Bevölkerung mehrheitlich unterstützt, scheiterte jedoch leider am nötigen Ständemehr.

9.3. Mehr Transparenz - Breite Frauenallianz für Lohngleichheit

Gemeinsam mit den Business & Professional Women BPW, den Frauenparteien der BDP-, SP-, CVP- Grünliberalen und den Grünen Frauen traten wir gemeinsam am Equal Pay Day vom 7. März 2013 und zum Internationalen Frauentag vom 8. März 2013 auf. Frauen verdienen immer noch 18,4 Prozent weniger als Männer. Sie müssen somit bis zum 7. März des folgenden Jahres arbeiten, um für gleichwertige Arbeit denselben Lohn zu erhalten. Männer hätten bereits Ende Jahr diesen Lohn erreicht. Die einzelnen Mitglieder und Verbände der Frauenallianz mögen unterschiedliche Strategien wählen. Eines jedoch ist für alle klar: Die Umsetzung der Lohngleichheit muss unverzüglich an die Hand genommen werden. Sowohl in den Unternehmen und der Wirtschaft, als auch bei Bund und Kantonen. Die Forderung nach Transparenz sowohl in den Löhnen, als auch im Vorgehen zur Umsetzung der Lohngleichheit ist die gemeinsame Stossrichtung.

9.4. Staatsmütter, nein Danke!

Mit grossem Einsatz haben sich die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz gegen die Familieninitiative der SVP eingesetzt. Sprach man beim Verfassungsartikel bei der SVP von „Staatskinder“, kreierte unsere Präsidentin Carmen Walker Späh bei der SVP-Familieninitiative das Wort der „Staatsmütter“. Die SVP wollte also keine Staatskinder, aber mit ihrer Familieninitiative „Staatsmütter. Diese staatliche Begünstigung entspricht nicht dem liberalen Verständnis des Staates, der alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem individuellen Lebensmodell gleich zu behandeln hat. Die Freiheit der Lebensgestaltung ist ein liberales Grundprinzip. Der Staat soll kein spezielles Lebensmodell bevorzugen. Erfreut nehmen die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz zur Kenntnis, dass sich der grosse Kampagneneinsatz bis zum letzten Tag vor dem Abstimmungssonntag vom 24. November 2013 gelohnt hat. Das Schweiz Stimmvolk lehnte die Familieninitiative überraschend deutlich mit 58,5% der Stimmen ab.

9.5. Nein zu 1:12

Im Auftrag der Wirtschaft (economiesuisse) haben die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz eine überparteiliche und sehr erfolgreiche Frauenkampagne gegen die 1:12 Initiative geführt. Das bürgerliche Frauenkomitee setzte sich mit grossem Engagement gegen die Initiative der JUSO ein. Wir sind stolz, mit Inseraten in Frauenzeitschriften, mit grossem Einbezug der neuen Medien, die Nein-Kampagne erfolgreich unterstützt zu haben. Für economiesuisse sind die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz ein verlässlicher Partner. Wir freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

9.6. Zukunftstagung vom 7. September 2013

Die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz feierten 2013 ihren 63. Geburtstag. Viele Jahre vor der Einführung des Frauenstimmrechts haben sich bereits liberale Frauen für die Politik der FDP eingesetzt. Aus diesem Anlass fand am 7. September 2013 eine Zukunftstagung in Bern statt. Unter dem Motto: „*Man fragt, ob es uns noch braucht. Wir diskutieren kontrovers: Wie weiter nach 63 Jahren FDP Frauen? Ab in die Rente oder durchstarten?*“. An der Tagung nahmen fast 100 FDP Frauen aus allen Landesteilen teil. Es wurde intensiv in Gruppen diskutiert, um die Zukunft der FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz erfolgreich fortzusetzen. Daraus entstanden sind nun drei Arbeitsgruppen (Struktur, Inhalte/Leitbild und Fundraising), welche die Präsidentinnenkonferenz am 4. Dezember in Bern eingesetzt hat. Ergebnisse werden an der Generalversammlung im Mai 2014 erwartet. Wir sind gespannt, wie die FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz ihre Zukunft gestalten.

10. FDP.Die Liberalen Service Public

Beat Schlatter, Präsident FDP.Die Liberalen Service Public

Mein drittes Jahr als Präsident der FDP.Die Liberalen Service Public stand unter dem Motto „Politik und Verwaltung“. Eine, wie sich später herausstellte, grössere Herausforderung als zuerst angenommen, mussten doch mehrmals Termine verschoben werden.

Als Vorbemerkung zu diesem Jahresbericht sei erlaubt, dass wir uns von der FDP.Die Liberalen Service Public riesig freuen, dass unser Mitglied Alexandre Schmidt, vormaliger Direktor der eidg. Alkoholverwaltung EAV, im vergangenen Jahr den Sprung in die Stadtberner Regierung schaffte. Auf diesem Weg gratulieren wir ihm nachträglich für die erfolgreiche Wahl!

Ein Anlass, welcher sich nicht bewährt hat und wir wieder streichen mussten, ist der Mittagsstamm. Da jeweils nur einige wenige Leute erschienen, oder gar nur der Präsident mit seinem Vizepräsidenten zu Mittag assen, beurteilte der Vorstand dieses Projekt als gescheitert und strich es ersatzlos.

10.1. Veranstaltungen 2013

Es wurden folgende Veranstaltungen durchgeführt:

Den ersten Anlass in diesem Jahr führten wir am 6. Februar im naturhistorischen Museum in Bern durch. Der Berner Regierungsrat, Polizeidirektor und KKJPD-Präsident Hans-Jürg Käser brachte uns in sehr spannenden Art die Arbeit eines kantonalen Polizeidirektors näher. Im Besonderen ist es schon komisch-tragisch, was man bei der Begleitung einer Polizeistreife während einer Nacht alles erlebt.

Am Fraktionsapéro vom 12. März 2013 hatten wir Herrn Urs Appenzeller, Rüstungschef und Direktor der armasuisse, als überzeugenden Referenten zu Gast. Zum Thema „Rüstungsbeschaffung Gestern und Heute“ erschien eine grosse Mitgliederzahl, was zeigte, welch interessanten Gast wir hier an unserer Veranstaltung begrüssen durften.

Zum dritten Anlass des Jahres vom 8. Mai, ebenfalls im naturhistorischen Museum, war der Parteipräsident der FDP, Herr Philipp Müller, unser Gast. Philipp Müller legte uns dar, wie die FDP-Bundeshausfraktion detailliert auf politische Kurzfristigkeiten reagiert, wie speziell ein Parlamentsbetrieb manchmal sein kann und auch, welches seine Absichten und Ziele als nationaler Parteipräsident sind.

Auch dieses Jahr nahmen wieder viele Mitglieder unserer Vereinigung am traditionellen Fraktionsausflug, welcher in den Berner Jura führte, teil. Eine höchst interessante Führung bei der Uhrenfirma Longines mit anschließendem Grillplausch auf einem Bauernhof waren die Schwerpunkte dieses Tages. Es ist immer wieder interessant, sich mit den Protagonisten der Schweizer Politik auch einmal in entspanntem Rahmen unterhalten zu können.

Am 14. August 2013 hatten wir die Ehre, Herrn Bundesrat Johann Schneider-Ammann bei uns begrüssen zu dürfen. Lange hat es gedauert, bis der Termin endlich feststand. Dafür entschädigte uns Herr Schneider-Ammann mit einem absolut spannenden Abend, in welchem er uns nicht nur die schweizerische Wirtschaftspolitik sondern auch die politischen Feinheiten unseres Landes im Allgemeinen in einer humorvollen Art näher brachte. Der hohe Mitgliederaufmarsch spiegelte das Interesse an einem Vortrag eines Regierungsmitgliedes wieder.

Der traditionelle Boccia-Abend musste in diesem Jahr leider ausfallen. Nicht nur, dass der Besitzer des Lokals bereits wieder gewechselt hat, sondern auch der Umstand, dass die letztjährig getätigte Reservation mit dem Besitzerwechsel verloren ging und das schlechte Wetter führten dazu, dass wir den Anlass schliesslich absagen mussten.

In meinem bereits dritten offiziellen Amtsjahr lag mir viel daran, die sehr guten Beziehungen zur FDP Schweiz weiter zu vertiefen und unserer Vereinigung das Gesicht und Gewicht in der nationalen Partei zu geben, welches sie aus meiner Sicht verdient.

Der im vergangenen Jahresbericht angesprochene Stolz, einen Sitz im Vorstand der FDP Schweiz erhalten zu haben setzte natürlich voraus, diese Ehre auch würdig umzusetzen.

So dürfen wir von uns behaupten, dass wir, bis auf zwei oder drei, alle Vorstandssitzungen besuchten und uns und unsere Vorstellungen einer liberalen und schlanken Bundesverwaltung nachhaltig in diesem Gremium einbringen konnten.

Im Weiteren waren wir an den meisten Präsidentenkonferenzen der FDP Schweiz vertreten und jedes Mal, wenn auch mit einer Minidelegation, an den Schweizerischen Delegiertenversammlungen präsent.

Mit besonderer Freude verweise ich als Präsident darauf, dass wir im Spätherbst des vergangenen Jahres in meiner Wohngemeinde Thun für eine Delegiertenversammlung verantwortlich zeichnen durften. Ein absolut gelungener und von allen Seiten her sehr gut organisierter Anlass; leider wurde im Gesamtrahmen die Organisation dieses Anlasses nicht besonders gewürdigt.

10.2. Aus dem Vorstand

Der Vorstand der FDP.Die Liberalen Service Public traf sich an fünf Sitzungen zur Abarbeitung der reglementarischen Geschäfte. In zahllosen bilateralen Einzelgesprächen konnten auch die ausserordentlichen Geschäfte erledigt werden.

Das kommende Vereinsjahr wird uns personell keine Veränderungen bringen; alle Bisherigen, bei welchen die Amtszeit abläuft, werden sich nochmals für eine Periode von zwei Jahren für ihr Amt im Vorstand zur Verfügung stellen.

10.3. Ausblick

Weiterhin wird ein Thema, welches uns in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen wird, die Bekanntmachung unserer Vereinigung sein. Dies hauptsächlich in der Bundesverwaltung, aber auch in den Kantonen und Gemeinden. Ich stelle in persönlichen Gesprächen immer wieder fest, dass nicht alle Bundesangestellten, welche in einer Ortspartei der FDP Mitglied sind, unsere Vereinigung kennen. Die Behebung dieses „Missstandes“ muss das Schwergewicht der kommenden Jahre sein. Dazu braucht es unser aller Engagement: dasjenige der Mitglieder, welche bei jeder Gelegenheit auf die FDP.Die Liberalen Service Public aufmerksam machen, und das des Vorstandes, welcher geschlossen an möglichst vielen Veranstaltungen aufzutreten hat.

Mein ganz persönliches Schwergewicht als Präsident für das kommende Jahr wird es sein, dass wir vermehrt in der Presselandschaft erscheinen. Konkret wird es darum gehen, aktiv den Kontakt mit entsprechenden Pressevertretern herzustellen und diesen unsere Idee näher zu bringen.

11. FDP.Die Liberalen International

François Baur, FDP.Die Liberalen International

FDP.Die Liberalen International setzt sich für die Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ein, die sich zu liberalen Grundsätzen bekennen. FDP.Die Liberalen International vernetzt Liberale rund um den Globus und informiert sie über das politische Geschehen in der Schweiz. Dabei fördert sie den Dialog zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern im Ausland und der Schweizer Politik und vertritt ihre Interessen in den Gremien der Partei und im Parlament.

Im vergangenen Jahr wurde eine nachhaltige Mitgliederbetreuung eingeführt. Der Vorstand kontaktierte alle Mitglieder, um Ihre Bedürfnisse abzufragen, eine Mitgliederliste für die bessere Vernetzung untereinander sicher zu stellen und die Voraussetzungen für eine aktive Mitarbeit der Mitglieder aus dem Ausland und in der Schweiz in der Parteiarbeit zu schaffen. Bedingt durch diese Arbeit wurden inaktive Mitgliederdateien aussortiert und der Mitgliederbestand sank auf 107. Durch Neueintritte hat sich der Mitgliederbestand Ende 2013 auf 124 erhöht. Für die kommenden Jahre will der Vorstand noch aktiver Mitglieder werben.

11.1 Vielseitige Aktivitäten

FDP.Die Liberalen International war auch 2013 in Davos mit einem eigenen Stand am Auslandschweizerkongress präsent. Ausserdem wurde erneut die GV im Anschluss an den Auslandschweizerkongress abgehalten, um Mitglieder aus dem Ausland die Möglichkeit der Teilnahme zu geben. Dort konnten sich die Mitglieder und der Vorstand über zwei Tage hinweg persönlich treffen und austauschen. Die Rückmeldungen von verschiedenen Mitgliedern waren positiv, geschätzt wurde insbesondere die Möglichkeit des persönlichen und direkten Austauschs.

11.2 GV in Davos

Während des Auslandschweizerkongresses fand in Davos am 17. August 2012 auch die Generalversammlung statt, um angereisten Mitgliedern aus dem Ausland die Teilnahme zu ermöglichen. Nach langjährigem Engagement im Vorstand verliess Rudolf Wyder, im Hinblick auf sein baldiges Ende seiner beruflichen Laufbahn als Direktor der Auslandschweizerorganisation ASO den Vorstand. Auch Samuel Lanz trat aus dem Vorstand zurück. Beide wurden für ihren unermüdlichen Einsatz in der Partei durch die Generalversammlung und Vorstand herzlich verdankt. Neu in den Vorstand aufgenommen wurde Cédric Bächer, der Gruppe FDP International Paris vorsteht, einer ersten Regionalgruppe im Ausland. Der übrige Vorstand sowie François Baur als Präsident wurden bestätigt.

11.3 Themenschwerpunkte 2013

Die Parteiarbeit konzentrierte sich auf die Umsetzung der elektronischen Demokratie, der Ziele im 2012 verabschiedeten Positionspapier zur Mobilität, betreffend die Bedürfnisse der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland und den Arbeiten um das Auslandschweizergesetz. Auch 2013 richtete sich die Arbeit nach wie vor richten wir unsere Arbeit nach den im Positionspapier „Mobility“ skizzierten Zielen. Im Vordergrund standen die Fragen der Migration, immer noch des E-Votings, sowie das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Frankreich. Ausserdem begleitete die FDP International die Ausarbeitung des Auslandschweizergesetzes. Dank der Arbeit der FDP International und einer Gestaltung des Entwurfes nach liberalen Prinzipien hat die FDP Schweiz ihre anfängliche Ablehnung der Vorlage aufgegeben und eine positive Vernehmlassungsantwort eingereicht.

11.4 E-Democracy

Auch 2013 setzte die FDP.Die Liberalen International für eine baldige Einführung der elektronischen Stimmabgabe auf kantonaler und auf Bundesebene ein. Dabei ging es auch darum, Überzeugungsarbeit in der Mutterpartei und den kantonalen Parteien zu leisten. Dies ist nur ein Teilbereich von e-Governance, für deren verstärkte Anwendung insbesondere im konsularischen Bereich sich die FDP International einsetzte.

Eine Petition zur Einführung des flächendeckenden e-Votings in der Schweiz wurde dank massiver Unterstützung von FDP International und FDP Schweiz im Sommer 2012 eingereicht. Als Erfolg konnte FDP Internatio-

nal verbuchen, dass das Projekt Vote électronique im Oktober in den Aktionsplan 2013 von e-Government Schweiz aufgenommen wurde und so finanzielle Unterstützung erhält. Das gesprochene Geld fliesst direkt den Kantonen zu, welche ihre Systeme ab 2013 weiterentwickelten, um die elektronische Stimmabgabe mittel- bis langfristig allen Stimmberechtigten zu ermöglichen. Inzwischen führen 11 Kantone erfolgreiche Versuche mit e-voting durch.

11.5 Auslandschweizergesetz

Die FDP International konnte in der internen Diskussion die Mutterpartei von der Nützlichkeit eines Auslandschweizergesetzes überzeugen und arbeitete in enger Zusammenarbeit mit der FDP Schweiz eine eigene Stellungnahme zum Vorentwurf aus.

11.6 Beziehungen Schweiz-EU

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU beeinflussten auch 2013 die politische Diskussion in der Schweiz wie auch im Ausland. Die FDP International setzte sich in den Parteigremien und in der Öffentlichkeit aktiv für die Beibehaltung der Personenfreizügigkeit ein und beteiligte sich an der öffentlichen Diskussion um ein Rahmenabkommen zu den institutionellen Fragen.

11.7 Mobility

Ein Hauptmerkmal der Arbeit des Vorstandes bestand in der Umsetzung der im Positionspapier „Mobility“ verabschiedeten Massnahmen, welches an der Generalversammlung vom 18. August 2012 verabschiedet worden war.

11.8 Erbschaftssteuerabkommen Frankreich – Schweiz

Die FDP International bekämpfte erfolgreich das Doppelbesteuerungsabkommen in Erbschaftssachen zwischen Frankreich und der Schweiz, welches die als Grundprinzip Anknüpfung der Besteuerung an die in Frankreich wohnhaften Erben eingeführt hätte, wogegen heute der Wohnsitz des Erblassers Anknüpfungspunkt für Erbschaftssteuern bildet.

11.9 Botschafterapéro

Erstmals seit mehreren Jahren lud am 21. August 2013 die FDP International während der Schweizer Botschafterkonferenz die Schweizer Botschafter und FDP-Vertreter aus Vorstand, Bundeshausfraktion und Regierung zu einem Apéro ins Restaurant Schwellenmätteli in Bern ein. Mit über 70 Teilnehmenden war der Anlass ein voller Erfolg und ermöglichte es Schweizer Botschafterinnen und Botschaftern, sowie Konsulinnen und Konsuln, sich mit aktiven Politikerinnen und Politikern der FDP zu treffen und auszutauschen. Eine besondere Ehre war die Teilnahme von Aussenminister Didier Burkhalter am Anlass.

12. Anhang – Annexe

12.1. Anhang A – Annexe A Vernehmlassungsantworten der FDP.Die Liberalen 2013 Réponses du PLR.Les Libéraux-Radicaux aux consultations en 2013

Die Stellungnahmen im Wortlaut können beim Generalsekretariat bestellt oder via Internet <http://www.fdp.ch/positionen/vernehmlassungen.html> // <http://www.plr.ch/positions/consultations.html> abgerufen werden: Tel. 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, E-mail: info@fdp.ch

› Übergang vom Förder- zum Lenkungssystem	13.12.2013
› Zivildienstgesetz	13.12.2013
› Lehrplan 21	13.12.2013
› Militärstrafprozess: Rechte der Geschädigten	11.12.2013
› Schuldbetreibung und Konkurs: Gewerbsmässige Gläubigervertretung	11.12.2013
› Raumplanungsverordnung RPG	26.11.2013
› Energieverordnung EnV	26.11.2013
› Freizügigkeitsabkommen Kroatien	25.11.2013
› Tabaksteuergesetz	19.11.2013
› Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung	18.11.2013
› Dublin III Eurodac	15.11.2013
› Agglomerationsverkehr	31.10.2013
› Satellitennavigationsprogramm (Galileo und EGNOS)	14.10.2013
› Wohlfahrtsfonds	14.10.2013
› Weiterentwicklung Armee	14.10.2013
› Römer Statut	14.10.2013
› Änderungen den Asylverordnungen	14.10.2013
› Zweitwohnungen	14.10.2013

› Revision Umweltschutz USG	30.09.2013
› Neustrukturierung des Asylbereiches	30.09.2013
› Revision Steuerstrafrecht	30.09.2013
› Löschung ungerechtfertigte Zahlungsbefehle	17.09.2013
› Revision Steueramtshilfegesetz	17.09.2013
› Anhörung ENV und HKNV	10.09.2013
› Sperrung Vermögen Personen SRVG	10.09.2013
› Informationsaustausch Waffen	02.09.2013
› Korruptionsstrafrecht	02.09.2013
› Auslandschweizergesetz	20.08.2013
› Kontingente Importfleisch	20.08.2013
› Wareneinfuhr im Reiseverkehr	12.08.2013
› Gütertransportgesetz	05.08.2013
› Engpässe im Nationalstrassennetz	05.08.2013
› Verordnung der Minder Initiative	29.07.2013
› Steuerbefreiung juristischer Personen	29.07.2013
› Zweites Paket Via Sicura	29.07.2013
› Kitesurfing	29.07.2013
› Änderung der Verordnung zur Vote electronique	29.07.2013
› Bessere Vereinbarkeit von Völkerrecht und Landesrecht	01.07.2013
› Umsetzung revidierte GAFI-Regeln	01.07.2013
› Nachrichtendienstgesetz	25.06.2013
› Teilrevision des Bundesgesetzes über die politische Rechte	19.06.2013

› Agrarpolitik	25.06.2013
› Weissgeldstrategie	05.06.2013
› VZEA biometrischer Ausländerausweis	05.06.2013
› Revision Kernenergiehaftpflicht	05.06.2013
› Ordnungsbussen	05.06.2013
› Schutz Kulturgüter	05.06.2013
› Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden und Schutz Souveränität	31.05.2013
› Zuständigkeit ziviler Nachrichtendienst	30.05.2013
› Landesversorgungsgesetz	30.05.2013
› Fernmeldedienste	30.05.2013
› Einheitskasse und Gegenvorschlag	28.05.2013
› VöV zur Sortimentsentwicklung des öV Schweiz	07.05.2013
› Koexistenz Regelung zwischen Landwirtschaft mit und ohne genveränderte Organismen	07.05.2013
› Revision Entsendeverordnung	07.05.2013
› STVG Gotthard	16.04.2013
› Änderung des Obligationenrechts sowie des Revisionsaufsichtsrechts	03.04.2013
› Änderung Vernehmlassungsgesetz	03.04.2013
› Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen	03.04.2013
› Schutz vor Entführungen	03.04.2013
› ZGB öffentliche Beurkundung	02.04.2013
› Zollgesetz	26.03.2013
› Krebsregister	25.03.2013
› Öffentliches Beschaffungswesen	15.03.2013

› Ausbildung von Lehrlingen als Kriterium	
› FATCA	07.03.2013
› Garantie Unterhalt	05.03.2013
› Publikationsgesetz	05.03.2013
› Sachplan Verkehr Infrastruktur Schiene	26.02.2013
› Konsolidierung Aufgabenüberprüfung	25.02.2013
› Arbeitszeiterfassung	25.02.2013
› Rehabilitation administrativ versorgter Menschen	18.02.2013
› Strafregister-Infosystem VOSTRA	18.02.2013
› Verfassungsgrundlage Jugendschutz	18.02.2013
› Stipendieninitiative und Gegenvorschlag	18.02.2013
› Deplafonierung Arbeitslosenversicherung	29.01.2013
› FINMA RAB Aufsichtskompetenzen	25.01.2013
› Informationsrechte des Opfers	09.01.2013
› Energiestrategie 2050 inkl. Fragebogen	07.01.2013
› Vorauszahlungsvertrag	07.01.2013
› Konsumentenschutz beim Telefonverkauf	07.01.2013
› Revision Bauprodukte	07.01.2013
› Beurkundung des Personenstands und Grundbuch	07.01.2013
› 4 Meter Korridor Gotthard	07.01.2013
› Familienbesteuerung	07.01.2013

12.2. Anhang B – Annexe B

Parteivorstand

Mitglieder per 31. Dezember 2013 – Membres le 31 décembre 2013

Präsident / Président:

- › Müller Philipp Nationalrat (AG)

Vizepräsidenten / Vice-présidents:

- › Lüscher Christian Conseiller national (GE)
- › Moret Isabelle Conseillère nationale (VD)
- › Pedrazzini Vincenzo 1. Vizepräsident (SZ)
- › Speziali Carla Stadtpräsidentin Locarno (TI)
- › Wasserfallen Christian Nationalrat (BE)

Vorstand / Comité:

- › Brupbacher Stefan Generalsekretär
- › Caroni Andrea Nationalrat (AR)*
- › Cassis Ignazio Nationalrat (TI)
- › Gutzwiller Felix Ständerat (ZH)
- › Huber Gabi Fraktionspräsidentin, Nationalrätin (UR)
- › Walker Späh Carmen Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz
- › Weiss Pierre Kantonsrat (GE)*
- › Zeier Maurus Präsident der Jungfreisinnigen

Kantonale Vertreter

- › Baselland (bis Oktober 2013)*
- › Genf*
- › Waadt*
- › Zürich*
- › Solothurn (seit Oktober 2013)*

* Ohne Stimmrecht

12.3. Anhang C – Annexe C Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2013 – Comité du Groupe le 31 décembre 2013

Mitglieder mit Stimmrecht

Fraktionspräsidentin / Présidente du Groupe:

- › Huber Gabi Nationalrätin (UR)

Vizepräsidenten / Vice-présidents :

- › Cassis Ignazio Nationalrat (TI)
- › Gutzwiller Felix Ständerat (ZH)

Zusätzliche Mitglieder ad functionem / Membres additionnels ad functionem:

- › Favre Laurent Conseiller national (NE), Membre du bureau CN
- › Freitag Pankraz Ständerat (GL), Mitglied Büro SR¹
- › Müller Philipp Nationalrat (AG), Parteipräsident

Frei gewählte Mitglieder / Membres additionnels élus:

- › Bourgeois Jacques Nationalrat (FR)
- › Caroni Andrea Nationalrat (AR)
- › Eichenberger Corina Nationalrätin (AG)
- › Hiltbold Hugues Conseiller national (GE)
- › Leutenegger Filippo Nationalrat (ZH)
- › Müller Walter Nationalrat (SG)
- › Theiler Georges Nationalrat (LU)
- › Wasserfallen Christian Nationalrat (BE)

Mitglieder ohne Stimmrecht

Bundesräte / Conseillers fédéraux :

- › Burkhalter Didier
- › Schneider-Ammann Johann N.

Partei ex.off / Parti ex.off;

- › Brupbacher Stefan Generalsekretär

¹ Fraktionsmitglied Pankraz Freitag verstarb am 5. Oktober 2013. Sein Nachfolger, Thomas Hefti, wird in der Frühjahrssession 2014 vereidigt.

› Grob	Iris	Fraktionssekretärin
› Guggenbühl	Pia	Kommunikationschefin
› Lüscher	Christian	Vice-président du parti, Conseiller national (GE)
› Moret	Isabelle	Vice-présidente du parti, Conseillère nationale (VD)
› Pedrazzini	Vincenzo	1. Vize-Präsident der Partei
› Speziali	Carla	Stadtpräsidentin Locarno

12.4. Anhang D – Annexe D Kontakte – Contacts

(per 31. Dezember 2013 – le 31 décembre 2013)

Generalsekretär FDP.Die Liberalen / Secrétaire général PLR.Les Libéraux-Radicaux

Dr. Stefan Brupbacher

Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

brupbacher@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35 – Fax 031 320 35 00

www.fdp.ch

Generalsekretärin FDP Frauen / Secrétaire générale Femmes PLR

Claudine Esseiva

Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

esseiva@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35 – Fax 031 320 35 00

www.fdp-frauen.ch

Geschäftsführer FDP International / Secrétaire général PLR International

Grégory Gourdou-Labourdette

Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern

gourdou-labourdette@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35 – Fax 031 320 35 00

www.fdp-international.com

Präsident FDP Service Public / Président PLR Service Public

Beat Schlatter

FDP.Die Liberalen. Service Public, Postfach 7508, 3001 Bern

beat.schlatter@vtg.admin.ch

www.fdp-servicepublic.ch